

sagt, der Herr außerordentliche Univ.-Prof. Schachner-Blazizek ist unter meinem Level. Ja, wo kommen wir denn da hin? Das sind furchtbare Aussagen, ihr könnt es nachlesen, ich schicke es euch. (Abg. Kohlhammer: „Fehlinterpretation! Du bist völlig falsch informiert!“) Das ist, mein lieber Freund, eine geistige Haltung, die weder sozialistisch noch sozialdemokratisch ist. Das ist sie wirklich nicht.

Zum Objektivierungsgesetz habe ich schon gesprochen. Das wurde ja allgemein als sehr gut erkannt. Und nun eine Bitte zur Gemeindeordnung. Verstärkt die Rechte der Minderheiten, gewährt Akteneinsicht, verlängert die Einladungsfristen von 24 Stunden auf 48 Stunden oder auf das Drei- oder Vierfache. Das hat Trampusch 1989 gefordert. Jetzt ein Ausspruch von ihm: „Politische Kultur und demokratische Gesinnung zeigen sich auch daran, wie andere Meinungen, andere Anträge und Anliegen von der jeweiligen Mehrheit behandelt werden.“

Liebe Freunde, liebe Genossen! Helft mir, daß der Appell von mir und von Trampusch verwirklicht wird. Einige Beispiele: In der Gemeinde Veitsch im Mürztal sperrt man die ÖVP heute noch von wichtigen Ausschüssen aus, verzichtet man auf die Mitarbeit unserer Gemeinderäte. (Abg. Kohlhammer: „Das gibt es ja nicht!“) Im Landesaltenpflegeheim Kindberg wurde 50 Insassen anlässlich der Gemeinderatswahl über sozialistischen Mehrheitsbeschluß das Wahlrecht entzogen, für 50 dort lebende Personen. (Abg. Purr: „Das ist ungeheuerlich!“) Das hat es vorher nie gegeben. In Kindberg hat die SPÖ-Fraktion einige Ausschüsse, die vorher mit sieben besetzt waren, so reduziert, daß man die Freiheitlichen ausgeschaltet hat. Das war für uns der Grund, das war für die ÖVP-Fraktion mit ein Grund, daß der sozialistische Bürgermeister nicht mitgewählt wurde. Es ist uns dann im Gemeindevorstand gelungen, es wurde auch ein Flugblatt diesbezüglich herausgegeben, die SPÖ zu bewegen, auch die Freiheitlichen in den Ausschüssen arbeiten zu lassen. Gott sei Dank! In Mürzzuschlag zum Beispiel hat die ÖVP nur den Vorsitz im Kontroll-Ausschuß, alle übrigen – es sind 15 Ausschüsse – besetzt die Sozialistische Partei. Das wäre für euch ein breites Feld der demokratischen Betätigung, nachdem ihr immer wieder sagt, ihr seid die großen Demokraten. Wenn ich das anschau, dann muß ich sagen, das hat mit Demokratie nichts zu tun, und es hat auch mit Demokratie nichts zu tun, wenn es woanders oder wenn es bei uns passiert. Man soll den Bürgern, den Gemeinderäten die Möglichkeit geben, mitzuarbeiten.

Jetzt gebe ich euch noch ein Beispiel: (Abg. Erhart: „Wieso dürfen die Mürzzuschlager nicht mit der ÖVP wählen, wer verbietet ihnen das?“) Lieber Kollege Erhart! In Mürzzuschlag hat die SPÖ – (Abg. Erhart: „Wieso sind dort 21 Mandate?“) Ja, ich komme darauf, du mußt mich reden lassen! – In Mürzzuschlag hat die SPÖ 21 Mandate, die ÖVP acht, und dann gibt es noch je ein Mandat. Da hat die ÖVP mit acht Mandaten lediglich den Kontroll-Ausschuß, lediglich! Und jetzt, Erhart, du mußt jetzt zuhören, denn jetzt kommt es. In der benachbarten Gemeinde Langenwang – jetzt mußt mir zuhören – ist die ÖVP bei der letzten Wahl von 11 auf 15 Mandate gekommen. Die SPÖ hat vier Mandate verloren und ist auf sechs gekommen. Es steht hier 15 zu sechs. Was hat die ÖVP dort gemacht?

Nach dem neuen Schlüssel wäre die SPÖ mit einem Vertreter in jedem Ausschuß gewesen, da hat die ÖVP beschlossen, wir erhöhen die Ausschüsse auf sechs, damit die SPÖ mit zwei Gemeinderäten vertreten ist. Es steht hier überall vier zu zwei. Das ist eine demokratische Geste! Das ist jetzt der Unterschied, meine Damen und Herren. Dann kommt noch eines dazu: In dieser Gemeinde, Kohlhammer, wo du früher gemeint hast, das stimmt nicht, in dieser Gemeinde hat die SPÖ noch drei Ausschußobmänner, fünf Ausschußstellvertreter, damit du siehst, wie die Dinge oft liegen. Und deshalb müßte ich sagen, geht in euch selbst und handelt demokratischer. Denn diese Beispiele in den Gemeinden, wo Ofner sagt, die Urzelle, wenn da so undemokratisch gehandelt wird von euch, muß ich sagen, ändert das. Dann würde ich ein anderes Bild von euch bekommen.

Und jetzt bringe ich noch eines: Ich habe im vorigen Jahr hier erklärt, daß ein 70 Prozent Kriegsversehrter aus Neuberg mit einer kleinen Pension beim Land Steiermark eine Vorstellung gemacht hat. (Abg. Erhart: „Wasserleitung!“) Bei dieser Vorstellung wurde ihm aus formalrechtlichen Gründen recht gegeben, und was ist da passiert? Weil dieser Mann die Vorstellung gemacht hat, war der Bürgermeister so wütend, daß der Betrag von 4000 Schilling, wie er schon beschlossen wurde, aus Rache wieder auf 18.000 Schilling erhöht wurde. Könnt ihr euch das vorstellen? Ein Steirer benützt die demokratische Möglichkeit, macht eine Vorstellung beim Land, und das wird aufgehoben, und der wird vom Bürgermeister bestraft. Er zahlt statt 4000 Schilling wieder 18.000 Schilling, 70 Prozent kriegsversehrt, das habe ich euch schon gesagt. (Abg. Vollmann: „Aber dort habt ihr auch nicht dazugewonnen, da habt ihr auch zwei Mandate verloren!“) Das sagt nichts! Wenn ein einzelner Mensch getroffen wird, lieber Vollmann, sind mir die Mandate vollkommen egal! Der einzelne Bürger soll nicht geschädigt werden, das ist undemokratisch.

Und nun hätte ich noch ein Problem, das den Landtag betrifft. Es ist das Problem Genosse, das derzeit viele von euch beschäftigt, wobei wahrscheinlich Sozialisten und Sozialdemokraten unter euch sich unter Umständen in die Haare geraten werden. Daß der Bundeskanzler als Generaldirektor in Schwierigkeiten kommt, das lesen wir, das ist verständlich, auch kein Geheimnis. Es könnte ja anderen in seiner Sparte auch so gehen. Wir könnten, Freunde, hier im Landtag beginnen, hier im Landtag, das diskriminierende Wort, das ist aus eurer Diktion – schließlich diskriminierend deshalb, weil der Sozialismus ja seine eigenen Genossen auf das Schändlichste betrogen hat –, einfach abzuschaffen. Und zwar bei uns abzuschaffen, bei unseren Anträgen. Es heißt zum Beispiel: Antrag der Abgeordneten Trampusch, Zellnig, Vollmann, Rainer, Reicher und Genossen. Ich schlage vor: Antrag der Abgeordneten Trampusch, Rainer, Dr. Maitz, Schützenhöfer, Rader und so weiter. Vielleicht schließen sich noch die Grünen an. Fangen wir also im Landtag an, und lassen wir das Wort Genosse weg. (Abg. Erhart: „Kameraden!“) Das ist mein erster Vorschlag. (Abg. Vollmann: „Laß die Finger davon weg, das ist geschmeiter! Laß das unsere Sorge sein!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Nicht kränken!“) Das ist ja ein Vorschlag. Ihr wollt ja den Genossen nicht. Fangen wir bei uns an. Na ja, ich will euch ja helfen. Fangen wir an, dann

spürt ihr, welches Empfinden ihr habt, und dann gehen wir weiter.

Jetzt möchte ich abschließend meine Bürgerbefragung aus dem Bezirk Mürzzuschlag wiedergeben. Helft mit, alle hier, baut die Semmeringbahn aus, baut die S 6 aus, und beginnt vor allem mit der Umfahrung von Spital am Semmering. Baut die Umfahrungsstraße von Mitterdorf rasch – (Abg. Vollmann: „Den Antrag S 6 habe ich gestellt.“) Vollmann hat schon einige Anträge von mir abgeschrieben und dann auch eingebracht, macht nichts –, laßt die Schrankenanlage in Mitterdorf auf.

Jetzt habe ich noch einen Wunsch. In Mürzzuschlag steht ein Notarztwagen – Vollmann, du weißt das –, der sehr viel gekostet hat, und es fehlen die Ärzte. Hier appelliere ich an das Land und an die Krankenhausholding. Helfen wir zusammen, daß Ärzte zusätzlich in das Landeskrankenhaus kommen und durch das Krankenhaus und Rote Kreuz dieser Notarztwagen betrieben werden kann zum Wohle der Bevölkerung dieses Gebietes. (Abg. Schrittwieser: „Das ist die Gruppe 1!“) Und mit diesem Wunsch – das war eine Volksbefragung von mir, Schrittwieser – möchte ich euch bitten, daß ihr einige meiner Worte beherzigt und daß wir das gemeinsam durchführen zum Wohle aller in der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP. – 17.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape.

Abg. Kanape (17.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde mich an die vereinbarte Redezeit halten. Ich muß mich bedauerlicherweise wieder einmal mit einem Thema beschäftigen, das schon wiederholt in diesem Hause diskutiert wurde und auch vom Kollegen Trampusch in seiner Budgetrede angeführt wurde. Es geht um die raschere Behandlung von Anträgen. Von 1152 in der laufenden Legislaturperiode gestellten Anträgen wurden 572, das sind 49,65 Prozent, das heißt rund die Hälfte, nicht erledigt. Wenn man sich die Statistik etwas genauer ansieht, kommt man zu folgendem Ergebnis: Von diesen Anträgen sind 445 Anträge älter als ein Jahr, das sind rund 38 Prozent. Davon sind 59 unerledigte Anträge älter als dreieinhalb Jahre, 73 Anträge älter als zweieinhalb Jahre, 79 unerledigte Anträge älter als zwei Jahre, 113 unerledigte Anträge älter als eineinhalb Jahre und 111 unerledigte Anträge älter als ein Jahr.

Neben den vom Kollegen Trampusch zitierten möchte ich einige Anträge nennen, die seit Jahren im Landtag nicht erledigt wurden. Antrag 80, Nahverkehrsverbund in der Steiermark, Antrag 90, bessere Grenzlandförderung, eingebracht am 27. Jänner 1987, Antrag 152, Ausbau der Universität Graz, Antrag 227, Einschränkung von Bergalleys. Gerade dieser Antrag hat mich sehr betroffen gemacht. Wenn er schneller im Landtag behandelt worden wäre, hätten die Bezirkshauptmannschaften vielleicht schneller reagiert, dann könnten einige Menschen, die heuer bei der Bergalley ums Leben gekommen sind, noch am Leben sein.

Daß eine rasche Erledigung der eingebrachten Anträge möglich ist, werde ich anläßlich der Budgetsitzung beim Tagesordnungspunkt 6 aufzeigen können. Ich meine die Vorlage, betreffend die Aufstockung der

Umweltschutzausgaben im Landesbudget. Sie wurde am 6. November 1990 von den Abgeordneten eingebracht, von der Landesregierung am 19. November beschlossen und kann demzufolge bereits in dieser Sitzung im Landtag beschlossen werden. So würde ich mir die Erledigung aller Anträge wünschen.

Ich ersuche nochmals alle Regierungsmitglieder, auf ihre Abteilungen einzuwirken, daß ein Antrag spätestens in sechs Monaten erledigt werden kann, und alles daranzusetzen, daß die bisher unerledigten Anträge raschest einer Erledigung zugeführt werden. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 17.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten Kanape für die Kürze. Wenn alle es so halten würden, kämen wir in Schwung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (17.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst einmal darf ich auch von meiner Seite einen herzlichen Dank an alle Mitglieder des Landespersonalbeirates sagen. Ich glaube, sagen zu können, daß die Zusammenarbeit in diesem Personalbeirat in den letzten drei Jahren gut funktioniert hat und daß wir ein Klima geschaffen haben, mit dem es gut gelingen wird, unsere weitere Zusammenarbeit aufzubauen.

Wir haben im Berichtszeitraum, also im letzten Jahr, von November 1989 bis November 1990 in acht Sitzungen dieses Personalbeirates 271 Personen zur Aufnahme in den Landesdienst vorgeschlagen, und wir haben 24 Dringlichkeitsentscheidungen zur Kenntnis genommen. In den erfolgten 15 Ausschreibungen haben sich 4373 Personen um Aufnahme beworben.

Ich möchte es nicht verabsäumen und tue es gleich jetzt, auch einen sehr, sehr herzlichen Dank an den Leiter von beamteter Seite dieses Personalbeirates zu sagen, dem Herrn Dr. Arthur Oberascher, der sich sehr bemüht, diese Arbeit sehr korrekt und objektiv durchzuführen. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

Meine Damen und Herren! Ich bin 1981 in den Landtag gekommen und habe die ersten Jahre jedesmal hier am Rednerpult den Georg Hammerl erlebt, wie er sehr heftig vom Personalreferenten dieses Personalbeirates, den wir nun seit drei Jahren haben, gefordert hat. Und ich habe ihn auch noch erlebt, wie er hier am Rednerpult stand und eigentlich zum Personal, was die Einstellungspolitik im Land Steiermark anbelangt, nichts mehr, was negativ wäre, zu sagen gehabt hätte. Ich möchte daher von dieser Stelle aus neuerlich, und darf Ihnen versprechen, daß ich nicht müde werde, das immer wieder zu tun, von dieser Stelle aus an die Sozialisten appellieren, in all jenen öffentlichen und halböffentlichen Bereichen, in denen es eine solche objektive Personaleinstellung noch nicht gibt, dafür zu sorgen, daß wir in den nächsten Monaten zu solchen analog dem Landespersonaleinstellungsmodell kommen, denn nur das ist und wird die Garantie sein, daß zumindest wir Jüngeren hier im Landtag es gemeinsam noch erleben können, daß diese wichtige Frage der Behandlung der Menschen, diese wichtige und sensible Frage der Personalpolitik aus der aktuellen

parteilichen Diskussion gezogen werden kann. Aber ich wiederhole noch einmal, wir im Land Steiermark haben auf Grund der Initiative des Landeshauptmannes höchstpersönlich hier eine große Vorleistung, die es nirgendwo sonst in Österreich in dieser Form gibt, getan, und wir erwarten – und das ist der Grund, warum ich mich hier immer so kritisch zu diesen Themen äußere –, daß es das auch in Ihrem Verantwortungsbereich gibt, und ich bin sogar der Meinung, daß wir gemeinsam überlegen sollten oder könnten, ob wir nicht diese Frage auch in die Gesetzesform gießen könnten, daß das Land, die Städte, die Gemeinden, die Institutionen, die Sozialversicherungen, die Kammern ein solches Personaleinstellungsmodell durchzuführen haben, denn ich habe mir natürlich hier wieder eine Liste gemacht, meine Damen und Herren von der SPÖ. Ich möchte sozusagen gar nicht in Rage gehen, aber ich möchte es Ihnen schon sagen, weil das letzte Mal meine liebe Kollegin Minder hier gesagt hat, von 123 leitenden Positionen gehören 113 der ÖVP an. Ich habe nachgeschaut, von den tatsächlich 124 leitenden Positionen sind 77 bei der ÖVP. Ich wünsche, daß ein solcher Prozentsatz – (Abg. Schrittwieser: „Kapfenberg!“) Schrittwieser, ich komme gleich zu deinem Bezirk, zu Kapfenberg, wie du richtig erraten wirst – in Städten und Institutionen, in denen die SPÖ so wie wir hier die Verantwortung trägt, aufgezählt werden könnte, denn das möchte ich schon sagen, daß etwa in den ganz großen Städten unseres Landes – ich nenne, wie gesagt, Kapfenberg – 560 Beschäftigte, wir haben nachgeschaut, Kollege Schrittwieser, da findet sich kein einziger, der dem ÖAAB oder der Volkspartei angehören würde! (Abg. Schrittwieser: „Die nackten Zahlen sprechen: 560!“) Kollege Schrittwieser, weißt du, wir brauchen da nicht streiten, die nackten Zahlen sprechen. Aber wenn du hörst, 560 Bedienstete, etwa 30 führende Stellen in der Stadt Kapfenberg und den Stadtwerken Kapfenberg gemeinsam, und wenn du weißt, daß die SPÖ-Mehrheit in dieser Stadt Kapfenberg die ÖVP seit 40 Jahren in jedem Ausschuß mitarbeiten läßt, nicht aber im Personal-Ausschuß und im Wohnungs-Ausschuß, weil dort ja Wohnungen und Personalaufnahmen geschehen und vergeben werden, dann ist das auch hier im Landtag aufzuzeigen und klar hinzuweisen, daß das in diesen Zeiten des demokratischen Miteinander, wenn man das demokratische Miteinander will, einfach nicht geht, und es liegt nur an euch, so etwas abzuschaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich könnte das genauso sagen von der Stadtgemeinde Deutschlandsberg, 159 Beschäftigte, null ÖVP, Stadtgemeinde Bruck und Stadtwerke Kapfenberg, insgesamt 180 und noch einmal 175 Bedienstete. An beiden Stellen findet sich kein ÖAAB- oder ÖVP-Mitglied. Stadtgemeinde Leoben und Stadtwerke Leoben, 456 Bedienstete, 134 Bedienstete in den Stadtwerken, nicht ein einziger Beschäftigter oder leitender Angestellter gehört der ÖVP an. Dasselbe in Weiz, dasselbe in Köflach, in Voitsberg und, und, und.

Und eines, das darf ich hier schon hinzufügen, weil der Kollege Trampusch heute gemeint hat, er muß hier vom Rednerpult aus uns wieder einmal sagen, daß wir Partei und Land verwechseln: Wissen Sie, ich habe es schon zu oft miterlebt, auch in meinen jungen Jahren der Tätigkeit, daß in der AK und im ÖGB festgestellt wurde, wenn wir Anträge gestellt haben, zuerst hat

man uns niedergebrüllt; und dann hat man gesagt, das ist die Mehrheit. Ich bin da sensibel, und ich lasse mir auch von einem Kollegen Trampusch nicht sagen, wenn er hier eine Behauptung aufstellt und in dem Bereich, in dem er Verantwortung trägt, er war Bürgermeister der Marktgemeinde Wagna, da sage ich Ihnen jetzt ein Beispiel, wie das dort ist, wo jene herrschen, die heute hier ganz anders reden. Dort gibt es 31 Beschäftigte, und jetzt können Sie in Applaus ausbrechen, dort gehört einer zu uns. (Abg. Purr: „35 zur SPÖ!“) Ein besonderer Fall ist der des Amtsleiters in der Marktgemeinde Wagna, meine Damen und Herren. Wissen Sie, was sich dort abgespielt hat? Ich habe es dem Trampusch in der Vorwoche hier schon vorgehalten, aber nicht so genau. Da war seinerzeit ein einziger Bewerber – (Abg. Hammer: „Wollt ihr sagen, daß das keine guten Leute sind?“) Kollege Hammer, höre dir das an! Marktgemeinde Wagna, ein einziger Bewerber, der die Voraussetzungen für diese leitende Stelle erfüllt hat. Die SPÖ-Mehrheit im Gemeinderat hat diese Bewerbung verhindern wollen, die hat nämlich einen ungeheuren Schönheitsfehler gehabt, der Bewerber war Mitglied des ÖAAB. (Abg. Dr. Maitz: „Demokratie null! Nullmeldung!“) Die ÖVP hat sich damals vehement gegen diese Vorgangsweise mit dem Erfolg gewehrt, daß dieser einzige, der Qualifikation nach einziger Bewerber um dieses Amt dann doch zum Zug kam, um den Preis, daß er vom ÖAAB austreten wollte.

Meine Damen und Herren! Wenn ein Sozialist von Personalpolitik spricht und nicht auch, wenn er die Worte objektiv überhaupt in den Mund nimmt, an solche Fälle denkt und nicht auch darüber nachdenkt, ob es in der Gebietskrankenkasse, wo es 1200 Beschäftigte gibt und wo wir von Wahl zu Wahl schrumpfen, ob es nicht auch bei den Bundesbahnen, wo es bei 8500 Wahlberechtigten bei der letzten Personalvertretungswahl der SPÖ gelungen ist, von elf zu eins auf zwölf zu null zu stellen, weil sich niemand mehr traut, für uns zu kandidieren. (Abg. Hammer: „Kannst du von Hartberg etwas erzählen?“) Wenn Sozialisten, die das Wort Personalpolitik und Objektivität in den Mund nehmen, nicht darüber nachdenken, daß auch das geändert werden kann, dann können sie alles, nur nicht mit uns seriös über diese Fragen diskutieren. (Beifall bei der ÖVP.) Und dasselbe gilt für SGP, PVA, AK und AUVA. Und schauen Sie, weil ich gerade – (Abg. Hammer: „Kannst du von Leibnitz auch etwas erzählen?“ – Abg. Zellnig: „Landwirtschaftskammer!“) Zellnig, zur Landwirtschaftskammer komme ich gleich! (Abg. Hammer: „Erzähle von Leibnitz etwas!“) – weil ich gerade da drüben zuerst gehört habe, wie DDr. Schachner-Blazizek – in seiner Heimatstadt Mürzzuschlag ist das ganz gleiche Beispiel übrigens, was ich hier angeführt habe –, wie er da geredet hat mit dem Ressler, mit dem neuen ÖGB-Vorsitzenden. Ja, meine Damen und Herren, wenn ich mir Leykam in Gratkorn anschau, da sind 2000 Leute beschäftigt, da ist er nach wie vor Betriebsratsvorsitzender der Angestellten, da sage ich Ihnen, wie oft wir bei den Arbeitern versucht haben zu kandidieren, die, die das versucht haben – da gebe ich jetzt nicht dem Ressler die Schuld, aber die waren sehr beschränkt in ihrem zeitlichen Aufenthalt dann bei dieser Firma, weil die sind entlassen worden. Und wenn ich daran denke, der Reicher weiß das als Chemiarbeiterlandessekretär, daß der seinerzeitige

Zentralbetriebsratsobmann Roth, sein Vorgänger in der AUVA, vor gar nicht langer Zeit in dieser Firma den Nebenerwerbslandwirten kurz vor der Gemeinderatswahl die Mitteilung ins Lohnsackerl gesteckt hat, man werde sehr genau schauen, wie die Wahl in seiner Gemeinde ausgeht. Dann gehen Sie in sich und denken darüber nach, was Sie zu ändern haben, und machen es uns nach, die wir einen Personalbeirat geschaffen haben, in dem alle Fraktionen sitzen. Es ist gar nicht so leicht, aber es ist gelungen, daß wir die Empfehlungen einstimmig dem Personalreferenten geben konnten. Sie sind am Zug, meine Damen und Herren, und Sie haben uns überhaupt nichts vorzuwerfen, denn all das passiert in Ihrem Verantwortungsbereich. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ein Wort, Kollege Zellnig, weil du schon auf die Landwirtschaftskammer wartest. Du plusterst dich hier auf und glaubst, hier den Kammerpräsidenten Pörtl oder sonst irgendjemanden angehen zu können oder angehen zu müssen, und euer Klubobmann Trampusch hat es am Vormittag auch gesagt. Ja bitte, eines darf ich Ihnen doch in aller Form sagen, und da übertreibe ich gar nicht: Es ist unzulässig, die Arbeiterkammer, diese abgehaute Brandruine, durch die Genossen, die dort gewuchert und sich in einem Selbstbedienungsladen bedient haben wie nie zuvor, auch nur im Ansatz mit einer anderen Kammer dieses Landes in einem Atemzug zu nennen. Das ist unzulässig und ungeheuerlich und zurückzuweisen! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Franz Ofner: „Wie lange warst du selbst in der Kammer?“) Kollege Ofner, dir ist das auch gelungen, uns die drei Mandate in der GKB vor einigen Monaten abzuschmausen. Du hast ja auch keinen besonderen Grund, mit mir über Personalpolitik zu diskutieren. Was heißt, wir waren in der Kammer, wir waren in der Kammer. (Abg. Vollmann: „Handelskammer, Ärztekammer!“) Jetzt sage ich dem Zellnig, der glaubt, daß wir in drei Monaten ein Wahlrecht zusammenbringen (Abg. Zellnig: „Es hat sich nichts geändert!“), 21 Jahre sind wir mit unseren Anträgen in der Arbeiterkammer niedergestimmt worden auf ein neues Wahlrecht. Noch heute ist es nicht beschlossen. Ich sage Ihnen, ich gehöre nicht zu jenen, die schon glauben, daß das, was in der Koalition jetzt vereinbart ist, so hält. Und wenn es hält, dann bin ich damit nicht zufrieden, denn Sie reden hier von der großen Demokratie, aber ich sage Ihnen, das, was die Koalition oder die Vielleicht-Wieder-Koalition jetzt einmal auf dem Grundsatzpapier vereinbart hat, weil die Sozialisten, darüber können sie sich in Wahrheit gar nicht freuen, die Urabstimmung schon wieder abgeschmettert haben. Das wird dazu führen, daß diese Kammer aus dem Gerede nie herauskommt. Die Bauernkammer und die Landarbeiterkammer waren die einzigen, die gesagt haben, wir nehmen den Stier bei den Hörnern. Wir wollen wissen – (Abg. Zellnig: „Du redest beim Fenster hinaus!“) Die Handelskammer wird schon kommen, das ist nicht meine Sorge. Ich bin Arbeitnehmervertreter. Ich möchte, daß die Arbeiterkammer und der ÖGB eine starke Interessensvertretung werden. Und ich kann nur eines sagen: Seit 21 Jahren kämpfen wir um ein neues Wahlrecht in der Arbeiterkammer, seit 21 Jahren. (Abg. Reicher: „Bei den Koalitionsverhandlungen in Wien hast du die Möglichkeit, das mit deinen Leuten durchzusetzen!“) Kollege Reicher, ich weiß, das hilft mir nichts, wenn der Kollege Schmid,

der neue Präsident, treuherzig sagt: „Ich hätte nichts dagegen, wenn wir eine Urabstimmung machen, weil ich weiß ganz genau, daß sie nicht kommt, weil die haben in Wien schon wieder ausgemacht, daß sie sicherlich nicht kommt.“ (Abg. Zellnig: „Auf eine solche Urabstimmung kannst du verzichten!“) Nein, ganz sicherlich nicht, Zellnig, ich weiß, daß dir das tief in den Knochen sitzt, daß diese Urabstimmung kommt, denn du hättest gerne, daß du in der Bauernkammer eine Führung hättest, wie wir in der Arbeiterkammer, die stur und wie ein Bock nicht und nicht auf demokratische Vorschläge eingeht.

Schauen Sie, was soll ich Ihnen sagen? Wir können doch über diese Dinge nicht streiten. Wir haben bei der letzten Wahl 343.000 Arbeiterkammerzugehörige. Nur mehr 267.000 konnten erfaßt werden, nur mehr 131.000 sind zur Wahl gegangen, das sind 49 Prozent. Und wenn wir noch 20 Jahre über das Wahlrecht diskutieren, dann gibt es alles mögliche, nur wahrscheinlich eine Arbeiterkammer nicht mehr, weil die Legitimation fehlt, weil der Wähler nicht mehr hingehet. Das Wahlrecht, von dem jetzt so groß die Rede ist, daß das in der neuen oder Wieder-Koalition vereinbart ist, ja, warum haben denn die Sozialisten zugestimmt? Nicht das, was bitte bei jeder Wahl üblich ist, daß man an einem Sonntag nach der Wohnsitzgemeinde wählen gehen kann, sondern man hat gesagt, gut, wir bleiben Sonntag und Montag bei der Wahl, und man bekommt eine Wahlkarte mit zugeschickt, aber ohne Wahlkarte kann ich in der Gemeinde, wenn es dann in jeder Gemeinde ein Wahllokal geben sollte, nicht wählen. Also, es bleibt auf sozialistische Art kompliziert, um mit Fred Sinowatz zu sprechen, und es ist wieder nicht so. (Abg. Reicher: „Dann geht mit den Freiheitlichen zusammen und ändert das in Wien! Was jammert ihr da herum?“) Dann seid ihr weg, dann sind wir alle weg, das will ich gar nicht! Oh nein, die Freiheitlichen sind sehr viel später mit ihrem Populismus gekommen, und ich weiß schon, Kollege Reicher, daß es die Freiheitlichen besonders leicht haben, über all jenes zu schimpfen, wo sie gar nicht drinnen sind. Nur wir waren drinnen. Und ich sage daher noch einmal, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ: Es ist unzulässig, weil heute die Kammerdebatte hier aufgeflackert ist, deswegen sage ich es, auch nur irgendeine Institution mit der steirischen Arbeiterkammer in einem Atemzug zu nennen, wo die sozialistische Mehrheit 17,5 Millionen Schilling für die Werbung ihres, eures, Alois Rechberger beschlossen hat, wo mit Wissen des Schachner-Blazizek, das war eine seiner ersten Maßnahmen, eine der ersten Zurkenntnisnahmen, gegen den Willen des ÖAAB 716.000 Schilling Abfertigung für Alois Rechberger und 84.000 Schilling Pension mit Wissen von eurem damaligen neuen geschäftsführenden Parteivorsitzenden Schachner-Blazizek beschlossen wurden. Heute distanziert er sich. Damals hat er öffentlich gesagt, nur weg mit ihm, koste es, was es wolle. Ja, so einfach werden wir es Ihnen nicht machen, daß Sie heute den gar nicht mehr kennen, aber schon genau wissen, irgendwann muß das Gericht ja wieder die Geschichte aufheben mit der Hinterlegung, weil das jeder Jurist, der nicht im Vorbeigehen sein Studium gemacht hat, Ihnen sagen kann, daß das auf Dauer nicht hält.

Das gleiche gilt auch für Franz Vranitzky, den Vielgerühmten. Der hat ein Jahr, bevor die Geschichte

ausgebrochen ist, damals von den Gehältern über 200.000 Schilling des Alois Rechberger gewußt. Alois Rechberger hat das zumindest in der Arbeiterkammer so behauptet, und es gibt überhaupt keinen Grund, euren Bundes- und Landesvorsitzenden hier aus dieser Verantwortung zu entlassen. Daher bleiben wir bei der Sache, bleiben wir dabei, was es wiegt, das hat's. Das, was hier links geschehen ist, ist ein Skandal, wie es ihn in der Geschichte der Zweiten Republik, seit es Kammern gibt, seit 1949 wird auch bei Arbeiterkammern gewählt, noch nie gegeben hat, und das, was anderswo passiert, das sind Reformen, die notwendig sind, um im Interesse der Kammermitglieder eine noch stärkere Politik gestalten zu können. Aber zusammenmischen tun wir das nicht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Reicher: „Lieber Schützenhöfer, Beschlüsse deiner Vorgänger, deiner Fraktion! Einstimmigkeit in der Kammer!“) Ja, aber vielleicht zur Einberufung der Vollversammlung, aber nicht in bezug auf die Gelder. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch etwas sagen, nämlich – (Abg. Schrittwieser: „Stimmt das: alles einstimmige Beschlüsse?“) Das sind nicht einstimmige Beschlüsse, das weißt du ganz genau, deine Anfrage kommt spät. Das weiß der Reicher genau, das darf ich hiermit auch dir mitteilen, und das weiß der Rainer genau, das wissen alle, die in dieser Kammer tätig sind. Ich sage noch einmal, wir sind bereit, mitzuarbeiten, daß es eine stärkere Arbeitnehmervertretung gibt, und das, was von euch so belächelt und so kritisiert worden ist, weil wir viele Briefe bekommen haben, wo Landesrat Hasiba, in dem Fall als ÖAAB-Chef, gesagt hat, wäre es nicht gescheiter, daß ÖGB und Arbeiterkammer darüber einmal diskutieren, so zu verschmelzen, daß aus diesem Gewerkschaftsbund, der an sich nicht mehr sehr viel zu reden hat, und diese Kammer, die es momentan nicht ganz gibt, gell, Karl Rainer, so zusammenzuverschmelzen, daß daraus wieder eine einheitliche, große, gute Arbeitnehmerorganisation entstehen kann, die wir in Zeiten wie diesen ganz sicher bräuchten, denn die Probleme, die auf uns zukommen, sind sehr groß. Und wir haben es alle beim Thema Rechtsschutz gesehen. Da geht es immer um die Frage, wer ist stärker, der Giegl oder der Gogl? I oder I? Da geht es nicht darum, daß wir die Arbeiter, die Angestellten in ihren sozialrechtlichen Problemen automatisch unterstützen, weil diese mit 800 bis 1200 Schilling im Jahr diese Kammer erhalten, sondern da geht es darum, ob ich nicht den ÖGB zu sehr schwäche, wenn ich in der Arbeiterkammer den pflichtbeitragszahlenden Mitgliedern den Rechtsschutz gewähre. Solange wir nicht den Arbeiter und den Angestellten im Bild vorne stehen haben und seine Probleme, wird es nicht gelingen, Arbeiterkammer und ÖGB im Image so nach vorne zu bringen, daß, meine lieben Freunde, auch wir in der Arbeiterkammer, und ich sage wir, vor einer Urabstimmung keine Angst haben bräuchten. Aber jetzt ist es zuwenig, mit allen Mitteln bei irgendwelchen Koalitionsverhandlungen die Dinge abzublocken und zu glauben, man könne sich über die Probleme hinwegreden. (Abg. Reicher: „Da war sich die Handelskammer einig!“) Nein, man muß zur Zusammenarbeit bereit sein, und ich habe den Eindruck, daß das zumindest mit dem Präsidenten der Kammer ganz gut gelingt, was den ÖGB-Vorsitzenden anbelangt, werden wir das noch sehen. Aus dem Bereich, aus dem er kommt, aber das sage ich wertfrei,

kann man nicht ablesen, daß er weiß, wie es ist, wenn es wo einen Zweiten gibt, einen Partner, der auch Wünsche hat. (Abg. Reicher: „Ihr seid selber schuld!“) Reicher, ich antworte dir gar nicht darauf!

Ein zweiter und letzter Punkt, den ich in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, noch sagen möchte: Ich führe das jetzt gar nicht mehr zu stark aus, aber eines sage ich schon: Wir haben gerade hier bei der Gruppe 0, wo es um die Landesbediensteten geht, und wenn es um die Landesbediensteten geht, dann ist es ja meistens so, daß man den Sektionschef in einem Ministerium oder den Hofrat als Abteilungschef im Endbezug angibt und eigentlich darüber redet, daß – obwohl es natürlich ein großer Brocken ist, der hier für die Landesbediensteten im Budget erfreulicherweise, mit großer Genugtuung darf ich es als Arbeitnehmervertreter sagen, beschlossen werden kann, es sind immerhin bitte drei Milliarden Personalausgaben allein für die Aktiven – daß viele, viele Landesbedienstete, das möchte ich heute auch einmal sagen, einen ordentlichen, aber einen recht normalen Bezug haben. Denn es ist wahr, daß 65 Prozent, das ist die große Mehrheit, das sind 5600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Bruttobezug von 12.000 bis 17.000 Schilling beziehen und somit 8.500 bis 13.000 Schilling auf die Hand bekommen. Und es ist glücklicherweise – das sage gerade ich hinzu, weil ich mich mit diesem Problem schon sehr lange oder relativ lange beschäftige – niemand dabei, der auch nur in der Nähe des von uns allen mittlerweile geforderten Mindestlohnes wäre. Aber gerade darum, um diesen Mindestlohn, wird es uns auch in Zukunft gehen.

Ich bin nicht zufrieden, daß wir, die wir 1984 diesen Mindestlohn erstmals österreichweit gefordert haben, und der ÖGB, der dann auf diese Frage aufgesprungen ist, das darf ich Ihnen auch in aller Offenheit noch einmal sagen, falls das nicht mehr ganz bekannt ist, diese Dinge vergesse ich nicht, ich habe Auseinandersetzungen mit Verzetnitsch gehabt, hier bitte die „Salzburger Nachrichten“, 29. September noch voriges Jahr: Fritz Verzetnitsch: Statt Mindestlohn ordentliche Gehälter! Im Feber dann: 10.000 Schilling Mindestlohn muß kommen! Ich bin froh, daß er ihn fordert. Nur sage ich eines, wenn es uns nicht gelingt, diesen Mindestlohn in Bälde durchzuführen und durchzusetzen, dann wird darüber nachzudenken sein, in welcher Höhe sinnvollerweise ein solcher Mindestlohn gefordert werden kann, denn das – und damit bin ich schon beim Schluß –, was jetzt im Wirtschaftsforschungsinstitut vor ein paar Tagen herausgekommen ist, daß nämlich die Lohnunterschiede in Österreichs Industrie weiterhin rasch wachsen, das ist nicht zufriedenstellend und hängt mit der jahrelang, jahrzehntelang verfehlten Einkommenspolitik und Lohnpolitik des ÖGB zusammen, wonach sich die Starken durchsetzen und stärker werden und die Schwachen immer schwächer werden. (Abg. Reicher: „Man sieht, daß du mit der Industrie nicht lohnverhandeln tust!“) Es fehlt die solidarische Lohnpolitik, es fehlt – und das wird hier in diesem Gutachten bitte ganz genau ausgeführt – eine übergreifende Lohnpolitik des ÖGB. Und es wird hier auch ausgeführt, daß das, was ihr immer im Generalkollektivvertrag verlangt, nämlich die 35-Stunden-Woche, wieder dazu führt, daß die Lohnunterschiede wachsen, weil die Großen, die Metaller, die Angestellten und so

weiter, sich durchsetzen und die Textiler und so weiter wieder im Hintergrund bleiben. (Abg. Reicher: „Die Christlichen Gewerkschafter sind mit der 35-Stunden-Woche mitgegangen!“) Also hier stehen wir vor großen gemeinsamen Aufgaben. Wir sind bereit, mitzuwirken, aber in solidarischer Lohnpolitik, weil es darum geht, daß wir in allen Branchen – es gibt 400.000 Personen in Österreich, die unter dem Mindestlohn sind – das durchsetzen, was zumindest in unserem Programm steht. Wenn es nämlich stimmt, daß Arbeit Teil der Sinnerfüllung des Lebens ist, dann sind wir der Meinung, ist das Recht auf den Ertrag durch eigene Arbeit, weil Arbeit Teil der Sinnerfüllung des Lebens ist, eine logische Folge. Und wir bitten euch, gerade die Gewerkschafter, in diesem Sinn euch anzustrengen und mit uns mitzugehen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 17.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (17.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Wenn man den vorhergehenden Wortmeldungen zuhört, meint man wirklich, daß es in diesem Haus nur mehr Auseinandersetzungen gibt, und all jene, die hier als Zuhörer in den Reihen sitzen, Feuerwehren, Rettung und sonstige, die tagtäglich kostenlos, umsonst für die Menschen im Einsatz sind, müssen sich eigentlich denken, daß es in diesem Haus nur Probleme und Auseinandersetzungen gibt. Es ist nicht so, meine Damen und Herren! Wir haben auch sehr konstruktive Arbeiten, und ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete Dr. Eichinger heute gemeint hat, daß unser beiderseitiger Einsatz für unseren Bezirk mit Anträgen und sonstigen Erledigungen im Landtag zu einem großen Erfolg für unsere Gemeinden führt. Ich glaube, daß dieser gemeinsame Weg, den wir in diesen Bereichen gehen, ein sehr guter ist, weil ich glaube, daß er im Endeffekt für die Menschen, die wir zu vertreten haben, auch ein zielführender ist. Ein zielführender Weg, weil ein Weg, den man gemeinsam geht, sicherlich leichter bewältigt werden kann, und wenn man sich nicht selber Tag für Tag einen Stolperstein legt, man sicherlich verschiedenen Problemen ausweichen kann.

Der Weg, die Straße, die ich seinerzeit gemeint habe, die Instandzusetzen wäre, die Ersatzstraße, die damalige B 306, jetzt inzwischen L 105 genannt: Ich habe einen entsprechenden Antrag hier im Landtag eingebracht: es ist der Antrag, wie meine Kollegin Kanape gemeint hat, zwar noch nicht behandelt, die Straße ist aber bereits in Arbeit. Und ich freue mich darüber, daß dieser Antrag bewirkt hat, daß dort gearbeitet und die Straße instandgesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte auf alle anderen Bereiche nicht in der gleichen Emotion eingehen, als sie hier schon gesagt worden ist. Aber, meine Damen und Herren, einige Worte kann ich leider dem Herrn Kollegen Schützenhöfer zu dem, was er gesagt hat, nicht ersparen. Er hat also die Personalentscheidungen in den steirischen Gemeinden angeführt, dort, wo Sozialisten die Mehrheit haben. Ich darf ihn erinnern und darf ihn bitten, dort nachzutra-

gen, wo es ÖVP-Mehrheiten gibt, in Feldbach, in Fürstenfeld, in Leibnitz, in Murau, in Radkersburg und in vielen anderen kleinen Gemeinden unseres Bundeslandes, beispielsweise Leibnitz, wo es 110 Beschäftigte gibt und wo von den 110 auch nur zwei der Sozialistischen Partei angehören.

Meine Damen und Herren, man sollte immer nachdenken darüber, über das, was man redet, und nicht nur immer dem anderen etwas vorhalten. Lieber manchmal in den eigenen Spiegel schauen. Das ist besser, wenn das eigene Gesicht dabei rot wird, Kollege Schützenhöfer, dann freue ich mich darüber, denn dann hast auch du Einkehr gehalten am Krampustag.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen ein Beispiel von Privatfirmen bringen. Beispielsweise die Firma Leitner in St. Lambrecht mit 200 Beschäftigten oder sogar darüber. Da darf nicht einmal ein Gewerkschaftsvertreter hinein, um einen Betriebsrat zu gründen. Und das seit vielen Jahren, und ich kenne viele private Firmen, und Sie wissen, ich bin selber als Belegschaftsvertreter tätig, wo die Leute kommen und sagen, ich traue mich gar nicht zur Gewerkschaft gehen, denn wenn mein Chef daraufkommt, dann bin ich draußen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist ja ein Verein!“) Ich halte aber alle diese Probleme für nicht notwendig, weil es sicherlich nicht notwendig ist, diese Auseinandersetzung in dieser Form zu suchen und in dieser Form zu finden. Und glauben Sie mir, auch der Betriebsrat hat seine guten Seiten. Nämlich nicht nur, daß er die Belange der Belegschaft vertritt und derer, die ihn wählen, sondern er wird auch meistens dann, wenn die Firma in Probleme kommt, mit ins Feuer geschickt, wie in vielen Privatfirmen, aber natürlich auch in den Betrieben der verstaatlichten Industrie, und dort ist er der, der genauso mit Kniefall und mit Betteln dafür sorgt, daß die Arbeitsplätze einerseits erhalten bleiben, und andererseits, daß Unternehmen die nötigen finanziellen Unterstützungen bekommen. Ich glaube, daß auch das in der Vergangenheit immer ein guter gemeinsamer Weg war.

Meine Damen und Herren, würde man, und mir mögen die Leute in der Handelskammer verzeihen, das Handelskammerwahlrecht auf das Arbeiterkammerwahlrecht ummünzen, das Kurienwahlrecht, das es dort gibt, na was glauben Sie, wie da die Vertretung bei den Arbeitnehmern ausschauen würde, Kollege Schützenhöfer! Da hättet ihr keine 36 Mandate mehr, sondern müßtet ihr wahrscheinlich, so wie wir, mit wenigen Mandaten das Auslangen finden. Aber ich glaube, daß die Auseinandersetzung um die Frage der Kammern, und ich wiederhole das noch einmal, und ich bin dem Kollegen Buchberger, daß er das gesagt hat, dankbar, ich glaube, daß diese Auseinandersetzung um die Kammer uns einfach allen nichts bringt, weil jeder die notwendige Vertretungsmöglichkeit und den Auftrag hat, das Beste für seine Gruppe zu tun.

Meine Damen und Herren, die Zusammenlegung von ÖGB und Arbeiterkammer wäre manchem in diesem Haus und weit darüber hinaus natürlich recht. Aber glauben Sie, die Arbeitnehmerschaft in diesem Lande hat 20, 30 oder 40 Jahre gekämpft, um endlich dann 1920 eine eigene Kammer zu bekommen, wo die Handelskammer schon im Jahre 1868 seinerzeit gegründet worden ist (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ein Mann der Tradition!“), die starke Vertretung

hatte und die Arbeitnehmer keine offizielle Vertretung hatten? Meine Damen und Herren, wir kennen das ganz genau, und ich bin sehr froh darüber, daß diese Kammern in dieser Funktion sind, und ich warne alle Arbeitnehmer von dieser Stelle aus. Ich glaube, auch ihnen ist aufgefallen, daß man nur eine einzige Kammer mit Hilfe des ÖAAB zerschlagen will, nämlich die Arbeiterkammer, die Kammer für Arbeiter und Angestellte und für die unselbständigen Erwerbstätigen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ihr habt euch ja selber umgebracht!“) Von den anderen Kammern redet keiner. Ich sage Ihnen aber, auch von dieser Stelle, wäre nicht diese starke Arbeiterkammer, die ihre Probleme und ihre Anliegen vertritt, dann würde man in der Zukunft sicherlich sehen, wo alle diese Probleme bleiben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Rechberger!“)

Meine Damen und Herren, daß Personen sich in ihrer Tätigkeit verschiedener Möglichkeiten bedienen, ist eine andere Frage. Ich meine, wir haben das auch sauber, anständig und ordentlich beseitigt, und wir haben es nicht notwendig, all diese Dinge zu verstärken. Wir bekennen uns dazu. Sie sind beseitigt worden und werden einen neuen Anfang und einen neuen Beginn in diesen Bereichen mit Funktionären machen, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind. (Abg. Schützenhöfer: „Kollege Vollmann, wenn du sagen willst, daß Rechberger ÖAAB-Mitglied war, weise ich das zurück!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „SPÖ-Mitglied!“)

Zurück zum Personal, zur Personalpolitik und zu den Sozialhilfverbänden. Meine Damen und Herren, wir treten deshalb dafür ein, daß der Obmann der Sozialhilfverbände nicht der Bezirkshauptmann sein soll, weil wir meinen, daß der Bezirkshauptmann ein weisungsgebundenes Behördenorgan der allgemeinen Verwaltung ist. Er untersteht dem Landeshauptmann und der Landesregierung und muß Interessen des Landes vertreten. Durch diese Doppelfunktion gerät er somit in Interessenskonflikte. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Der Landeshauptmann hat noch nie eine Weisung gegeben!“) Er soll einerseits Landesinteressen, andererseits Interessen der Sozialhilfverbände vertreten, was bei Interessens- und Zielkonflikten zwischen diesen Körperschaften des öffentlichen Rechtes nicht möglich erscheint.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß wir in der Frage der Kostenersparnis und Kostentragung hier ein sehr wichtiges Problem angegriffen haben. Wenn Sie sich erinnern, hat es in diesem Haus die Diskussion über die Entschädigung der Bezirkshauptmänner als Vorsitzende der Sozialhilfverbände gegeben. Ich darf Ihnen dazu einige Summen nennen: Der Personalaufwand bei den Sozialhilfverbänden in der Steiermark hat im Jahre 1989 32,671.625 Millionen Schilling betragen, welchen die Sozialhilfverbände dem Land Steiermark zu refundieren hatten. (Abg. Kröll: „Beschäftigte von Heimen!“) Hier handelt es sich nicht, lieber Kollege Kröll, um Beschäftigte von Heimen, sondern rein um Beschäftigte der Bezirkshauptmannschaft, die mit den Problemen der allgemeinen Sozialhilfe befaßt sind. Und, meine Damen und Herren, wir waren der Meinung, daß nun sauber und ordentlich die Frage der Zulagen für den Bezirkshauptmann erledigt ist und daß das Land Steiermark seiner Verpflichtung nachkommt und die fehlenden 50 Prozent der Leiterzulage nun von sich aus den Bezirks-

hauptleuten bezahlt. Mit Schreiben vom 31. August 1990 teilt man der Bezirkshauptmannschaft und dem Sozialhilfverband mit, daß diese Entschädigung dem Land Steiermark zu ersetzen ist, wobei die Vorschreibung für 1990 gegen Ende dieses Jahres erfolgen wird. Ja, da frage ich mich, meine Damen und Herren, wo liegt hier der Sinn eines Gespräches, wo liegt hier die Rücknahme von Anweisungen, wenn man dann im Endeffekt wieder dasselbe macht, was man vorher getan hat? Und ich ersuche Sie im Sinne der befaßten Gemeinden, diese Beträge den Gemeinden nicht zu verrechnen, denn ansonsten müßten wir die Sozialhilfverbände auffordern und die Gemeinden, ihre Beiträge in diesem Bereich nicht mehr zu bezahlen, so lange auszusetzen, bis eine gerichtliche Regelung dieser Angelegenheit erfolgt. Es ist unanständig, zuerst zu sagen, wir besorgen das, in aller Öffentlichkeit zu sagen, das Land Steiermark bezahlt nun die Vorsitzenden der Sozialhilfverbände zur Gänze, und dann im Endeffekt das wieder den Sozialhilfverbänden zu verrechnen. Ich bin gerne bereit, das Schreiben der zuständigen Rechtsabteilung vorzulegen, das, wie gesagt, vom 31. August 1990 stammt. Und ich fordere den Herrn Landesrat Hasiba auf, diese Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Und ich fordere ihn auf, wie schon oftmals von dieser Stelle, die Personalangelegenheiten mit den Sozialhilfverbänden in Ordnung zu bringen. Denn ich sage nochmals, es kann nicht angehen, daß der, der die Beträge bezahlt, dort nicht einmal etwas anzuschaffen hat. Er kann nicht einmal das eigene Personal erwählen, sondern es wird ihm aufgezungen und auf das Auge gedrückt. (Abg. Kröll: „Mit dem Bürgermeister entscheiden!“) Meine Damen und Herren, das ist keine Demokratie. So geht das nicht weiter. Sie reden von Personalobjektivierung, Sie reden von keinen parteipolitischen Entscheidungen, begehen aber selber diese Fehler, die Sie anderen vorhalten. Ich sage Ihnen nochmals, nehmen Sie einen Spiegel, schauen Sie hinein, und werden Sie rot, dann ist es besser für Sie. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 17.58 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer (17.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Schützenhöfer gehört offenbar zu den Abgeordneten, die sich jährlich darauf beschränken, ihre Rede vom Vorjahr zu halten, und er hat sich ja vorgenommen, uns weiterhin so zu beglücken. Ich selber glaube, daß diese gegenseitige Aufrechnung nicht sehr zielführend ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wenn ihr nichts ändert!“ – Abg. Schützenhöfer: „Die Zahlen waren neu!“)

Ich habe mich außerdem nur gemeldet, weil ich eigentlich es ihm überlassen wollte, sich selbst heute zu korrigieren. In seinem Rundumschlag vorigen Dienstag hat er zum Beispiel mich beziehungsweise die Firma, in der ich beschäftigt bin, bezichtigt, wie es da zugehe, der parteipolitischen Einstellwirtschaft beziehungsweise Personalpolitik. Soviel mir gesagt wurde, wurde er von der Firma schriftlich aufgefordert beziehungsweise gebeten, das hier richtigzustellen. So korrekt war er offensichtlich nicht. Er hat es nicht über

sich gebracht. Und nachdem er das letzte Mal gemeint hat, ich würde nichts dazu sagen und es müsse also deshalb stimmen, bin ich jetzt gezwungen, etwas zu sagen, nämlich richtigzustellen, daß die Firma Siemens Matsushita Components OHG. Deutschlandsberg, wie sie jetzt heißt, ein völlig privatwirtschaftlich geführter Betrieb ist, die eingesetzte Geschäftsleitung sich jeder parteipolitischen Einflußnahme enthält und natürlich auch dafür sorgt, daß eine solche nicht passiert. Darf ich hier versichern und sagen, daß ich deshalb bitte in dieser Firma 20 Jahre mit relativ respektablem Ergebnis zum Betriebsrat der Angestellten gewählt werde, weil genau diese behauptete Einstellpolitik nicht praktiziert wird. Und darf ich also sagen, ich glaube, das Rezept ist, wenn man diese Parteipolitik wegläßt beziehungsweise sie eben so nicht praktiziert, wie sie noch viel zu oft auch im Land vorkommt. Wenn im Land jetzt plötzlich die Personalkommission entdeckt wurde, dann führe ich das darauf zurück, daß kaum noch Leute eingestellt werden können. Und daß es für die ÖVP nicht sehr lustig ist, die Leute abzuweisen, die einfach in einer bestimmten Erwartungshaltung sind. (Abg. Dr. Hirschmann: „Du hast das durchschaut!“) Ich unterstelle das so. Ich bin seit 16 Jahren herinnen und habe unzählige Interventionsfälle erlebt und habe mich letztlich darauf beschränkt, Leuten, die zu mir kommen und Unterstützung haben wollen, zu empfehlen, daß sie zur ÖVP gehen, weil wenn ich für sie interveniere, wahrscheinlich das genaue Gegenteil erreicht wird. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist unglaublich, das stimmt nicht!“) Ich sage Ihnen meine Erfahrungen, die ich damit gemacht habe.

So, und jetzt darf ich Ihnen noch etwas sagen: Der Kollege Trampusch hat mich gebeten, das für ihn zu sagen, daß er nicht auch heraus muß, aber den Fall Wagna betreffend. (Abg. Dr. Hirschmann: „Er war nicht da, wie der Kollege Schützenhöfer das geschildert hat!“) Der Kollege Schützenhöfer hat behauptet, auch dort ginge es einseitig parteipolitisch zu. Ich darf für Kollegen Trampusch feststellen, daß es dort einen Verwaltungsausschuß gibt und daß seiner Erinnerung nach ihm kein Fall bekannt sei, wo nicht einstimmig, mit Zustimmung des ÖVP-Vizebürgermeisters, die Einstellungen erfolgt sind. Wenn ich von meinem Beispiel und von diesem Beispiel überleite auf andere, dann ist es mit der Glaubwürdigkeit deiner Aussage hier nicht sehr weit her.

Darf ich also sagen, daß das, was nach Kollegen Purr der politische Stil sein soll, offensichtlich von dir hier nicht von der positiven Seite präsentiert wird. Und weil ich gerade die Gelegenheit habe, Herr Landesrat, darf ich ein Anliegen hier öffentlich vortragen, weil offensichtlich auf anderem Wege das auch nicht erreichbar ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ÖVP-Bürgermeister, die im Landesdienst beschäftigt sind, tatsächlich keine Stunde als Bürgermeister frei bekommen. Und ich würde Sie in aller Form ersuchen, das auch für den Bürgermeister Kutschi in Soboth gelten zu lassen, der es nicht zuletzt deshalb, weil wir uns dauernd neue Aufgaben für die Bürgermeister einfallen lassen, sehr, sehr schwer hat, seiner Verpflichtung als Bürgermeister nachzukommen, nachdem er vom Landesdienst dafür keine Zeit frei bekommt. Ich würde Sie in aller Form ersuchen, hier diesem öffentlichen Amtsträger, diesem SPÖ-Bürgermeister, auch entgegenzukommen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Es hat sich ein zweites Mal der Herr Abgeordnete Schützenhöfer zu Wort gemeldet.

Abg. Schützenhöfer (18.05 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Nur ganz kurz! Der Kollege Trampusch erinnert sich, aber er erinnert sich falsch, denn dieser Amtsleiter ist kurz nach seiner Bestellung vom ÖAAB ausgetreten und hat das gegenüber unserem Vizebürgermeister auch zugegeben, daß das eine Bedingung war, und nichts anderes habe ich behauptet! (Abg. Hammer: „Es ist ja nichts Schlechtes, wenn jemand gescheitert wird!“) Dann sagst du, es ist nicht schlecht, wenn einer gescheitert wird! Das ist bitte eure Doppelmoral, mit der es an sich nicht mehr möglich ist, hier Politik zu machen! Kollege Kohlhammer, ich sage es wirklich nur kurz, aber ich habe das letzte Mal hier gesagt, daß man bei dieser Firma, wo du Zentralbetriebsratsvorsitzender bist (Abg. Kohlhammer: „Betriebsratsvorsitzender!“), keine Chance hat, wenn man nicht der SPÖ angehört. (Abg. Kohlhammer: „Das ist ein Unsinn!“) Ich sage dir, wie du selber ja weißt, wir haben sehr oft versucht, zum Beispiel bei den Arbeitern, eine Betriebsratsliste überhaupt aufstellen zu können. Es ist uns jedesmal mißlungen, weil diejenigen, die sich getraut haben zu unterschreiben, höchst kurz dann nur mehr in der Firma waren. Jetzt male dir aus, warum das so ist. (Abg. Kohlhammer: „Das ist ein Blödsinn!“) Schau, 988 Arbeiter bei der Firma Siemens, 182 Wahlberechtigte bei den Angestellten, 18 zu vergebende Mandate, insgesamt 1200, alle gehören der FSG an, FSG-Einheitsliste. Wir haben oft versucht zu kandidieren, es ist nie gelungen. Mehr habe ich nicht behauptet. (Abg. Kohlhammer: „Es geht um die Einstellungs politik! Du mußt aufpassen, was du sagst, sonst kannst du einmal eine Klage am Hals haben!“) Ja, ich weiß, Kollege Kohlhammer! Und dann schreibt mir zufällig, eingeschrieben und gestern bekommen, ganz kurz vor der Budgetdebatte einer – ich nenne den Namen nicht, dem möchte ich nicht nahetreten, jedenfalls von dieser Firma, der dann schreibt: Das ist alles nicht wahr, und ich soll mich hier distanzieren. Ich habe mich von nichts zu distanzieren, weil es ja stimmt, daß wir nie eine Chance gehabt haben, dort überhaupt zu kandidieren. Und derjenige, Kohlhammer, der mir geschrieben hat, ist zufällig ein ganz Unabhängiger. (Abg. Kohlhammer: „Wir reden von der Einstellungs politik der Firma Siemens. Du bist nicht korrekt!“) Das ist ein treuer Gefolgsmann von dir und oftmaliger Gemeinderatskandidat der SPÖ in Deutschlandsberg. Also, ein bißchen habt ihr schon zu tun miteinander. (Beifall bei der ÖVP. – 18.07 Uhr.)

Präsident Meyer: Es hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch noch zu Wort gemeldet.

Abg. Trampusch (18.07 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte mich vorerst entschuldigen, und zwar nicht bei den Abgeordneten, sondern bei den Vertretern der Einsatzorganisationen, die ja hergekommen sind, um zu hören, welche Arbeit sie verrichten und wie das Land dazu steht; die sicher nicht neugierig sind, daß hier personalpolitische Dinge in der Form gebracht werden. Nur, ich habe mich trotzdem gemel-

det, weil man das nicht im Raum stehenlassen kann, was der Kollege Schützenhöfer hier sagt. Nämlich er sagt bewußt etwas Falsches. Wenn er hier eine Begründung bringt, da ist jemand aus dem ÖAAB ausgetreten (Abg. Dr. Hirschmann: „Das war die Bedingung für die Einstellung!“), dann muß ich sagen, der war vorher bei der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz beschäftigt. Wir haben ihn einstimmig eingestellt. Wenn der irgendwann später aus dem ÖAAB austritt, was ich nicht weiß, dann ist es sein ureigenes persönliches Problem. Und ich sage noch einmal, bei allen Personaleinstellungen hat es einstimmige Beschlüsse gegeben. Ich würde mich freuen, wenn das in allen steirischen Gemeinden so wäre.

Und wie sehr der Kollege Schützenhöfer daneben liegt, darf ich folgendermaßen sagen: Der Herr Landeshauptmann hat das letzte Mal voll Stolz erklärt, daß im Landesdienst ja nicht nur ÖVP-Leute eingestellt werden, sondern auch andere, und hat den Herrn Dipl.-Ing. Dr. Korber als Beispiel angeführt. Nur lese ich zu meinem Erstaunen aus einer Budgetdebatte vom 10. Dezember 1986, dort hat sich der Dr. Korber furchtbar aufgeregt, nämlich mit den Worten – das steht im Protokoll, lies nach, Kollege Schützenhöfer, damit du einmal selber glaubst, was du gesagt hast: „Der Abgeordnete Schützenhöfer hat mich zwar aus dem ÖAAB hinausgestoßen, aber die Information war falsch. Das ist Ihre Politik, Sie haben mich aus dem ÖAAB ausgestoßen.“ Und der Schützenhöfer hat dann geantwortet: „Sie haben ja eine Partei gegründet.“ Der war ja beim ÖAAB, und da braucht der Herr Landeshauptmann nicht sagen, er hat einen Unparteiischen eingestellt. So ist nämlich die Personalpolitik. Hinten nach schaut es immer anders aus!

Und, Kollege, erkundigen Sie sich in Wagna bei Ihrer eigenen Fraktion, dann werden Sie draufkommen, daß Sie da nicht die Wahrheit gesagt haben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.10 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (18.10 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Auf die Wortmeldungen der Abgeordneten Vollmann und Kohlhammer kann ich während meiner Ausführungen dort, wo es dazupaßt, gerne eingehen, möchte aber jetzt sehr allgemein zur Arbeit unserer Landesbediensteten etwas sagen, denn diese Arbeit kann heute weniger denn je losgelöst von den Rahmenbedingungen der gesamten Volkswirtschaft betrachtet werden. Früher auf kleine, überschaubare Einheiten begrenzte Probleme werden heute zunehmend komplizierter. Eine Landesverwaltung braucht heute und erst recht in der Zukunft Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die fachlich kompetent sind, aber auch ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit haben und aufweisen.

Durch innerbetriebliche Umschichtungen, aber auch durch die zunehmende Bereitschaft der Mitarbeiter, sich weiterzubilden, konnte in den letzten fünf Jahren der Personalstand trotz dieser steigenden Anforderungen nicht nur gehalten, sondern sogar um 85 Dienstposten reduziert werden. Und dies, obwohl der immer bedeutender werdende Bereich des Umweltschutzes

– ich denke hier besonders an die Sanierung der Gewässer, die Müllentsorgung und die Smogbekämpfung –, aber auch der Straßenerhaltungsdienst vermehrt kompetente Mitarbeiter erfordern. Ich denke hier zum Beispiel an den Plabutschtunnel oder auch an die Tunnelanlagen in der Obersteiermark, die von hochqualifizierten Fachleuten zu betreuen und zu warten sind. Nur durch ständige Rationalisierungen konnte gerade im Straßenerhaltungsdienst eine Kostensteigerung vermieden werden.

Auch mußte der dringend notwendig gewordene Aus- beziehungsweise Neubau der Pflegestationen in Bad Aussee und in Voitsberg sowie der generell steigende Bedarf an Pflegepersonal dienstpostenmäßig verkräftet werden.

Auch der Erweiterung der Feuerweherschule kam im Hinblick auf die zunehmenden Katastrophen und auf die zunehmende Anzahl an Chemikalienunfällen große Bedeutung zu, bedingte aber natürlich auch eine Personalvermehrung.

Mit diesen wenigen Beispielen möchte ich Ihnen nur vor Augen führen, daß es in den letzten Jahren trotz ständig neuer und wichtiger Aufgaben noch möglich war, durch Umschichtungen, Rationalisierungs- und Ausbildungsmaßnahmen den Mehrbedarf abzufangen. Für 1991 aber sah sich die Personalabteilung mit Forderungen von zusätzlichen 370 Dienstposten konfrontiert. Dies hätte allein, die Heime der Sozialhilfeverbände gar nicht berücksichtigt, 113,2 Millionen Schilling an Mehrkosten verursacht. Das sind 4 Prozent des Personalaktivaufwandes der allgemeinen Verwaltung.

Was sind nun die Gründe dafür? Nicht nur durch die zunehmende Internationalisierung und die Annäherung Österreichs an ein größeres Europa werden Dienstpostenerhöhungen notwendig und gefordert. Auch durch verfassungsgesetzliche Vorgaben, also Inland, und hausgemachte Ursachen, wie zum Beispiel der verpflichtenden Einrichtung eines Unabhängigen Verwaltungssenates, vom Bund so beschlossen, sowie durch die Vollziehung bundesgesetzlicher Bestimmungen – ich denke hier an die Wasserrechts- und Kraftfahrgesetz-Novelle – hat die Personalabteilung jenen kleinen Spielraum verloren, der es ihr in den vergangenen Jahren ermöglichte, Personalaufstockungen noch zu vermeiden. Auch auf Landesebene bedingen das Müllwirtschaftsgesetz, das Umweltschutzbeitragsgesetz, die Novelle zum Raumordnungsgesetz und das Jugendwohlfahrtsgesetz, um nur einige Beispiele zu nennen, einen unvermeidlichen Mehrbedarf an Personal. Als Kritikpunkt muß ich dabei anmerken, daß sich die Personalabteilung bei Gesetzesentwürfen manchmal vor vollendete Tatsachen gestellt sieht. Ich muß Sie daher mit Nachdruck ersuchen und die Forderung erheben – für alle Beteiligten gilt diese Forderung –, die Personalabteilung in das Begutachtungsverfahren rechtzeitig einzubinden, um den voraussichtlichen Personalbedarf exakt wenigstens abschätzen zu können und diesen Aspekt bei der legislativen Arbeit mitberücksichtigen zu können.

Zurück zum vorliegenden Dienstpostenplan 1991. Ich muß bei der Aufzählung der Gründe, die zur Ausweitung des Dienstpostenplanes führten, auch auf die Forderungen meiner Regierungskollegen und auch der Mitglieder des Landtages hinweisen. Mit Beschlüs-

sen werden der Landesverwaltung immer wieder neue Aufgaben zugewiesen, die natürlich mit Personalfolgekosten untrennbar verbunden sind. Die Personalabteilung hat sämtliche Forderungen sehr gewissenhaft geprüft. Trotzdem ergibt sich nach Abzug der eingesparten und nach Berücksichtigung der umgeschichteten Dienstposten erstmals seit vielen Jahren wieder eine Dienstpostenvermehrung. Der Dienstpostenplan 1991 umfaßt 9.498 Dienstposten. Das bedeutet, daß insgesamt 70 Dienstposten zusätzlich geschaffen werden mußten – 370 wurden gefordert. An Mehrkosten für das Personalbudget erwachsen rund 21,6 Millionen Schilling. Dazu eine Anmerkung: Ein Prozent Personalaufwand der Allgemeinen Verwaltung, der Anstalten und betriebsähnlichen Einrichtungen, ohne Lehrer und Krankenanstalten, beträgt rund 28 Millionen Schilling. Wenn daher die Finanzabteilung auf Grund der Volksbefragung vom 10. Juni 1990 bei den Personalkosten der Allgemeinen Verwaltung eine einprozentige Kürzung vorgenommen hat, interpretiert sie die Zustimmung der Steirerinnen und Steirer zu Einsparungsmaßnahmen der Landesregierung falsch beziehungsweise jedenfalls zu eng. Einsparungen sollen nicht nur beim Personalaufwand, sondern auch beim Sachaufwand vorgenommen werden. So ist das in der betreffenden Frage dieser Volksbefragung sehr deutlich nachzulesen. Ich kann daher diese Kürzung nur als bewußte und mir nicht verständliche Unterpräliminierung verstehen, und sie wird natürlich dazu führen, daß im zweiten Halbjahr des Jahres 1991 wichtige finanzielle Mittel für Pflichtleistungen des Landes umgeschichtet werden müssen.

Ich ersuche Sie daher, die folgenden Zahlen mit diesen Vorbehalten zur Kenntnis zu nehmen: Der Personal-, Pensions- und Sozialaufwand des Landes Steiermark einschließlich des Aufwandes für die zur Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten ohne Pflicht- und Berufsschullehrer beträgt insgesamt 7,1 Milliarden Schilling. Beim Gesamtaufwand ergibt dies gegenüber dem Voranschlag 1990 einen Mehraufwand von rund 373 Millionen Schilling, das sind 5,5 Prozent. Im Landesbudget macht das einen Bruttoanteil von 24 Prozent der Gesamtleistung für das Personal aus.

Wie im Vorjahr weise ich darauf hin, daß in diesem Betrag nicht der Personal- und Pensionsaufwand für Pflicht- und Berufsschullehrer enthalten ist, weil dieser zum Großteil vom Bund refundiert wird. Darin ist auch die Begründung für die vermeintliche Diskrepanz zu dem im Budget veranschlagten Gesamtpersonalaufwand des Landes Steiermark von 10,3 Milliarden Schilling, das sind 34,9 Prozent, zu sehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf die Personalsituation im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstalten eingehen. Wenn Sie sich erinnern, habe ich Ihnen vor einem Jahr die negativen Auswirkungen der damals bestehenden verschiedenen Dienst- und Besoldungsrechte an ein und demselben Arbeitsplatz geschildert und die Beseitigung dieses untragbaren Zustandes gefordert. Ich habe in diesem Zusammenhang auch die Überführung der Gesellschaftsbediensteten in den Landesdienst zur Diskussion gestellt. Soweit ist es zwar nicht ganz gekommen, die damalige Situation wurde aber durch die Schaffung eines einheitlichen Gehaltsschemas mit dem Arbeits-

titel Harmonisierung wesentlich entschärft. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fanden inzwischen in einer Vereinbarung Niederschlag, deren wesentlichste Punkte in einer Änderung der bisher dreijährigen Vorrückung für Gesellschaftsbedienstete auf eine zweijährige Vorrückung und in der Anrechnung von Vordienstzeiten auch für Gesellschaftsbedienstete bestehen. Zugleich wurde ein eigenes Besoldungsschema für die Mitarbeiter im Krankenpflegedienst und in den medizinisch-technischen Berufen beschlossen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Mitarbeitern der Personaldirektion der Krankenanstaltenges. m. b. H. unter der Leitung von Personaldirektor Hofrat Dr. Thanner für ihre gute Arbeit danken. Bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang auch bei meinen Regierungskollegen, die meinem Antrag auf Einführung dieses neuen Gehaltsschemas zugestimmt haben. Ich hoffe, daß es dadurch – verbunden mit der vorgesehenen Aufstockung im personellen Bereich – gelingen wird, die Arbeitsbedingungen in unseren 21 Landeskrankenhäusern wesentlich zu verbessern.

Ich darf Sie auch informieren, daß derzeit Verhandlungen mit der Ärztekammer über ein neues Ärztegehaltsschema laufen, und ich hoffe, daß in absehbarer Zeit auch hier ein tragfähiger Kompromiß erzielt werden kann. Auch für mich ist die Ausgliederung der Krankenanstalten aus der Verwaltung des Landes unbestritten, und ich bekenne mich dazu, genauso wie ich mich zur Privatisierung bekenne, wo sie sinnvoll, das heißt effizient ist. Die Gebietskörperschaften sollten sich vermehrt auf ihre eigentlichen, das heißt gesetzlich vorgegebenen Aufgaben konzentrieren. Ich warne aber davor, die Begriffe Privatisierung und Ausgliederung zu verwechseln oder zu vermischen. Echte Privatisierung, meine Damen und Herren, findet nur dann statt, wenn das Land Betriebe oder Eigentumsanteile veräußert oder Aufgaben, die bisher im Bereich der Landesverwaltung durchgeführt wurden, an private Unternehmungen abgibt, und zwar zur Gänze. In einem solchen Fall muß ich dann als das für die Landesbediensteten zuständige Regierungsmitglied versuchen, die davon betroffenen Landesmitarbeiter so weit als möglich ausbildungsadäquat in anderen Bereichen der Landesverwaltung zu verwenden. Als Folge werden daher die Personalkosten sinken, der Sachaufwand wird möglicherweise hingegen steigen.

Eine Privatisierung ist daher nur dann sinnvoll, eine echte Privatisierung, wenn bei mindestens gleichwertiger Leistung für die Bevölkerung die Einsparung bei den Personalkosten höher und größer ist als die Steigerung beim Sachaufwand. Das heißt: Privatisierung ja, aber die Rechnung unter dem Strich muß stimmen. Das Ergebnis muß einfach heißen, Einnahmenerhöhung oder Ausgabensenkung und zumindest gleiche Leistung als vorher. Sonst ist die Sache – meiner Überzeugung nach – fragwürdig.

Anders verhält sich die Situation bei einer reinen Ausgliederung von jenen Aufgaben aus dem Bereich der Landesverwaltung, wo landeseigene Gesellschaften gegründet werden, die aber im Eigentum des Landes bleiben, wie es zum Beispiel bei der Krankenanstaltenges. m. b. H. der Fall ist. Hier hat die Erfahrung gezeigt, daß Personaleinsparungen in diesem

Bereich eine Utopie waren. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat uns viele Erfahrungen beschert. Personalaufstockungen waren im sogenannten patientennahen Bereich aus den bekannten Gründen, wie Überarbeitung des Personals und Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, notwendig. Bei der Gründung der Krankenanstaltengesellschaft war es aber auch unerlässlich, im administrativen Bereich durch die Neuinstallierung einer Zentralkommission eine neue Struktur zu schaffen, die die vielfältigen Aufgaben für diese Ges. m. b. H. zu erledigen hat. Auch hier sind die Personalkosten, ganz abgesehen vom erhöhten Sachaufwand und den notwendigen Investitionen, gestiegen. Ich will damit folgendes sagen: Die Ausgliederung von Ausgaben aus der allgemeinen Verwaltung und die Schaffung von zweierlei Mitarbeitern durch verschiedene Dienst- und Besoldungsrechte in ein und demselben Unternehmen sind nicht unabdingbar miteinander verbunden. Fachleute bestätigen mir aber in diesem Zusammenhang, daß die Personalkosten der Krankenanstaltengesellschaft nach ihren Berechnungen geringer wären, wenn die Mitarbeiter seinerzeit beim Land geblieben wären. Es war aber eine – wie mir immer gesagt wurde – unabdingbare Forderung seitens des zweiten Regierungspartners, daß diese Trennung stattfinden möge. Diese – wie manche vielleicht meinen – kühne Behauptung, daß das sogar billiger gewesen wäre, werde ich Ihnen anhand einiger Beispiele veranschaulichen. Es sind zum Beispiel die Gesellschaftsbediensteten als Privatangestellte dem Angestelltengesetz unterworfen und unterliegen somit auch dem Arbeitszeitgesetz, wobei die Gestaltung dieser Rechtsvorschriften eine ausschließliche Bundeskompetenz darstellt. Bei den Landesbediensteten hingegen hat das Land die Dienstherrschaft. Das bedeutet in der Praxis, daß Arbeitszeitvorschriften, welche ein Bestandteil dieses Dienstrechtes sind, flexibler den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt werden können.

Weiters sind wesentliche Bestimmungen nach dem Angestelltengesetz für die Gesellschaftsbediensteten günstiger als für die Landesbediensteten und damit für die Krankenanstaltengesellschaft und in weiterer Konsequenz für das Land teurer als vergleichbare Regelungen mit dem Landesvertragsbedienstetengesetz.

Ich nenne hier beispielsweise die Abfertigungsbestimmungen. Es dürfte Ihnen nicht bekannt sein, daß eine Abfertigung nach dem Angestelltengesetz auch bei befristeten Verträgen nach Zeitablauf gebührt. Davon betroffen sind vor allem Turnusärzte, wenn sie die dreijährige Ausbildung zur Gänze in den steirischen Landeskrankenhäusern absolvieren. Aber auch der Höhe nach ist die Abfertigung bei Privatangestellten besser, weil sie nach dem Durchschnittsverdienst des letzten Kalenderjahres bemessen wird. Das heißt, daß bei Ärzten auch sämtliche Überstunden und Nachdienstbezahlungen berücksichtigt werden müssen. Hingegen ist bei Landesbediensteten die Bemessungsgrundlage nur das Monatsentgelt, vermehrt um jene Zulagen, die mit dem Gehalt ausbezahlt werden. Diese Unterschiede können im Extremfall bis zu 100 Prozent betragen. Ähnliche Unterschiede bestehen bei der Entgeltfortzahlung sowie bei der Überstundenabgeltung. Und schließlich erfordert die Bearbeitung im administrativen Bereich auf Grund der unterschied-

lichen Dienstrechte einen beachtlichen Mehraufwand sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Als Beispiel nenne ich die Notwendigkeit eines eigenen Lohnverrechnungssystems für Gesellschaftsbedienstete.

Die Länder Vorarlberg und Tirol haben ihre Landeskrankenhäuser zwar auch ausgegliedert, nicht aber das Personal. Allgemein muß gesagt werden, je kleiner ein ausgegliederter Bereich ist, desto unverhältnismäßig größer wird der Personalaufwand steigen, weil ich ein Personalbüro, eine Personalbuchhaltung – ich sehe jetzt nur die Personalkomponente, aber weil ich alles das brauche. Auch Rechnungshofberichte bestätigen immer wieder, daß dezentrale kleinere Einheiten, so großartig sie sonst von einer allgemeinen Betrachtungsweise und Philosophie her sein können, aber daß diese kleinen Einheiten die größte Personalkostentante aufweisen. Nicht der Fall ist das ja nur dort, meine Damen und Herren, wo in einem kleinen gewerblichen oder bäuerlichen Familienbetrieb die Eigentümer selbst die Arbeit machen und nicht nach ihrer Arbeitszeit auf die Uhr schauen, sondern eben 80 und 100 Wochenstunden arbeiten. Aber das ist dort, wo man mit Mitarbeitern arbeiten muß, die man natürlich entsprechend entlohnen muß, nicht der Fall. Sollten dann auch noch verschiedene Dienstrechte zu administrieren sein, dann tritt jener Fall ein, den ich Ihnen gerade an Hand der Entwicklung der Krankenanstaltengesellschaft schildern konnte.

Wenn Landesrat Dr. Klausner in seiner Budgetrede der ÖVP Angst um Machtpositionen im Zusammenhang mit geplanten Ausgliederungen unterstellt, könnte man mit gleichem Recht behaupten, die SPÖ möchte sich über den Umweg von Ausgliederungen Einfluß in jenen Bereichen verschaffen, die auf Grund der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung nicht zu ihr ressortieren. Gerade jetzt ist ja eine große Proporzdiskussion wieder voll im Gange, und wir wissen alle, daß Proporzdenken letztlich dem Steuerzahler teuer zu stehen kommt. Aber gerade bei Ausgliederungen dieser Art besteht die Gefahr, daß neue Entscheidungsgremien geschaffen werden, die natürlich zwangsläufig ein fruchtbarer Boden für das Proporzdenken sind. Diese Strukturen sind dann in der Praxis auch für rasche Entscheidungen nicht gut geeignet. Ich meine daher, daß auch diese Aspekte mitüberlegt werden müssen, wenn wir von Privatisierung reden und Ausgliederung meinen.

Nach diesen – so glaube ich – notwendigen Klarstellungen von Begriffen und Vorgängen in einem Bereich, der immer wieder zu Diskussionen und bewußten oder unbewußten Verwechslungen Anlaß gibt, kehre ich in meinen Ausführungen zurück zu einem inzwischen außer Streit stehenden Thema: Es ist dies die vom Land Steiermark nach den Richtlinien des Steirischen Personaleinstellungsmodells gehandhabte Neuaufnahme von Personal.

Eine besonders hohe Bewerberresonanz fanden im Jahre 1990, also heuer, Ausschreibungen für Dienstposten im Straßenerhaltungsdienst, für AHS-Maturanten und Akademiker. Eine Zunahme der Bewerberzahlen war aber nicht in allen Verwendungsbereichen zu beobachten. So mußten Dienstposten bestimmter Berufszweige, wie Diplomschwester, Sozialarbeiter, Logopäden, Physiotherapeuten, und spezielle tech-

nische Bereiche mehrmals ausgeschrieben werden, um überhaupt geeignete Mitarbeiter zu finden. Heuer wurden bis zum heutigen Tage 15 Stellenausschreibungen für über 300 Dienstposten in den steirischen Tageszeitungen und in der „Grazer Zeitung – Amtsblatt für die Steiermark“ veröffentlicht. Bei acht Sitzungen des Personalbeirates wurden 271 Einstellungsempfehlungen abgegeben, an die ich mich auch gehalten habe. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Personalbeirates für die geleistete Arbeit bedanken. Wie Sie wissen, gehören diesem Beirat Vertreter aller Fraktionen des Hauses und auch Personalvertreter an. Sicher ist es interessant zu erfahren, daß von den im heurigen Jahr eingestellten 108 Akademikern und Maturanten 57, somit mehr als die Hälfte, Frauen sind. So wurden nach der letzten Sitzung des Beirates zehn Juristen eingestellt, davon fünf Frauen. Sie sehen somit, meine sehr geehrten Abgeordneten, daß auch ohne dirigistische Maßnahmen der Forderung nach verstärkter Einstellung von Frauen entsprochen werden kann.

Und nun, Herr Abgeordneter Kohlhammer. Ihre geäußerte Meinung, daß wir uns erst seit dem Zeitpunkt zu einer Objektivierung und den damit verbundenen öffentlichen Ausschreibungen, Tests und Personalbeirat, der ja aus allen Fraktionen besteht, bereitgefunden hätten, seit es immer weniger Posten zu vergeben scheint, so habe ich Sie verstanden, war das richtig? (Abg. Kohlhammer: „Ja, so war es gemeint!“) Ich bin traurig, daß das richtig ist, weil dann muß ich Sie fragen, ob Sie glauben, daß seit dem Tag, an dem dieses Modell vor einigen Jahren eingeführt wurde, die Leute nicht mit dem Pensionsalter in Pension gehen und ersetzt werden müssen, daß nicht weniger Leute frühzeitig in Pension gehen, daß weniger Leute durch Tod ausscheiden. Diese Zahlen sind völlig gleich, wie sie vorher waren. (Abg. Kohlhammer: „Die Aufnahmen sind wohl zurückgegangen, Herr Landesrat!“) Überhaupt nicht! Sie irren sich ganz gewaltig. Der Prozeß der Entwicklung der Bürger dieses Landes ist, daß keiner deshalb später in Pension geht, weil dieses Modell eingeführt wurde. Ich bedaure, daß Sie das so gesehen haben (Abg. Kohlhammer: „Ich nehme das zur Kenntnis!“), und wenn Sie es zur Kenntnis nehmen, bin ich auch bereit, das nicht als bössartige Unterstellung zu bewerten. Aber wenn Sie nachdenken, ist das wirklich ungeheuer falsch.

Noch ein Wort, meine Damen und Herren, zu den Tests, ein heikles Kapitel. Wiederholt bin ich mit Vorwürfen konfrontiert, daß die schriftlichen Arbeiten vor allem im handwerklichen Bereich zu schwierig oder auch wirklichkeitsfremd seien. Ich nehme das durchaus ernst. Denn das richtige Maß zu finden ist sicherlich gar nicht einfach. Ich gebe aber zu bedenken, daß das Land Steiermark österreichweit bei den Auswahlverfahren im Arbeiterbereich Neuland betreten hat. Denn das Bundeseinstellungsgesetz – es ist zwar mehr wie ein Modell – ist leider in diesem Zusammenhang zu vergessen. Man muß sich dabei vor Augen führen: Für einige wenige freie Dienstposten, zum Beispiel im Straßenerhaltungsdienst, melden sich Hunderte Bewerber. Viele von diesen sind es gewohnt, körperlich schwer zu arbeiten und auch fest zuzupacken. Aber schriftliche Arbeiten sind für manchen von diesen Mitbürgern suspekt. Sie greifen daher von

vornherein mit einem gewissen Unbehagen beim Test zum Schreibwerkzeug. Die Erfahrungswerte des heurigen Jahres zeigten, daß sicherlich auch noch Verbesserungsmöglichkeiten im praktischen Teil des Auswahlverfahrens notwendig sind. Ich halte es jedoch für unerlässlich, daß vor allem in Anbetracht der großen Zahl von Bewerbern in den einzelnen Sparten versucht wird zu erheben, welche Kandidaten willens sind, sich auch in eine Gemeinschaft, wie es bei der Straßenverwaltung zum Beispiel in eine Partei heißt, einzufügen. Ich nehme aber selbstverständlich gerne weitere Verbesserungsvorschläge aus fachlich berufenem Munde entgegen.

Gestatten Sie mir nun ein Wort zur Privilegiendiskussion im Öffentlichen Dienst. Die verwirrende Vielfalt der Pensionsregelungen und der verschiedenen Systeme und die ungleichförmige Entwicklung der Einkommen haben einen realistischen Vergleich bisher kaum erlaubt. Eine ganz neue Studie des Sozialministeriums, dem man sicherlich Objektivität gegenüber öffentlichen und privaten Arbeitnehmern in diesem Lande unterstellen kann, liefert jetzt erstmals Orientierungspunkte für die politische Diskussion. Die Autoren dieser Studie leisteten statistische Knochenarbeit und berechneten das jeweilige Lebenseinkommen verschiedener Berufs-, Alters- und Ausbildungsgruppen. Werden Beamte den Beschäftigten in der Privatwirtschaft gegenübergestellt, so wurde für Personen des Jahrganges 1938, damit es ganz korrekt ist, ermittelt, daß bei einem angenommenen 35jährigen durchgehenden Beschäftigungs- und Versicherungsverlauf, bei einem Pensionseintritt mit 60 Jahren und bei einer 15jährigen Pensionsbezugsdauer 90 Prozent der männlichen Angestellten und 50 Prozent der weiblichen Angestellten in der Privatwirtschaft ein höheres Lebenseinkommen als vergleichbare C-Beamte des Bundes haben. Das Lebenseinkommen von B-Beamten, also Maturanten, wird auf Basis der vorhin erwähnten Annahmen von mehr als 50 Prozent der männlichen Privatangestellten und von zirka 15 Prozent, bedauerlicherweise, der weiblichen Privatangestellten überschritten. Obwohl die gesamten Ruhebezüge von A-Beamten, also von Akademikern, bis zu 100 Prozent höher sein können als die von Akademikern in der Privatwirtschaft, allerdings ohne Berücksichtigung etwaiger Betriebspensionen, liegt dennoch das durchschnittliche Lebenseinkommen der A-Beamten um einiges unter dem, das durchschnittliche, nicht der Spitzen, der meisten Akademiker in der Privatwirtschaft. Ich habe es selber nicht geglaubt, bevor ich diese Studie gelesen habe. Diese Daten widersprechen jedenfalls vielen in letzter Zeit geäußerten Behauptungen und machen sie zum Teil auch zu Vorurteilen. Sie bedürfen schließlich und sicherlich noch weiterer methodischer und inhaltlicher Klärung, bilden aber eine Basis für Diskussionen und Reformansätze. Ob der Einkommensnachteil durch die fast 100prozentige Arbeitsplatzgarantie im Öffentlichen Dienst aufgewogen wird, das können indes auch die Autoren dieser Studie schwerlich beantworten.

Von dieser mit Zahlen gespickten Arbeit des Sozialministeriums weg möchte ich Ihnen abschließend noch ein mir wirklich am Herzen liegendes Reformvorhaben vorstellen. Die derzeitige Personalsituation des Landes erfordert Maßnahmen zur raschen Einführung und

Anwendung von weiteren Instrumenten und Methoden eines modernen Personalmanagements – leicht gesagt. Das heißt aber, es müssen daher in stärkerem Ausmaß als bisher die Aufgaben der Personalplanung und der Personalentwicklung wahrgenommen werden. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Personalbedarf für die Zukunft besser abschätzen und die vorhandenen Kapazitäten und Fähigkeiten der Mitarbeiter zum Zweck höherer Effizienz besser beurteilen und nützen zu können. Mit der Realisierung des Steirischen Personaleinstellungsmodells ist ein erster wichtiger Schritt mit positiven Auswirkungen auf alle Bereiche getan worden. Aber das sind ja die zukünftigen, unter Umständen auch leitenden Mitarbeiter, die wir jetzt aufnehmen. Durch diesen neuen Weg der Personalbeschaffung wird es allerdings unabdingbar notwendig, ein modernes Personalplanungs- und Entwicklungssystem aufzubauen. Dies bestätigen auch externe Personalfachleute im Rahmen einer Beurteilungsstudie des Modells. Es muß daher der gegenwärtige und zukünftige Bedarf an Personal sowohl in quantitativer als vor allem aber auch in qualitativer Hinsicht erhoben werden. Auf Grund bereits vorhandener Kriterien und Erfahrungen ist die Bewertung der Qualität noch durchaus zufriedenstellend durchführbar und erreichbar. Für die Ermittlung der Quantität, also wie viele, allerdings gibt es nur Erfahrungswerte. Geeignete Instrumente und Methoden für eine analytische Personalbemessung fehlen aber derzeit. Ein Pilotprojekt, das die Personalbemessung bei den Gewerbebetrieben der steirischen Bezirkshauptmannschaften zum Gegenstand hat, steht kurz vor dem Abschluß. Es wird klare Aufschlüsse über die zukünftige Vorgangsweise bei Personalbemessungen auch für den übrigen Landesbereich in Bezug auf begründete Personaleinsparungen, oder auch notwendige -vermehrungen zulassen. Die Ergebnisse der Personalbedarfsermittlung und -beschaffung sind schließlich der Ausgangspunkt für die Personalentwicklung. Und diese umfaßt alle Maßnahmen, mit denen Mitarbeiter Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen erwerben, um gegenwärtige und zukünftige Aufgaben der Verwaltung zu bewältigen. Daher müssen Personalentwicklungskonzepte erarbeitet werden, die zum Beispiel Karrierepläne für die wichtigsten Funktionen, eine neue Form der laufbahnbegleitenden Mitarbeiterbeurteilung und Maßnahmen der Führungskräfte und Nachwuchsentwicklung enthalten. Diese erwähnten Maßnahmen haben nicht nur den Sinn einer höheren Effizienz der Personalbewirtschaftung des Landes und einer besseren Serviceorientierung für unsere Bürger, sondern sollen letztlich auch der Imageverbesserung unserer Mitarbeiter dienen. Damit die entsprechenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, ist daher beabsichtigt, die Personalplanung und Entwicklung auch im Einvernehmen mit der Landespersonalvertretung, die sich mit diesen Themen ebenfalls sehr engagiert auseinandersetzt, verstärkt wahrzunehmen.

Ich muß noch eine Antwort dem Kollegen Kohlhammer geben. Der Bürgermeister Gutschki wird überhaupt nicht anders behandelt wie sämtliche andere Bürgermeister, welcher Partei sie auch immer angehören. Ich habe einen ausführlichen Schriftwechsel mit dem Kollegen Dr. Klausner, der ja auch aus dem Bezirk Deutschlandsberg stammt, in diesem Zusammenhang geführt.

Ich stelle ihn auch gerne Ihnen zur Verfügung. Im Gegenteil hat es sogar zu einer Erhebung der Rechtsabteilung 1 geführt, ob es nicht hier Sonderbehandlungen gibt. Und wo es den Anschein gehabt hat, daß eine solche vorhanden ist, wurde sie abgestellt. Das ist der derzeitige Zustand und das, was natürlich die Bürgermeister der ÖVP oder irgend einer anderen Fraktion hier als Möglichkeit für die Ausübung ihres Amtes haben, hat der Bürgermeister Gutschki aus der Soboth, aber auch nicht mehr. Er war es – so höre ich – früher ganz anders gewöhnt. Ich sage Ihnen den derzeitigen Ist-Zustand, und natürlich kann es für ihn auch keine Extraausnahmen geben. (Abg. Kohlhammer: „Herr Landesrat, darf ich Sie etwas fragen: Können Sie sich vorstellen, daß man diese Spielregeln ändert? Ausgerechnet beim Land Steiermark wird das sehr rigoros gehandhabt!“) Es gibt, erstens, meines Wissens nicht sehr viele Institutionen, und zweitens hat es bisher mit Ausnahme des Bürgermeisters Gutschki keine einzige wirkliche Klage gegeben. Ich kann mir aber vorstellen, daß diese heutige Wortmeldung von Ihnen hier schon eine Bewegung auslöst, und dann muß man darüber eben reden. (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, eine Frage: Ist der Herr Bürgermeister von Leibnitz als Leiter des Volksbildungsheimes Retzhof freigestellt?“) Er ist überhaupt nicht freigestellt. Ich habe diese Frage von Ihnen erwartet. (Abg. Trampusch: „Dann bitte ich, daß Herrn Bürgermeister Gutschki die gleiche Zeit eingeräumt wird wie dem Herrn Bürgermeister von Leibnitz!“) Wenn die Herren die gleiche Beschäftigung haben, dann ist das überhaupt kein Problem. Aber die Art einer Tätigkeit bringt hier natürlich auch Probleme unter Umständen mit sich. Aber er ist überhaupt nicht freigestellt. (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, das ist die Praxis! Sie haben gesagt, es gibt keine Ausnahmen – es gibt doch Ausnahmen!“) Ich kann aus dem Bürgermeister Gutschki nicht den Leiter einer Institution machen, wie sie der Bürgermeister von Leibnitz innehat. Das ist mir beim besten Willen nicht möglich. (Abg. Trampusch: „Sie haben gesagt, alle Landesbediensteten werden gleich behandelt!“) Sie werden auch gleich behandelt! Er hat keine Freistellung. (Abg. Trampusch: „Wann arbeitet er dann? Er ist den ganzen Tag als Bürgermeister unterwegs!“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das stimmt ja nicht! Ich finde das unfair, das in Abwesenheit des Bürgermeisters zu behaupten!“) Ich bin gerne bereit, das mit Ihnen auch auszudiskutieren. Ich habe mich hier sehr genau erkundigt, weil ich mit Dr. Klausner eine lange Diskussion hatte. In solche Situationen sind meiner Meinung nach auch viele Damen und Herren, die hier im Hause tätig sind, gestellt. (Präsident Meyer: „Am Wort ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba!“)

Herr Abgeordneter Vollmann, du hast ja heute nur eine Diskussion fortgesetzt, die wir vor einigen Jahren geführt haben, und ich darf zur Frage der Einstellung der Mitarbeiter in den Heimen der Sozialhilfeverbände folgendes sagen: Es werden genug Probleme auftauchen. Die Heime werden in Zukunft nicht mehr Altenheime, sondern das werden lauter geriatrische Krankenhäuser, meine Damen und Herren, mit sehr, sehr schwer zu pflegenden armen Menschen, die dort drinnen leben. Aber ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn die Sozialhilfeverbände die Bediensteten selbst bestellen. Nur, Landesbedienstete können sie dann nicht sein. Dann müssen Sie die Herrschaften fragen,

ob sie das wollen. Ich habe das ja nicht erfunden. Das ist ein Ergebnis des derzeit gültigen Sozialhilfegesetzes. Aber daß die Landesbedienstete sind, und die Sozialhilfeverbände stellen sie ein, und die übrigen Landesbediensteten müssen sich über eine öffentliche Ausschreibung bewerben und müssen dann Tests machen und die nicht, das ist rein logisch undenkbar. Aber wenn Sie eine Sozialhilfegesetzänderung in diesem Haus beschließen, daß die nicht mehr Landesbedienstete sind, ich weiß nicht, was die Ihnen darauf sagen und dazu erzählen, dann werden Sie eine Personalbuchhaltung und so weiter alles brauchen, was ich früher für die Dezentralisierung und kleine Einheiten in einem solchen Fall gesagt habe. Aber das ist nicht das Problem. Das Problem ist die Frage, sollen sie Landesbedienstete sein, dann müssen sie so eingestellt und aquiriert werden wie alle neuen Landesbediensteten. Sollten sie und wollen sie Landesbedienstete sein, sie haben damit ja eine ganz bestimmte Lebenslaufbahn vor sich. Aber das müßte man klären. Ändern kann man das nur über eine Änderung des Sozialhilfegesetzes.

Und zu den Bezirkshauptleuten: Das war ein erster Schritt, der getan wurde. Ich kann mir ohne weiteres vorstellen, und ich habe auch die Absicht, wenn ihr nicht alle miteinander bald das Sozialhilfegesetz ändert, wo diese Refundierungsfragen geregelt sind, daß wir für die Bezirkshauptleute einen eigenen Antrag in die Regierung einbringen, daß dieser Teil, der auf die Bezirkshauptleute als Vorsitzende des Sozialhilfeverbandes des Bezirkes entfällt, nicht mehr refundiert wird. Denn offenbar ist mit der Gesetzesänderung dieses Sozialhilfegesetz nicht in unmittelbarer Nähe zu rechnen. Zugute kommt es ja nicht den Sozialhilfeverbänden, das wissen Sie auch alle, meine Damen und Herren, zugute kommt es den Gemeinden, und ich würde es ihnen vergönnen, weil sie ja die Zahler dort sind. Ich hoffe, ich habe damit auch diese aufgeworfenen Fragen beantwortet.

Ich bin zuversichtlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Personalabteilung auch diese letzte neue Entwicklung mit Personalplanung und Personalentwicklung zufriedenstellend bewältigen wird. Ich danke jedenfalls dem Vorstand der Rechtsabteilung 1, Herrn Hofrat Dr. Greimel, und allen seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.49 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Pinegger: Ich verzichte auf das Schlußwort und beantrage, die Gruppe 0 zu genehmigen.

Präsident Meyer: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 0 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (18.50 Uhr): Meine sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 1 handelt von der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Hauptthemen dieser Gruppe sind Feuerwehrwesen, Katastrophendienst, Gewässerschutzmaßnahmen, Landesverteidigung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Die Ausgaben betragen 96,511.000 Schilling, dem stehen Einnahmen von 4,048.000 Schilling gegenüber. Ich ersuche im Namen des Finanz-Ausschusses, diese Gruppe anzunehmen. (18.51 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel.

Abg. Schrammel (18.51 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Es ist eine gute Tradition, daß zur Budgetgruppe 1, wo wir über die Ordnung und Sicherheit unseres Landes diskutieren und dazu auch die Beschlüsse fassen, auch unsere Vertreter und Repräsentanten der Einsatzorganisationen zu uns kommen. So möchte ich Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren dieser Einsatzorganisationen, vorerst einmal sehr herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß alle diese Einsatzorganisationen in ihrer Vielzahl in der Steiermark ihre Aufgaben nahezu zur Gänze freiwillig erbringen, bis auf die dort hauptamtlich Tätigen. So möchte ich zuerst einmal diese beispielhafte Wirkung herausstellen. Wenn ich dieser Tage bei einer Tagung der Feuerwehrkommandanten im Bezirk Fürstenfeld dabei sein durfte und mitverfolgen konnte, mit welcher Gründlichkeit die dortigen Vertreter im Bezirk Fürstenfeld ihre Aufgaben diskutiert haben, und in den nächsten Tagen die Landesversammlung des Roten Kreuzes im Bezirk Fürstenfeld stattfinden wird und das auch wie im Vorjahr gleich sein wird, daß die Helferinnen und Helfer dieser Organisation gleichfalls ihren Rückblick mit größter Ordentlichkeit und ihre Vorschau auch mit einer Gründlichkeit durchführen, darf ich sagen, daß das nicht nur in einem Bezirk so der Fall ist, sondern erfreulicherweise in der gesamten Steiermark.

Es würde sicher zu weit führen, wenn wir alle die Leistungen im Detail in der großen Bandbreite der Katastrophenereignisse des jetzt zu Ende gehenden Jahres 1990 anführen würden. Es sei mir erlaubt, nur einige wesentliche herauszugreifen: Hier möchte ich erwähnen unter anderem den Chemiealarm, Großbrand, Erdbeben, Hochwasser, Unwetter, Hagelschlag, Murenabgänge, Sturmschäden, Lawinenabgänge, Fischsterben, Eisstoß, Suchaktionen, Explosionen, Abschaltung des Kernkraftwerkes Krško in Jugoslawien, Flugzeugabsturz, Taucheinsätze, Bergungsarbeiten bei Verkehrsunfällen und auch im Rahmen der Bergrettung von Personen, die in Bergnot geraten sind, Ozonbelastungen und vieles andere müßte hier noch in Erwähnung gebracht werden. Es ist eine Konzentration jener Einsätze, die nahezu alljährlich erbracht werden müssen, und wenn die Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung in Koordinierung dieser Einsatzorganisationen bemüht ist, die Ordnung auch herzustellen, so sind wir sehr dankbar, daß im

steirischen Landesbudget auch für die Finanzierung der wichtigsten Aufgaben die Mittel bereitgestellt werden konnten, wie alljährlich, und daß auch sogar in einigen Bereichen Budgetaufstockungen erwirkt werden konnten. Ich darf in diesem Zusammenhang dem Referenten, unserem verehrten Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, sehr herzlich danken. Wenn wir auch in der Budgetgruppe 1 eigentlich nur über die Feuerwehr und den Katastrophenschutz diskutieren konnten, ist es doch sinnvoll, alle Einsatzorganisationen zusammenzufassen, weil sie sich ja doch in ihrer Wirkung gegenseitig brauchen.

Ich möchte daher zuerst unsere größte Einsatzorganisation, die Feuerwehr, herausgreifen. Aus dem Tätigkeitsbericht, den unser Landesbranddirektor Karl Strablegg beim Landesfeuerwehrtag in Bad Aussee gegeben hat, war zu entnehmen, daß in über 33.000 Einsätzen unsere steirischen Feuerwehren 517 in akuter Gefahr befindliche Personen retten und Sachwerte in der Höhe von mehr als 900 Millionen Schilling erhalten konnten. Diese Zahlen herauszugreifen aus dem großen Tätigkeitsbericht ist sicher anlässlich der Budgetdebatte angebracht. Diese Zahlen sprechen auch für sich und geben Anlaß, uns ganz besonders bei unseren großen freiwilligen Einsatzorganisationen, eben bei der steirischen Feuerwehr und den Feuerwehren insgesamt in der Steiermark, zu bedanken. Es sei mir erlaubt, den Dank namens aller Feuerwehrkameraden an den Landesfeuerwehrkommandanten Karl Strablegg und seine beiden Stellvertreter Fritz Franz und Jimmy Nagl sowie an alle Bezirksfeuerkommandanten, aber auch an den Abteilungsleiter für Katastrophenschutz und Landesverteidigung, Herrn Hofrat Dr. Konrad, und seine Mitarbeiter auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist erfreulich, daß es gerade im Rahmen der steirischen Feuerwehren immer wieder gelingt, auch die Jugend für die Aufgaben der Feuerwehr begeistern zu können, und daß sich die Jugend jährlich immer wieder erneuert, insofern, daß jene Jugendlichen aus der Feuerwehrjugend, die in das dementsprechende Alter kommen, dann in den Aktivstand übernommen werden und immer wieder dann junge Schulentlassene und noch schulpflichtige Jugendliche nachrücken.

Großartige Leistungen leistete das Österreichische Rote Kreuz. Von den rund 7000 ehrenamtlichen Mitarbeitern wurden mehr als drei Millionen unbezahlte Dienststunden geleistet, und die Kilometerleistung der Rettungsfahrzeuge ist wahrlich beachtlich, wenn festgestellt wurde, daß unsere Rettungsfahrzeuge des Roten Kreuzes rund 10,5 Millionen Kilometer in der Steiermark zurückgelegt haben. Ich möchte auch hier dem Repräsentanten, dem Herrn Präsidenten Konsul Dr. Rudolf Griß, und dem hier anwesenden Landessekretär, Herrn Direktor Franz Zweidick, und all den vielen Funktionären im Österreichischen Roten Kreuz, den Haupt- und Ehrenamtlichen, den freiwilligen Helferinnen und Helfern sehr herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Auf die steirische Bergrettung mit ihren rund 1400 freiwilligen Mitarbeitern wartet sicher auch wieder ein Winter mit Einsätzen. So ist es eben leider im Leben. Und so ist auch diesen Damen und Herren zu danken, die es verstanden haben, im heurigen Jahr eindrucksvolle Leistungen zu erbringen, und mit Zahlen kann

man diesen Dank nicht zum Ausdruck bringen. Der steirische Bergrettungsdienst ist eine wertvolle Stütze des Katastrophenschutzes in der Steiermark. Ich möchte hier dem neuen Landesleiter und all seinen Mitarbeitern auch den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte die vielen Einsatzorganisationen, die zur Abrundung noch aufgezählt werden müßten, zusammenfassen und auch ihnen sehr herzlich danken, und zwar der Österreichischen Rettungshundebrigade, dem Österreichischen Versuchssenderverband, Referat Notfunk, der Österreichischen Wasserrettung, der Organisation des steirischen Tauchsportklubs, dem Erten Österreichischen Fallschirmspringerklub, der Steirischen Rettungsflugwacht, der Selbstschutzgruppe der Handelskammer, Technischer Hilfsdienst, und der Österreichischen Höhlenrettung; all diesen Organisationen, die durchwegs freiwillig ihren Dienst verrichten, soll auch heute anlässlich dieser Budgetdebatte der Dank zum Ausdruck gebracht werden. (Allgemeiner Beifall.) Wenn man sich die Einsatzprotokolle der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung durchschaut, fällt auch auf – und das ist beeindruckend –, daß vor allem bei Hochwässern, Murenabgängen, Hagelunwettern und bei vielen anderen Katastrophen das Österreichische Bundesheer und auch die Bundesgendarmerie sowie die Polizei in guter Assistenzleistung mitwirken. Im Jahre 1989 war das Österreichische Bundesheer 67mal im Einsatz, setzte rund 1400 Mann mit insgesamt 30.700 Stunden ein und fuhr dabei über 50.000 Kilometer. Allein in diesem laufenden Jahr 1990 waren 879 Mann mit nahezu 49.000 Stunden und rund 71.000 Kilometer im Assistenzeinsatz.

Diese eindrucksvollen Zahlen lassen erkennen, daß das Österreichische Bundesheer und auch die Zivilschutzorganisation es gemeinsam mit unseren Einsatzorganen in der Steiermark verstehen, bei Katastrophen immer wieder so in Einsatz zu gehen, daß der steirischen Bevölkerung auch Hilfe geleistet werden kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch dem Militärkommandanten für Steiermark, Divisionär Hubert Albrecht, danken und bitten, daß er den Dank namens des Hohen Hauses auch seinen Soldaten weitergibt.

Ich möchte auch nicht ein wesentliches Element des steirischen Katastrophenschutzes vergessen, nämlich den Hubschrauberrettungsdienst. Die Einsatzstatistik des Jahres 1989 spricht von 650 Gesamteinsätzen. Im Laufe des heurigen Jahres 1990 ist es leider zu einer zehnprozentigen Steigerung gekommen. Ende September des heurigen Jahres wurde in Anwesenheit unseres Landeshauptmannes in einem Festakt der zweitausendste Hubschrauberrettungsflug von der Flugeinsatzstelle Aigen im Ennstal gefeiert, und es soll das besonders herausgehoben werden. Es ist mir persönlich ein großes Bedürfnis, mich auch beim Piloten des Innenministeriums, und zwar bei Herrn Inspektor Alfred Engel, beim Piloten des Hubschraubergeschwaders II, bei den eingesetzten Notärzten und allen Sanitätern, die in seiner Begleitung waren, namens der hier im Hohen Hause vertretenen Abgeordneten zu bedanken. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, die notwendige Systemergänzung, nämlich den bodengebundenen Notarztrettungsdienst, schon in nächster Zeit auf das Niveau unserer Hubschrauberrettungs-

dienstesätze zu bringen. Das wäre zum Grundsätzlichen zu sagen.

Wenn es mir erlaubt ist, zum Flüchtlingswesen darauf hinzuweisen, daß gerade unsere Feuerwehren und das Rote Kreuz hier eine ganz großartige Leistung erbracht haben. Der von der Steiermärkischen Landesregierung genehmigte Landesflüchtlingsplan bietet die Basis für eine relativ ordnungsgemäße Ablaufplanung bei der Bewältigung dieses Flüchtlingsstromes. Es soll aber gesagt werden, daß gerade die Feuerwehr und das Rote Kreuz es immer wieder verstanden haben, wenn auch improvisiert, hier beispielhaft gerade in der Zeit, wo es in Rumänien Flüchtlingsströme gegeben hat, die über Ungarn nach Österreich gekommen sind, Hilfe zu leisten und auch im Gegenzug Hilfestellung insofern zu gewähren und zu leisten, daß eben Hilfsgüter nach Rumänien gebracht wurden.

Zur zivilen Landesverteidigung möchte ich nur eines sagen: Es müßte eine Selbstverständlichkeit für unsere steirische Bevölkerung und für die Bevölkerung allgemein in Österreich sein, Sorge zu tragen, daß über jeden Haushalt eine gewisse Bevorratung angestrebt wird.

Zum Zivilschutz allgemein darf wohl auch gesagt werden, daß in guter Koordination mit den Einsatzorganisationen jene Gesamtleistung erbracht werden konnte, die als beispielhaft hingestellt werden kann. Ich möchte mir nur wünschen, wenn es zu Katastrophen kommt, ob auf der Straße bei Unfällen oder wenn es Brandeinsätze sind, daß es nicht nur eine Vielzahl von Neugierigen gibt, sondern die Bevölkerung viel stärker in die Bewältigung dieser Katastrophen miteingebaut und dabei auch besser aufgeklärt wird, wie sie von sich aus Hilfeleistungen anbieten und leisten kann. Und hier sei eines in Erwähnung zu bringen, daß bereits in den Schulen begonnen wurde, über das Rote Kreuz und auch über die anderen Einsatzorganisationen Aufklärung zu leisten.

Ich möchte eines als besonderes Kompliment für unsere Feuerwehren herausstellen, wenn unlängst bei einer Veranstaltung von einem sehr bedeutenden Vertreter der Gendarmerie die Meinung vertreten wurde, daß die Aufklärung über die Bewältigung von Katastrophen und vor allem über die Erstversorgung bei Unfällen in erster Linie über die gut ausgebildeten Feuerwehrmänner und auch die Helferinnen und Helfer des Roten Kreuzes erbracht wurde und daß diese Ausbildung in unserer Feuerweherschule in Lebring in einer eindrucksvollen Weise geleistet werden konnte.

Und wenn in letzter Zeit auch Aufklärungsschriften über die gefährlichen Stoffe, über den Strahlenschutz und auch für einen Gefahrenmoment verbreitet wurden, eben über das Einschreiten bei einem eventuellen Unfall von jenen Fahrzeugen, die aus dem Osten gefährliche Güter durch Österreich transportieren, so ist das sicher auch lobend hervorzuheben und sollte mehr Beachtung finden.

Ich danke damit allen, die mitgeholfen haben, daß im heurigen Jahr mit Hilfe all unserer Einsatzorganisationen, die es in einer großen Vielzahl gibt, in der Steiermark Ordnung und Sicherheit herrschen konnten. (Allgemeiner Beifall. – 19.10 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Herrmann das Wort.

Abg. Herrmann (19.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte in der Gruppe 2 meine Wortmeldung zweiteilen, in einen Feuerwehrbereich und in einen Exekutivbereich.

Zur Feuerwehr: Kollege Schrammel hat ja schon die Leistungen und Verdienste der Feuerwehr für die Bevölkerung erwähnt. Die Feuerwehren finden auch immer ein offenes Ohr bei den Bürgermeistern bezüglich außerordentlicher Finanzierungen und Ankäufe, denn nur eine schlagkräftige Feuerwehr kann Sicherheit garantieren. Nur eines will mir nicht in den Kopf: Wenn es zu einem Ankauf eines Fahrzeuges oder Gerätes kommt, zahlt natürlich die Gemeinde. Es spendet auch die Bevölkerung, auch der kleine Rentner gibt seinen Anteil. Es zahlt das Land sehr, sehr viel, und vor allem die Feuerwehrleute investieren hier sehr viel Zeit und sehr viel Geld. Ich meine Zeit in dem Sinne, daß sie Feste veranstalten, damit sie diesen Reingewinn dann für den Ankauf verwenden können.

Auf der Einnahmenseite sind wir sehr einfallsreich und mannigfaltig und unternehmen alle Anstrengungen. Nur, auf der Ausgabenseite stehen wir alle wie die Maus vor der Schlange. Die Preise und Kosten für die Fahrzeuge und Geräte akzeptieren wir kopfschüttelnd. Ich bin der Meinung, daß wir auf der Ausgabenseite Anstrengungen anstellen sollten und daß die sogenannten Monopole von den Firmen, die Fahrzeuge und Geräte für die Feuerwehren erzeugen, gebrochen werden. Es ist wirklich nicht einzusehen, daß Geräte, die man zum Beispiel auch im Bauhandel bekommen könnte, Zusatzgeräte, bei diesen Firmen fast das Dreifache kosten, nur weil sie vielleicht rot angestrichen sind. Und dieser Unmut wird mir von den Feuerwehrmännern immer wieder bestätigt.

Ich fordere daher, und es gibt dazu auch einen Resolutionsantrag, daß zum Beispiel Fahrzeugbau und Gerätebau auch von anderen Firmen gemacht werden können und auch gefördert werden. Weiters – und hier vor allem stößt unseren Feuerwehrleuten draußen auf die Überprüfung der Atemschutzgeräte, diese kostet bis zu 7000 Schilling, wobei ein Gerät 20.000 bis 25.000 Schilling kosten sollte. Ich glaube, das muß meiner Meinung nach zuviel sein. Und daher fordere ich, daß diese Geräte in der Feuerweherschule in Lebring von irgendeinem Mann, der geschult oder ausgebildet wird, zum Selbstkostenpreis überprüft werden.

Ferner ist meine Forderung, daß der Landesrechnungshof genauso wie beim Wohnungsbau die Kalkulation der Firmen überprüfen soll, ob diese Preise gerecht sind. Vielleicht sind sie gerecht, aber wenn es nur um ein paar Prozent billiger wäre, dann würden ein paar Feuerwehren früher zu ihrem Fahrzeug oder Gerät kommen.

Und nun zur Exekutive: Wir mußten von Betroffenen und Zeitungen erfahren, daß geplant ist, Gendarmerieposten und Zollstationen zu schließen. Bei den Zollstationen hoffen wir, daß diese Vorhaben durch die Öffnung des Ostens überrollt wurden, daß im Gegenteil neue Stationen eröffnet werden müssen und daß auch Personal eingestellt wird, damit nicht das Bundesheer an der Grenze aushelfen muß. Bei der Gendarme-

rie wissen wir, daß es in der Steiermark einen großen Fehlbestand gibt. Ebenso wenig können wir Schließungen von Gendarmerieposten hinnehmen.

Zusätzlich zu den Verkehrsdelikten kommt speziell in unserem Bezirk, aber auch im Bezirk Mürzzuschlag, das Asylantenproblem dazu. Ich glaube, die Steiermark war bereit, zum Unterschied von einem anderen Bundesland, Asylanten aufzunehmen. Wenn wir schon bereit sind, dann dürfen wir vom Bund auch verlangen, daß wir mehr Beamte für die Sicherheit unserer Bevölkerung bekommen! Im Bezirk Hartberg besteht ein Fehlbestand von 16 Beamten. Drei haben wir – danke – wirklich bekommen. Im Mürzzuschlager Bezirk gibt es einen Fehlbestand von 18 Beamten. Es gibt hier auch von seiten der Bürgermeisterkonferenzen Resolutionen um die Erhöhung. Ich kann nur hoffen, daß wir wirklich diese restlichen Beamten auch erhalten. Die Fahrzeuge und die Menschen werden immer mehr, und bei den Gendarmeriebeamten, die ja alles überprüfen sollen, da wird es immer weniger. Wir haben drei Anträge eingebracht. Und ich ersuche daher die Landesregierung, beim Bund in unserem Sinne vorstellig zu werden. (Beifall bei der SPÖ. – 19.20 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander (19.20 Uhr): Zum Kapitel wirtschaftliche Landesverteidigung finden wir wieder die Förderungen für den Kameradschaftsbund, für die Offiziersgesellschaft und so weiter. Das sind insgesamt rund 300.000 Schilling. Wie Sie wissen, läuft im Moment auch in Österreich eine Initiative zur Abschaffung des Bundesheeres, weil durch militärisches Denken und militärische Institutionen die Versuchung, die Menschen zu gewalttätigen Lösungen anzuregen, auch in Österreich sehr groß ist. In einem Flugblatt des Steirischen Personenkomitees für ein Österreich ohne Heer wird das folgend begründet, warum wir auch in Österreich das Bundesheer abschaffen sollten oder könnten. Bisher begründeten die Militärbefürworter die Existenz des Bundesheeres mit dem Feind im Osten. Nach den Veränderungen in Osteuropa gibt es dieses Feindbild nicht mehr. Als ersten Schritt zu einem entmilitarisierten Europa werden sowohl in Ungarn als auch in der Tschechoslowakei massive Kürzungen des Militärbudgets, der Rüstungsproduktion und der Truppenstärke durchgeführt. Alle Untersuchungen der Friedensforschung kamen zum Ergebnis, daß unsere hochindustrialisierten Gesellschaften militärisch nicht mehr zu verteidigen sind – so würde jeder Krieg in Europa mit großer Wahrscheinlichkeit zu verheerenden atomaren beziehungsweise chemischen Verseuchungen führen. Österreich ist laut Neutralitätsgesetz in keiner Weise allein zur militärischen Verteidigung verpflichtet. Im Neutralitätsgesetz steht lediglich, Österreich wird diese seine immerwährende Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln – und die Betonung liegt auf „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ – aufrechterhalten und verteidigen. Durch die Existenz des Bundesheeres ist bis jetzt die Entwicklung anderer zu Gebote stehender Mittel zur Neutralitätssicherung behindert worden. Ein Umdenken zu aktiver, gewaltfreier Friedens- und Neu-

tralitätspolitik ist mit der Existenz und den Strukturen der Militärs nicht vereinbar. Ein klares und umfassendes Gewaltverbot ist heute Bestandteil des allgemeinen Völkerrechts. Und es gibt zum Konzept der sozialen Verteidigung schon sehr genaue Definitionen, was das sein soll. Diese gedankliche Alternative gibt es bereits. Ich zitiere nur ein paar Punkte: Die soziale Verteidigung ist eine Abwehrmethode, die auf Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet. Sie wird von der Bevölkerung selbst getragen und verteidigt nicht mehr Landstriche, sondern die Verfassung, die Kultur und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die soziale Verteidigung kann somit gegen jegliche Versuche der Fremdbestimmung angewendet werden, ob sie jetzt vom Osten, vom Westen, vom Süden oder aus dem eigenen Land kommen. Der Grundgedanke der sozialen Verteidigung ist, daß ein Aggressor keine Kontrolle über ein Land gewinnen kann, wenn die Bevölkerung die Zusammenarbeit mit ihm verweigert. Er wird wenig Nutzen aus dem besetzten Gebiet ziehen können, wenn niemand für ihn arbeitet, seine Anordnungen nicht befolgt werden und sein eigener Aufwand durch Behinderungen unverhältnismäßig in die Höhe getrieben wird. (Abg. Pinegger: „Traumzustände!“ – Abg. Pörtl: „Du mußt nach Kuwait hinuntergehen!“) Nein, da muß man nicht so weit hinuntergehen!

Sie wissen genau, daß 1968 in der Tschechoslowakei etwas Ähnliches versucht worden ist. Daß es letztendlich doch gescheitert ist, ist traurig, hat aber nichts damit zu tun, daß die Idee als solche nicht gut ist, sie ist mindestens so gut wie die andere. Bewerten Sie die Idee immer im Verhältnis zu dem, was wir jetzt machen. Die Grundform der sozialen Verteidigung ist daher die Nichtzusammenarbeit mit dem Aggressor, während für das eigene Land mit gesteigerter Einsatzbereitschaft weitergearbeitet wird – die sogenannte dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration. Nichtzusammenarbeit kann in vielfältiger Weise praktiziert werden, Gehorsamsverweigerung, Nichtverstehen, Mißverstehen oder unkorrekte Ausführungen von Befehlen, gezielte Streiks, langsame Arbeit, fehlerhafte Produktion, Boykott, Untertauchen von Personen, Verschwindenlassen von Akten, wichtigen Geräten und anderem. (Abg. Mag. Rader: „Wege der sozialen Verteidigung!“) Das heißt Wege der sozialen Verteidigung. Es ist anlässlich eines Bundeskongresses in der Bundesrepublik 1988 in der Form einmal vorgelegt worden. Das Bundesheer ist ein antidemokratischer Fremdkörper in unserer Gesellschaft. (Abg. Kanduth: „Aber nein!“) Na, bitte, wollen Sie mir vielleicht sagen, daß dort die Demokratie gelebt wird? Es erzieht zu unbedingtem Gehorsam – ist das demokratisch? – zum unmündigen Jawohlsagen, es verhindert die eigene Denkfähigkeit – (Abg. Kröll: „Ein Kindergarten kann es nicht sein!“) nein, nein, aber es verhindert die eigene Denkfähigkeit und setzt das Gewissen durch Drill, Gruppendruck und mittels strengem Militärgesetz außer Kraft. Jeder Schilling für das Bundesheer und andere militärische Organisationen – und damit meine ich auch diesen Betrag, den wir im Landesbudget drinnen haben – ist Verschwendung. Es fehlt dann für notwendige Aufgaben der Bildung, der Forschung und der Armutsbekämpfung. Eine Verwendung dieser Gelder für entwicklungs- und sozialpolitische Maßnahmen ist ein wesentlich wirksamerer

Beitrag zur Friedenssicherung, als Militärausgaben das niemals sein können.

Es ist nicht von ungefähr, daß das Budget für die Jugendzentren in der Steiermark nicht sehr viel höher ist als das für den Kameradschaftsbund und für die Offiziersgesellschaft und andere militärische Organisationen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wer sind die anderen?“ – Landesrat Klasnic: „Da möchte ich gerne nachschauen!“) Ja, Sie können gerne nachschauen, es sind 300.000 Schilling, das andere sind ein bißchen mehr als 400.000 Schilling. Einen Teil der mit der Abschaffung des Bundesheeres freiwerdenden Budgetmittel wollen wir jetzt im Sinne der Friedenspolitik zur Umschulung und Wiedereingliederung dieser Heeresangehörigen in zivile Berufe verwendet wissen. (Abg. Mag. Rader: „Das mußt du in Moskau erzählen!“) Wieso in Moskau erzählen? Ich weiß nicht, wo du da das Problem siehst, in Moskau? Ich denke mir nur, daß in Österreich, wenn das Bundesheer abgeschafft wird, doch auch einige Arbeitsplätze – (Abg. Pötl: „Frau Kollegin Kammlander, sperrst du zu Hause deine Haustür nicht zu?“) Nein, eigentlich nicht so oft!

Die Aufrechterhaltung des Österreichischen Bundesheeres für Katastropheneinsätze ist keinesfalls notwendig. Derartige Aufgaben können besser und billiger von zivilen Hilfsorganisationen wahrgenommen werden. Sie haben sie ja alle hier sitzen. Sie sind zwar nicht ganz in Zivil, sondern auch in Uniform da. Ich weiß, es ist eine einsame Position. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Stört Sie die Uniform? Mich stört sie nicht!“) Nein, mich stört die Uniform überhaupt nicht! Ich habe nur gemeint, Zivil und Militär – für mich ist Zivil der normale Anzug und nicht die Uniform. (Abg. Mag. Rader: „Du mußt zuerst abstimmen lassen, wer dich angreifen darf, wenn du schwer verletzt bist, jemand mit oder ohne Uniform!“) Nein, nein! Lieber Kollege, das ist nicht das zentrale Problem, wer jetzt wen wo in Uniform oder nicht in Uniform angreifen darf. Ich weiß, daß meine Position eine sehr einsame ist! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Stört Sie die Uniform?“) Jetzt reduzieren Sie das bitte nicht auf Uniformen! (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr seid auch uniformiert in eurer Art und Weise!“) Lieber Kollege Dr. Lopatka, schau auf deine Krawatte!

So einfach möchte ich die Diskussion jetzt nicht zerreißen lassen, obwohl ich weiß, daß ich eben eine sehr einsame Position hier einnehme. Max Weber hat 1919 in einem Essay über Politik als Beruf geschrieben, und Max Weber ist in der Steiermark sehr beliebt, Herr Landeshauptmann (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Und bedeutend, Kollegin Kammlander!“), und bedeutend, ja! Er hat 1919 folgendes ausgeführt: „Für die Politik ist das entscheidende Mittel die Gewalttätigkeit. Politik und Gewalttätigkeit gelten derzeit als unauflösbar verknüpft. Wer das nicht sieht, ist in der Tat politisch ein Kind.“ Zitat Ende. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „1919!“) 1919! Aber er wird noch immer gern gehört und zitiert. Sie haben das ja vorhin auch mit Kopfnicken registriert. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Man muß das zeitgebunden sehen.“) Herr Landeshauptmann, ich habe jetzt ein ganz besonderes Anliegen an Sie: Der Herr Generalredner Purr hat heute gemeint, die internationale Bande des Landeshauptmannes nützt er im Interesse der Bevölkerung. Und ich meine, daß wir jetzt die Möglichkeit hätten,

einen sogenannten Friedensvertrag mit unseren Nachbarn abzuschließen. (Abg. Pötl: „Das ist längst geschehen!“) Bis 1988 hat der Landeshauptmann diese Möglichkeit, außenpolitisch tätig zu werden, außer zu Besuchen und Delegationsreisen, nicht gehabt, aber seit 1989 hat auch der Landeshauptmann nach der Landesverfassung die Möglichkeit, einen Friedensvertrag besonderer Art abzuschließen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da müssen wir zuerst einen Krieg führen!“) Wir müssen das auch in unsere Landesverfassung aufnehmen. Also, Krieg ist doch nicht die Voraussetzung für Frieden, bitte, Herr Kollege! So billig geht das wirklich nicht. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Grünes Licht für Frieden!“) Ich glaube, Herr Landeshauptmann, das wäre ein Akt vorausschauender Politik, zumindest vorausschauender, als die Planung von Grenzschutzmaßnahmen, die wir auch in den letzten Wochen und Monaten gehört haben, daß 20.000 Mann an unseren Grenzen aufmarschieren könnten. (Abg. Dr. Lopatka: „Hast du mit Korber schon den Friedensvertrag abgeschlossen?“) Ja, ich habe ihn immer schon abgeschlossen, aber er gibt keine Ruhe! Deswegen rufe ich nicht gleich nach Waffen und Verteidigung. Ich kann mich eigentlich ganz gut selbst wehren. Mit den Waffen einer Frau geht das schon irgendwie.

Noch einmal, Herr Landeshauptmann: Würden Sie sich kurz dazu äußern, ob Ihnen die Friedenspolitik in der Steiermark als Landeshauptmann, als Oberhaupt dieses Landes, so wichtig ist, daß Sie sich das überlegen, wie das jetzt nach der neuen Verfassung oder nach diesem Verfassungsartikel 16 möglich ist, ob Sie sich überlegen, mit den Nachbarn, jetzt Slowenien, und wenn man weitergeht nach Kroatien, solche Verhandlungen aufzunehmen und einen Steirischen Staatsvertrag mit unseren Nachbarländern zu schließen? (Abg. Mag. Rader: „Mit Neutralität!“) Ich weiß, daß die Bundesregierung dem ganzen dann noch ihren Segen geben muß, aber das soll uns ja nicht mehr weiter irritieren. Wir haben ja auch einen Außenminister Ihrer Fraktion, der wird dem dann sicher zustimmen, bevor wir alle anderen militärischen Möglichkeiten ausdenken. Denken wir auch einmal in diese Richtung. Danke! (19.31 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (19.31 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Bitte, was habe ich denn angestellt, daß ich ausgerechnet nach dieser Friedensrede Gundi Kammlanders jetzt an das Rednerpult gehen muß? Es bleibt mir heute wirklich nichts erspart in diesem Hause! Aber das ist halt ganz einfach so. Gundi, bist du mir böse – sie ist ja schon weg – wenn ich dazusage, das war ein vollkommener Holler, den du jetzt erzählt hast! (Abg. Kammlander: „Was war das?“) Ein vollkommener Holler, bitte nicht böse sein! Also, ich würde dem Herrn Landeshauptmann die Dienstreise ja gerne gönnen, aber daß er jetzt mit dem Hussein einen Friedensvertrag für uns schließen geht und für die Steiermark möglicherweise dann besser bedient wird – (Abg. Kammlander: „Ich habe nie etwas von Hussein geredet! Du hast mir nicht zugehört!“) Verzeihe, aber dort ist im Augenblick das größere Problem, das wir jetzt

haben, und ich muß sagen, nicht böse sein! (Abg. Kammlander: „Wenn es in Kroatien in die Höhe geht, werden wir das Problem haben!“) Wenn es in Kroatien in die Höhe geht, werden wir das Problem haben, das heißt weniger wir, sondern die Organisationen da hinten werden es haben, und zwar was sie mit den Zigtausenden Flüchtlingen machen, und auch die Landesregierung und das Katastrophenschutzreferat und, und, und. Das wird das Problem sein, und ob wir da einen Friedensvertrag haben oder nicht, wird doch relativ wurscht sein, und damit werden wir uns gar nicht beschäftigen müssen. Und im übrigen von der endgültigen Abschaffung jeglicher Art von militärischen Einrichtungen in einem Augenblick zu reden, wo, bitte um Entschuldigung, in der Welt der Friede wirklich an einem seidenen Faden hängt – (Abg. Kammlander: „Aber das Militär schützt ihn?“) an einem seidenen Faden hängt, halte ich für leicht übertrieben, und so zu tun, als ob es aus dem Osten hier auf Grund der Dinge, die sich jetzt abspielen, null Bedrohungsbild gäbe, beinhaltet ein hohes Maß an Naivität, ich bitte um Entschuldigung! (Abg. Kammlander: „Bundesheer zum Schießen!“) Ja, das will ich nicht. Da bin ich – und dafür kriege ich ja meine Quittung immer innerparteilich – an sich einer Meinung mit dem Bischof Weber. (Abg. Kammlander: „Wieso willst du das Heer an die Grenze stellen? Um die Flüchtlinge aufzuhalten?“) Gundi, wir nehmen zur Kenntnis, daß du dich unerhört engagierst, um das Österreichische Bundesheer abzuschaffen. Lassen wir es bleiben! Die Heeresverwaltung, die wir jetzt haben, macht dies ohnehin selber, das ist ja die Problematik, die wir in diesem Zusammenhang haben. Wir sollten uns eher damit beschäftigen, daß man gerade in diesen Zeiten, wo der Friede wirklich an einem seidenen Faden hängt und es bei unseren südlichen Nachbarn in einem höheren Maße kracht, bei uns zur Kenntnis nehmen will, daß der Zivilschutz wohl wesentlicher und wichtiger ist, als er es jemals in den letzten Jahren war. Diese Verteidigungs- und Zivilschutzdebatten, die unnötig sind, sind ja alle furchtbar relativ, weil es ist nämlich auch gegen einen Profieinbrecher keine Wohnung zu schützen, überhaupt keine. Und trotzdem sperren 99 Prozent der Leute ihre Haustüre möglicherweise mit ganz normalen Schlüsseln zu, weil es halt ganz einfach zwischen dem Profieinbrecher und den einmarschierenden starken Armeen und dem Offenlassen eine Riesenpalette gibt, und diejenigen, die ihre Türe offenlassen – und es kommt keiner freiwillig hinein –, werden irgendeinen Grund haben, warum das so ist. Aber bei den meisten ist das nicht so. Auch die physikalischen Gesetze zeigen ja an sich, daß dort, wo ein Vakuum ist, auch wenn man das vorher nicht so beabsichtigt hat, es halt ganz einfach einströmt. Daher hat es schon seinen Sinn, daß wir uns alle auch ein Mindestmaß an Verteidigungsbereitschaft signalisieren müssen und auch ein Mindestmaß, unsere Probleme, die es im Zivilschutzbereich gibt, selbst in die Hand zu nehmen. Daher hat eigentlich die Politik in diesen Tagen und angesichts der Einsatzorganisationen nicht viel zu predigen, sondern nur schlicht danke zu sagen.

Diese Zivilschutzorganisationen, die zum Teil hier vertreten sind, die Feuerwehren, die Rettungsorganisationen, Begrettungsorganisationen, Wasserrettungsorganisationen, was immer es gibt, sind eigentlich die

ursprünglichen Bürgerinitiativen im guten Sinne. Weil gerade in den letzten Jahren von Bürgerinitiativen gesprochen worden ist und meist leider in Diskussionen von Vorhaben, die es zu diskutieren gab und manchmal auch abzulehnen gab, das sind die ursprünglichen Bürgerinitiativen, nämlich Initiativen, die sich der Probleme angenommen und außerhalb der staatlichen Gemeinschaft sie selbst geregelt haben. Sie sind diejenigen, die es uns erlauben, dem Subsidiaritätsprinzip des Staates, nämlich nur dort wirklich einzugreifen, wo es anders nicht möglich ist, tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen. Daher haben wir schlicht danke zu sagen. Und es ist auch gut so, daß wir es eben etwa vor einem Jahr geschafft haben, durch ein neues Gesetz so halbwegs auch die Finanzierung dieser Organisationen auf gesunde Beine stellen zu können. Das wirkt sich ja schon aus, und ich bin froh, daß dies gelungen ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einen Mann würdigen, der diese Gesetze zum Großteil, bevor sie dann in die Landesgesetzgebung eingeflossen sind, durch seine Initiative, durch seine Querverbindungen, durch seinen Fleiß und durch seine Kenntnisse entstehen hat lassen – in der Urfassung, die dann im wesentlichen auch in die Landesgesetzgebung eingeflossen ist – und der leider nicht mehr an der Spitze der Rettungsorganisation hier sein kann, nämlich den bisherigen Landesleiter der Bergrettung, Dr. Arthur Frölich. Er ist in der Zwischenzeit einer Diskussion innerhalb seines eigenen Bereiches – ich nenne das höflich – zum Opfer gefallen. Allerdings ist er noch auf Bundesebene tätig, und ich bin sehr, sehr froh, und das ist eines der Ergebnisse, die wir heute nachmittag verkünden durften, daß sich Dr. Arthur Frölich in jenem Team von Landtagskandidaten der Freiheitlichen seit heute befindet, das möglicherweise nach der nächsten Wahl hier dieses Haus bevölkern wird. Ich hoffe sehr, daß bei der nächsten Debatte um die Gruppe 1 hier in diesem Bereich Arthur Frölich die Einsatzorganisation würdigen kann in einem viel, viel höheren Ausmaß, als es die meisten hier im Hause können, weil er nämlich selbst in diesem Bereich tätig war.

Meine verehrten Damen und Herren, wir werden, wie angekündigt, beim Gesamtbudget auch dieser Gruppe unsere Zustimmung nicht geben. Ich hoffe sehr, daß es diesmal anders als im Dezember 1984 ist, es sich der Herr Landeshauptmann verkneift, eine Bemerkung zu machen, daß daraus möglicherweise eine Ablehnung dieser Einsatzorganisationen resultiert. Wir sagen nein zu diesem Budget aus einem ganz logischen Grund – und ich habe das heute vormittag schon ausführlich erläutern können. Wir sind auch für eine Entwicklung, die wir alle gemeinsam auf allen Ebenen in den Griff bekommen müssen. Und wenn der Finanzreferent selbst schon vor diesem Budget, das er selbst vorlegt, warnt, dann muß auch die Opposition dazu nein sagen. Trotzdem herzlichen Dank all jenen, die ehrenamtlich, die persönlich und die ohne Geld jene Dinge erledigen, zu der die staatliche Gemeinschaft trotz allen Geldes nie in der Lage wäre. Danke schön! (Abg. Kröll: „Nicht Fisch, nicht Fleisch.“ Beifall bei der FPÖ. – 19.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (19.40 Uhr): Werte Frau Präsident! Hohes Haus! Liebe Vertreter der Einsatzorganisationen!

Ich kann es aus zwei Gründen sehr kurz machen: Erstens hat mein Klub gemeinsam gesagt, daß jeder versuchen soll, in möglichst fünf Minuten etwas zu sagen, und ich werde mich daran halten, und zweitens, weil ich das von der Feuerwehr her gewohnt bin, das lernt man auch an der Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, daß man im Ernstfall erstens rasch helfen soll und zweitens sich nicht gegenseitig im Wege steht. Das heißt, daß jeder seine Aufgabe zu erfüllen hat.

Nachdem der Kollege Schrammel schon sehr umfassend die Tätigkeiten der freiwilligen Feuerwehr, des Roten Kreuzes und aller dieser Einsatzorganisationen beleuchtet hat, habe ich hier eine Aufgabe zu erfüllen, das ist, den gleichen Dank auszusprechen, den er hier schon vorgebracht hat. Ich darf aber vielleicht doch einige kurze Bemerkungen dazu machen. Die Gruppe 1 heißt schlichtweg Sicherheit. Und Sicherheit ist an und für sich ein Grundbedürfnis aller Menschen. Nur, wie schaut es dann in der praktischen Tätigkeit aus? Nicht alle denken darüber nach, nicht alle sind bereit, auch selbst viel für ihre eigene Sicherheit und für die Sicherheit der anderen zu tun. Und sie verlassen sich darauf, daß viele Tausende, Zehntausende meist ehrenamtliche Frauen und Männer in der Steiermark und überall in Österreich, aber besonders in der Steiermark, rund um die Uhr, und das 365 Tage lang im Jahr, das eigentlich machen. Nämlich für unsere Sicherheit dazusein. Die größte dieser Einsatzorganisationen, ist heute schon gesagt worden, ist die freiwillige Feuerwehr mit weit über 40.000 Mann in der Steiermark. Aber gerade, wenn ich bei der Feuerwehr bin, sie sind wirklich überall vertreten, nicht nur in jeder Gemeinde, ich würde fast sagen in jeder Ortschaft. Aber nicht nur vertreten, sie helfen auch überall. Und die eindrucksvolle Statistik haben wir schon gehört. Leider nehmen die Unfälle so stark zu – und das ist auch schon gesagt worden –, daß wir heute längst nicht mehr von einer Feuerwehr, sondern von einer Unfallwehr reden müßten. Ich weiß aus eigenem, wieviel Substanz auch jeder einzelne einbringt, wenn man etwa in der Nacht zu einem Unfall gerufen wird durch Alarm, man muß einen Schwerverletzten bergen, den man persönlich gut kennt. Und vor dieser Situation stehen Feuerwehrmänner, stehen Angehörige des Roten Kreuzes wahrscheinlich sehr oft bei ihrer Tätigkeit. Das erfordert sicher sehr viel Kraft und auch Einsatz, das immer wieder zu tun, auch im Wissen, daß man persönlich manchmal sehr gefordert wird. Und diese riesigen Aufgaben und Einsatzgebiete erfordern modernste Geräte, erfordern beste Schulung. Ich sage es auch heute wieder, wir sind sicher alle stolz darauf, daß wir in der Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring eine der besten Ausbildungsstätten Europas, ich nehme an der Welt, haben und daß wir gut daran tun, hier auch alles weitere zu unternehmen, daß diese Schule dem Stand des modernsten Feuerwehr- und Rettungswesens entspricht. Ich bin überzeugt davon, daß wir hier alle auch dazu stehen. Aber die steirischen Feuerwehren sind auch international tätig, beschränken daher die Tätigkeit nicht nur auf die Steiermark. Es gibt sehr gute internationale Kon-

takte zu den Nachbarstaaten Jugoslawien und Ungarn und darüber hinaus auch weitere Kontakte im Rahmen der ARGE Alpen-Adria. Ich erinnere nur: Allein im abgelaufenen Jahr weiß ich von größeren Aktionen, etwa à la Bootsführer der Feuerwehren mit den Jugoslawen gemeinsam, die Taucher waren am Plattensee in Ungarn, der Zivilschutz hat an einer großen internationalen Tagung in Triest teilgenommen. Das sind auch Aktivitäten, die wir in der Begegnung zu berücksichtigen hätten, denn es wurde überall auch gemeinsam über bessere Möglichkeiten der Hilfeleistung geredet.

Wir müssen auch eines bedenken, wenn wir heute schon einige Male über die EG gesprochen haben, mit dem Beitritt zur EG werden alle diese Einsatzorganisationen, aber insbesondere die Feuerwehren, auch mit anderen Fragen in Zukunft berührt werden. Hier gibt es andere Normen und auch zum Teil andere Sicherheitsbestimmungen. Das heißt, die Einsatzorganisationen sind auch sicher dann dazu verhalten, aber sie tun es sicher freiwillig, hier auch in einigen Dingen umzudenken.

Wenn wir uns das Programm anschauen, dann sehen wir, daß vor allem für das Budget 1991 wieder einige Schwerpunkte angeführt sind. Es gehören dazu Sonderprogramm für Atmung und Körperschutz, weiterer Ausbau des Feuerwehrfunks, die besondere Betreuung der Feuerwehrjugend, überregionaler Brand- und Katastrophenschutz, Großgeräteanschaffungsaktionen und weiterer Ausbau der Sonderdienste, wie Wasserdienst, Strahlenschutz und so weiter.

Wir haben allerdings neben der Feuerwehr auch noch andere Organisationen. Das wurde hier gesagt. Ich darf hier nur eine stellvertretend nennen, das ist der Steirische Zivilschutz. Gerade der Steirische Zivilschutz hat auch in diesen Zeiten, wo viele davon reden, daß das Bedrohungsbild eigentlich abnimmt, eine besondere Aufgabe. Hier geht es ja nicht so sehr um den Schutz gegen irgendwelche Einflüsse von Dritten und Vierten, sondern wir wissen, daß es heute auch sehr große Katastrophen geben kann. Ich will nicht immer nur Tschernobyl in Erinnerung rufen. Es gibt Gifttransporte, es gibt andere Dinge, die es über Nacht erforderlich machen, daß die Menschen wissen, was sie im Ernstfall zu tun haben. Um das geht es eigentlich. Und ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, daß wir vor einiger Zeit einen Antrag im Landtag eingebracht haben, man möge doch eine Arbeitsgruppe mit allen im Landtag vertretenen Parteien bilden, damit wir dabei sind, wenn wegen der Schließung von Krško verhandelt wird. Denn auch das ist ein Sicherheitsproblem, das wir gemeinsam zu diskutieren und auch gemeinsam mit den Slowenen zu lösen haben. Und auch mit diesen Fragen befaßt sich sehr intensiv der Zivilschutzverband durch Schulungen auch mit der Bevölkerung, etwa bei der Errichtung von Gemeindezivilschutzzentren durch Schul- und Berufsschulaktionen.

Ein Wort noch zum Bundesheer, weil es hier angeschnitten wurde. Ein kurzer Satz: Das Bundesheer wurde in letzter Zeit auch zu anderen Aufgaben herangezogen. Da hat es Diskussionen gegeben. Aber ich stelle nur eines fest, wir haben uns zur bewaffneten Neutralität entschieden und entschlossen, und so etwas gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn wir uns dazu

bekennen, dann haben wir uns auch für das Bundesheer zu entscheiden und dafür zu sorgen, daß es dieser Aufgabe nachkommen kann. Ich darf mit Respekt und Dank noch einmal allen, die heute schon genannt worden sind, von der Feuerwehr über das Rote Kreuz, Bergrettung und so weiter, herzlich danken für die Arbeit, die sie einbringen. Glück auf! Gut Heil! Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.47 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (19.47 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Arbeit der Einsatzorganisationen wurde vom Kollegen Schrammel hier schon sehr weitgehend dokumentiert und auch aufgezeigt, wie wertvoll ihre Arbeit ist. Der Herr Kollege Trampusch und ich haben uns darauf geeinigt, daß er als Feuerwehrmann hier die Belange der Feuerwehr behandeln wird und ich als einer, der bei der Rettung ist, sozusagen ein Rettungsmann, mich mit dem Österreichischen Roten Kreuz hier befassen werde. Erlauben Sie mir aber vorweg eine Feststellung: Die öffentliche Hand wäre nicht in der Lage, die Aufgaben, die tagaus, tagein von diesen freiwilligen Helferinnen und Helfern verrichtet werden, zu leisten, aber auch nicht zu finanzieren. Und wenn das Österreichische Rote Kreuz über ein flächendeckendes Dienststellennetz mit 91 Stützpunkten verfügt, dann ist hier schon etwas in Bewegung, wo tagaus, tagein ein sehr gut ausgebildetes Sanitätspersonal im Einsatz ist. Der große Tätigkeitsbereich, den ich hier aus Zeitgründen nicht besonders aufzählen möchte, zeigt, wie wertvoll und in wie vielen Bereichen das Österreichische Rote Kreuz seine Dienste verrichtet. Aber dazu, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sind freiwillige, aber auch hauptberufliche Mitarbeiter notwendig. 7552 Helferinnen und Helfer sind in diesem Roten Kreuz tätig. Fast 7000 davon sind ehrenamtliche Mitarbeiter. Im Jugendrotkreuz sind bereits 169.000, also fast 170.000 Angehörige, die bereits in der Schule auf die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Einsatzorganisation hingewiesen werden. 3,1 Millionen freiwillige Stunden werden hier verrichtet. Und obwohl viele oft über diese Einsatzorganisationen nichts Gutes berichten und keine Ahnung haben, was hier geleistet wird, und nicht bereit sind, selbst Stunden zu verrichten, gibt es diese Menschen, die nicht fragen, was bekomme ich, sondern, wo kann ich helfen.

Aber ich habe heute noch einige Punkte anzuschneiden, wo ich glaube, daß wir rascher weiterkommen müssen. Ein bodengebundener Notarztrettungsdienst ist eine Dringlichkeit, die wir noch lange nicht flächendeckend erreicht haben. Wir haben in Graz zwei Notarzfahrzeuge im Einsatz, wo 1989 über 4000 Einsätze gefahren wurden. Wir haben Pilotprojekte in Feldbach, Hartberg und Knittelfeld, wo ebenfalls versucht wird, dieses Notarztssystem aufzubauen. In Mürzschlag steht ebenfalls ein Notarzfahrzeug, wo derzeit noch mit praktischen Ärzten dieser Dienst verrichtet wird. Und in Kalwang, wo die Unfallversicherung oder das UKH und ebenfalls praktische Ärzte dieses

Notarzfahrzeug betreuen, ist ebenfalls ein solches im Einsatz.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Unfallversicherung, die jährlich oder alle paar Jahre Einsatzfahrzeuge für das Österreichische Rote Kreuz zur Verfügung stellt, und da ich selbst ein Ortsstellenleiter einer Dienststelle bin, der ein solches Fahrzeug erhalten hat und viele andere auch, von dieser Stelle herzlich danken sowie allen Gönnern, die diese Einsatzorganisationen unterstützen. Ein weiterer Dank gilt auch dem Herrn Landesrat Dr. Strenitz und der Spitalsholding, die immer vermehrt und verstärkt auch in der Zukunft bereit sind, die notwendigen Ärzte zur Verfügung zu stellen, die wir brauchen, um diesen flächendeckenden Notarzdienst wirklich durchzuführen. Das Österreichische Rote Kreuz ist nicht in der Lage, die Ärzte, die dafür notwendig sind, auch zu finanzieren. Und ich darf um eines bitten: Wir haben im Rettungsgesetz, das wir in diesem Jahr gemeinsam beschlossen haben, drinnen, daß von dem Beitrag der Gemeinden 15 Prozent für die Einführung eines flächendeckenden Notarztsystems verwendet werden. Indem wir aber wissen, daß dies nicht ausreicht, wenn hier – und Landesrat Dr. Klauser als Finanzreferent wird das sicherlich nicht sehr gerne hören – weitere Mittel notwendig sind. Ich höre, und hier stelle ich an die Verantwortlichen im Land die Frage, ob dieser Betrag für das flächendeckende Notarztsystem mit einer anerkannten Rettungsorganisation, das heißt dem Österreichischen Roten Kreuz, noch nicht abgeschlossen wurde. Ich bitte also, in nächster Zeit diese Verhandlungen voranzutreiben, damit wir dieses sehr wichtige Instrument in Zukunft flächendeckend haben. Und wenn wir, meine Damen und Herren, im letzten Jahr oder in diesem Jahr dieses Rettungsgesetz gemeinsam beschlossen haben, so haben wir das Österreichische Rote Kreuz auf eine neue finanzielle Basis gestellt. Aber auch die Bergrettung haben wir auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt, vor allem aber auch – und ich bin sehr froh darüber, obwohl ich dem Landesverband – und Herr Direktor Zweidick sitzt da hinten – dieses Geld den Gemeinden ebenso gegönnt hätte –, daß 85 Prozent der Leistungen von den Gemeinden wiederum an die Bezirksstellen und Ortsstellen zurückgehen, weil ich glaube, daß damit eine bessere Ausstattung der Ortsstellen, aber auch eine gewisse Motivation der Bezirks- und Ortsstellen draußen vorhanden ist. Ich hoffe, daß das ein erster Schritt war, wodurch wir in Zukunft auch hier einen Schritt weiterkommen.

Zur Bergrettung, meine sehr verehrten Damen und Herren: Hier wurde bereits mit dem Land Steiermark – wie ich höre – ein Vertrag abgeschlossen, und ich hoffe, daß es auch für dieses Bergrettungsgesetz eine bessere finanzielle Basis geben wird und daß die Bergrettung jetzt auch besser in der Lage sein wird, ihre Aufgaben zu erfüllen. Weil man nämlich die fleißigsten und engagiertesten Mitarbeiter haben kann, wenn es an Geld und Geräten fehlt, haben wir nicht jenen Erfolg bei unseren Einsätzen, wie wir uns das wünschen würden. Und wer Übungen dieser Einsatzorganisationen miterlebt, und ich hatte heuer die Möglichkeit, beim Bodenbauer wieder bei so einer Demonstration dabeizusein, wo die Feuerwehren, wo

die Bergrettung, das Österreichische Rote Kreuz, Hubschraubereinsatz und die Alpingendarmerie demonstriert haben, was sie in der Lage sind, wenn es um die Not eines Bergkameraden geht, zu leisten. Und ich war sehr beeindruckt. Es waren auch Abgeordnetenkollegen mit, die eben dies hier beobachten konnten. Und ich kann den Einsatzorganisationen nur zu ihren Leistungen, meine Damen und Herren, gratulieren und sie bitten, daß sie auch weiterhin auf die so gute Ausbildung, die wir brauchen, achten und daß wir in Zukunft nur mit ausgebildeten Leuten bestehen werden können.

Um eines möchte ich Sie bitten: Es wurde heute sehr oft der Dank ausgesprochen, und ich glaube, es ist auch notwendig. Ich darf hier allen Einsatzorganisationen, aber weil ich mich gerade mit dem Roten Kreuz so beschäftige, dir, Herr Direktor Zweidick, mit deinen Mitarbeitern danken. Ich bitte, diesen Dank auch an Herrn Präsidenten Dr. Griß weiterzugeben sowie allen Einsatzorganisationen den Dank auszusprechen mit der Bitte, diesen auch an die Freiwilligen und Hauptberuflichen draußen in den Orts- und Bezirksstellen weiterzugeben. Denn sie leisten wirklich Hervorragendes, und wir könnten nicht so erfolgreich sein, wenn sie nicht ständig zur Stelle wären. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 20.00 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rupp.

Abg. Dr. Rupp (20.00 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wenn morgen in der Früh Tausende Steirerinnen und Steirer eine steirische Tageszeitung aufschlagen, werden sie nicht nur die journalistischen Eindrücke unserer Arbeit im steirischen Landtag suchen, sondern sie werden auch auf der ersten Seite ein großes Bild vorfinden, wo es darum geht, daß Lebensmittelpakete nach Rußland geschickt werden. Und wenn sie die Zeitung weiter aufschlagen, werden sie auf Seite 18 einen Bericht finden, wo Großraumflugzeuge Lebensmittel nach Rußland fliegen, wo Einsatzpläne bekanntgegeben werden, wo sich Organisatoren bemühen, Menschen im Osten zu helfen, und es ist eigentlich ein Zufall, daß sich in der gleichen Tageszeitung ein Flugblatt über die Aktion „Bruder in Not“ befindet. Zum gleichen Zeitpunkt, wenn man dann diese Zeitung in der Früh geistig konsumiert, wird man auch darüber nachdenken, was man tagsüber einkauft beziehungsweise wie man die kommenden Weihnachtsfeiertage möglichst kulinarisch über die Bühne bringt. Ich bin überzeugt, daß die Berichte der Not eher in den Hintergrund gedrängt werden.

Der Generalredner meiner Fraktion hat heute auch mitgeteilt, daß in Leningrad erstmals Lebensmittelkarten ausgegeben wurden, eine Tatsache, die wir uns nur sehr schwer im eigenen Land vorstellen können. Die laufenden Ereignisse in unseren östlichen und südöstlichen Nachbarländern sollten wir aber aus gutem Grunde sehr wachsam registrieren. Ich glaube auch, daß wir das unserer gefestigten Demokratie verdanken müssen und der auf Sozialpartnerschaft beruhenden wirtschaftlichen Stabilität. Wie rasch aber das geht, daß Krisen eintreten, wissen wir aus jüngster Vergan-

genheit. Ich erinnere nur daran, Tschechoslowakei 1968, die Erdölkrise 1973 und 1974, Tschernobyl 1986 und nun die Kuwait-Irak-Krise 1990. Wir rasch solche Krisensituationen auch die Versorgungslage der Bevölkerung beeinflussen, weiß man. Auch sei in Erinnerung gebracht, 1968 hat die Österreichische Stahlindustrie durch das Ausbleiben der Kohlentransporte große Verluste erlitten und die Produktion drosseln müssen. Durch das Reaktorunglück in Tschernobyl war auch in der Steiermark die Versorgungslage mit Milch und Frischgemüse eingeschränkt.

Nicht immer sind es äußere Einflüsse, auf die die Versorgungskrisen zurückgehen, sondern sie sind durchaus auch hausgemacht. Ich erwähne hier Jugoslawien. Wir haben in Jugoslawien die Versorgungsschwierigkeiten bei verschiedenen speziellen Waren, Waschmitteln, Kaffee zur Kenntnis nehmen müssen. Wir haben vor einem Jahr genau, in der Vorweihnachtszeit 1989, die Lebensmittelversorgung in Rumänien zusammenbrechen sehen, und gerade jetzt stehen unsere Nachbarn im Osten vor einem Hungerwinter.

Meine Damen und Herren! Ein wichtiges Element der vorausschauenden Krisenvorsorge besteht in der Bevorratung, ein vielleicht bei uns etwas vernachlässigtes Thema. Es gibt das alte Sprichwort „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“. Die Bevorratung ist für uns persönlich eine Zukunftssicherung und im staatlichen Bereich auch ein wichtiges Instrument der Sicherheitspolitik. Diese Sicherheitspolitik erhöht die soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit und Stabilität. Wir wissen, welche Folgen es hat, wenn man hier nicht Vorsorge trifft. In Österreich gehört die Frage der Bevorratung zur wirtschaftlichen Landesverteidigung, zu der ich mich persönlich bekenne. Diese wirtschaftliche Landesverteidigung ist ein Bestandteil der umfassenden Landesverteidigung, und an die Kollegin Kammlander gerichtet, ich würde mir wünschen, wenn wir uns gemeinsam darauf verstehen, immer das Wort und dazwischenzusetzen. Die wirtschaftliche Landesverteidigung und die geistige und die soziale oder zivile und aber auch die militärische Landesverteidigung. Es ist natürlich so, daß ich Ihre persönliche Meinung sehr schätze. Ich nehme an, Sie werden umgekehrt zumindest Verständnis aufbringen, zumal ich auch als Reserveoffizier eine andere Beziehung zum Bundesheer habe als Sie persönlich. Ich glaube aber, daß es wichtig ist, daß diese umfassende Landesverteidigung auch ein Teil der Sicherheitspolitik darstellt. Es wäre aber eine Beschönigung, wenn wir sagen, daß die wirtschaftliche Landesverteidigung sich auf dem optimalen Stand befindet. Andere Länder, zum Beispiel die neutrale Schweiz, hat deutlich bessere wirtschaftliche Vorsorgen. Wir selbst können eigentlich auf eine Grundlage zurückgreifen. Wir haben mit der Verteidigungsdoktrin 1975, eine Entschließung des Nationalrates, und dem Landesverteidigungsplan einen zweifachen Auftrag an die wirtschaftliche Landesverteidigung formuliert. Zur Vermeidung von ökonomischen Störungen und zur Sicherung der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sind Vorsorgen für Krisenfälle zu treffen. Das ist ein klarer Auftrag. Bei Eintreten internationaler Spannungen sowie mittelbarer und unmittelbarer Bedrohung ist unter anderem die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern zu

gewährleisten. Mit diesen sogenannten Wirtschaftsge-
setzen verfügen wir zwar über legislative Vorsorge, wir
verfügen über ein angepaßtes Instrumentarium zur
Behebung von wirtschaftlichen Störungen. Wir haben
aber auch gleichzeitig eine Achillesferse dabei, näm-
lich den Mangel an materiellen Vorsorgen, der Bevorra-
tung lebenswichtiger Güter. Mit Ausnahme der
Erdölbevorrattung für 90 Tage gibt es von staatlicher
Seite keine systematische Bevorrattung. Obwohl die
Notwendigkeit einer gezielten Bevorrattung theoretisch
immer unbestritten war und wir uns auch in allen
Fraktionen einig sind, gibt es sie nämlich in der Praxis
noch nicht. Für das dazu notwendige Bevorrattungsge-
setz wurden 1967 und 1968 Entwürfe ausgearbeitet,
aber diese ohne Ergebnis schubladiert. Sie ruhen
seitdem. Die Bevorrattung muß meiner Meinung nach
als gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und den
Konsumenten angesehen werden. Es ist zusammenge-
faßt sehr wichtig, daß wir aus staatlicher Sicht die
Bevorrattung haben, um nicht erpreßbar zu sein. Wir
brauchen eine Bevorrattung für die Wirtschaft, um die
Betriebe weiterführen zu können. Und wir brauchen
für die Konsumenten eine Bevorrattung, wenn wir sie
ausreichend versorgt wissen wollen.

Ein eigenes Kapitel stellt in diesem Zusammenhang
die Haushaltsbevorrattung dar. Da gibt es zwar laufend
Flugblätter nach entsprechenden Krisensituationen,
wie zuletzt bei Tschernobyl. Aber ich glaube, auch
diese Flugblätter haben dann immer den Charakter,
daß man sie an dem Tag ernst nimmt, wo eine Krise
eingetreten ist. Aber vielleicht nicht im Sinne einer
Vorsorge. Dennoch ist der tatsächliche Stand der Haus-
haltsbevorrattung besonders im städtischen Bereich,
meine Damen und Herren, unbefriedigend niedrig. Ich
glaube, wenn wir selber unsere Aufgabe hier im
Steiermärkischen Landtag aus Verantwortung für
unsere Menschen und unser Land ernst nehmen, dann
müssen wir auch schon in nächster Zeit zum Zeitpunkt
des Wohlstandes unsere verstärkte Aufmerksamkeit
auf eine gesicherte Versorgung legen. Und das betrifft
nicht nur die Industrierohstoffe, die Energieträger,
sondern vor allem auch die Lebensmittelversorgung.
Wir wissen von kritischen Denkern, daß die Ernäh-
rungsbilanz zumindest aufzeigt, daß der Selbstversor-
gungsgrad Österreichs weit über 100 Prozent liegt, daß
Überschüsse erzeugt werden. Aber was die Verfügbar-
keit betrifft und die Verteilung dieser Lebensmittel, da
haben wir noch sehr viele offene Fragen. Es fehlt
meiner Meinung nach an einer rasch verfügbaren
Eingreifreserve an Grundnahrungsmitteln. Hier
möchte ich eine Anregung geben: Ich möchte zu
überlegen geben, ob nicht gerade unter diesen gege-
benen Umständen in der Welt, den wirklich dramati-
schen Ereignissen im Osten, dem seinerzeitigen steiri-
schen Bevorrattungsmodell für Grundnahrungsmittel
wieder einige Gedanken unsererseits zu widmen
wären. Ich glaube, daß man auf die Grundlage einer
Empfehlung des Landesarbeitsausschusses für wirt-
schaftliche Landesverteidigung wieder zurückgreifen
sollte. Die Landesregierung hat 1979 eine eigenstän-
dige Bevorrattung von Grundnahrungsmitteln in dezent-
ralen Lagen bei Großhandelsfirmen begonnen. Man
sollte dieses Thema ernsthaft aufgreifen. Dieses
Modell gibt uns erfolgversprechende Ideen zu einer
Bevorrattung mit Lebensmitteln. Ich glaube, daß das
auch eine nützliche Einrichtung im Sinne einer wirt-

schaftlichen Landesverteidigung ist. Ich möchte damit
schließen, daß ich Bertolt Brecht mit dem kurzen
Ausdruck zitiere: „Zuerst kommt der Bauch, und dann
die Moral“ oder anders ausgedrückt: wenn es nichts zu
essen gibt, meine Damen und Herren, stehen auch
unsere demokratischen Errungenschaften tatsächlich
auf dem Spiel. (Beifall bei der ÖVP. – 20.10 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich
der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (20.10 Uhr): Frau Präsident! Meine
Damen und Herren!

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch auf
eine weitere Organisation hinweisen, und zwar auf die
Lawinenwarnkommissionen, die ihre beratende Tätig-
keit für die Bürgermeister beziehungsweise Bezirks-
organisationen haben und wahrnehmen, die aber des-
halb von der Verantwortung her nicht geringer einzu-
schätzen ist, wie sie bei den vorgenannten Organisati-
onen sind. Es besteht ja zumeist auch eine Wechselbe-
ziehung, daß Bergrettungsmänner, Feuerwehrmänner
oder Rotkreuzmänner in der einen sowie in der
anderen Organisation tätig sind und sich für ihre
verantwortungsvolle Aufgabe zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren! Wenn hier dem Vorgän-
ger im Bergrettungsdienst, dem Landesleiter Dr. Frö-
lich, für seine Leistung gedankt wurde, dann möchte
ich dem neuen Leiter, dem Herrn Willi Jungmeier, alles
Gute wünschen für seine verantwortungsvolle Auf-
gabe, die er übernommen hat, die sicherlich nicht
leicht zu bewältigen sein wird, weil wir immer öfter
feststellen müssen, daß es zwar den Zuzug der Jugend
zu diesen Organisationen gibt, aber die Verfügbarkeit
im Ernstfall immer wieder Probleme bereitet, weil die
Menschen ihren Arbeitsplatz nicht am Einsatzort ihrer
Ortsstelle haben und das natürlich die Schwierigkeiten
ganz besonders erhöht.

Ich möchte aber vielleicht noch darauf hinweisen,
daß es in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz auch
noch die Essenzustelldienste gibt, die in den Gemein-
den eine große soziale Aufgabe erledigen und dies
auch im freiwilligen Dienst machen, ein Dienst am
alten Menschen, ihn betreuen. Das sind auch wichtige
Einrichtungen, diese Essenzustelldienste, die, wo es
keine Hauskrankenpflege oder Altenhilfe im üblichen
Sinne gibt, dann auch immer wieder den Kontakt zum
alten Menschen, zu den hilfsbedürftigen Menschen
haben, mit ihm einige Worte wechseln können und
sich über seinen Zustand erkundigen.

Meine Damen und Herren! Der Osten Europas bringt
uns in eine Situation, die politische Öffnung ist bereits
passiert, es wurden die Grenzen weitgehendst geöff-
net. Aber die Grenzen des Hungers drängen aus dieser
Region immer mehr, und ich glaube, es ist eine wic-
tige Verpflichtung, daß wir auch ohne eine Naturkata-
strophe diesen Menschen dort helfen, so gut wir das
können, um diesen Hunger auch zu überwinden. Ich
glaube, gerade in dieser Situation, aber es muß dar-
über hinausgehen, egal, welche Jahreszeit wir haben,
müssen wir bereit sein, einen ganz kleinen Teil unseres
Wohlstandes an diese Menschen abzugeben, denn es
ist eigentlich unwahrscheinlich, wie gesagt keine Kata-
strophe, kein Kriegszustand, dort leiden Menschen
Hunger, weil es einfach an den einfachsten Grundnah-

rungsmitteln fehlt, um dort das Leben wirklich aushalten zu können.

Ich rufe Sie gemeinsam auf: Vielleicht gelingt uns auch hier im Hohen Hause eine Aktion, gerade aus Anlaß dieser Budgetdebatte, eine geeignete Spendenaktion – ich weiß, wir spenden alle bereits –, aber vielleicht könnten wir eine gemeinsame Spendenaktion hier organisieren, um auch hier helfend einspringen zu können, daß diese Menschen die entsprechenden Grundnahrungsmittel zur Verfügung haben! Ich danke Ihnen! (Allgemeiner Beifall. – 20.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Kanduth (20.14 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich würde mich nicht sehr wohl fühlen, könnte ich nicht auch heute zu den Leistungen des steirischen Bergrettungsdienstes einiges sagen. Und wenn ich vom Bergrettungsdienst rede, dann gehört natürlich die Hubschrauberstaffel in Aigen dazu, die Unwahrscheinliches leistet, dann gehört natürlich die Alpingendarmerie des Landes dazu, dann gehört natürlich dazu einer der Bekanntesten und ein Mann aus der ersten Stunde, der heute hier sitzt, nämlich der Inspektor Engel, der zu den großen Rettungsfliegern in der Steiermark gehört. (Allgemeiner Beifall.)

Ich sage das sehr bewußt, weil ich weiß, was diese Menschen, einer wie der andere, seit Jahren und Jahrzehnten für dieses Land, für viele Menschen in diesem Land und für die Gäste, die aus dem Ausland kommen, leisten. Und ich freue mich ganz besonders, daß der Herr Landeshauptmann mich beauftragt hat, im vergangenen Jahr das steirische Rettungswesensgesetz zu machen. Ich freue mich deshalb, weil ich das von mir selbst als eine Krönung in meiner eigenen Tätigkeit im Bergrettungsdienst sehe. Ich konnte das zusammenbringen mit Hilfe von Finanzlandesreferent Dr. Klauser, von Kurt Hammer und meiner Freunde aus meiner eigenen Fraktion, in einer einmütigen, schwierigen Arbeit, meine Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.) Es ist uns damit gelungen, die Basis für den steirischen Bergrettungsdienst so zu legen, daß dieser Bergrettungsdienst so arbeiten kann, daß er jederzeit in der Lage ist, jene Einsätze durchzuführen, die von ihm verlangt werden. Und wenn wir damals beschlossen haben, daß dieser steirische Bergrettungsdienst jährlich 4,5 Millionen Schilling zur Verfügung hat, dann weiß ich auch, daß damit nicht alle Probleme gelöst sind und daß trotzdem noch Eigeninitiative notwendig ist, um alle Dinge erledigen zu können, die es einfach in den Ortsstellen draußen gibt. Und daher auch die Bitte des steirischen Bergrettungsdienstes an die Bürgermeister, ihnen auch weiterhin auf freiwilliger Basis jene Unterstützung zu geben, die sie auch vorher gegeben haben. Denn mit diesen 4,5 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, werden die Gemeinden ja nicht belastet, sondern die kommen aus dem Landesbudget, die kommen aus einer eigenen Post. Ich sage das sehr deutlich, damit es hier keine Verwechslungen gibt, und ich habe immer davor gewarnt, und ich sage es heute noch einmal, wir dürfen alles tun, nur nicht in geringster Weise Politik in den Bergrettungsdienst hineinbringen. Das vertragen diese

Leute nicht. Die sind bereit, für nichts, für überhaupt nichts ihr Leben einzusetzen, Tag für Tag, daher weg mit irgendwelchen Beschönigungen, Ankündigungen und sonstigen Dingen. 1400 Bergrettungsmänner stellen sich zur Verfügung in 51 Ortsstellen, bestens ausgebildet, meine Damen und Herren, die viel Zeit dafür verwenden, um sich auszubilden, damit sie überhaupt in die Lage versetzt werden und überhaupt in die Lage kommen, anderen helfen zu können. Jeder kann wahrscheinlich darüber reden, aber was wirklich bei so einem Einsatz vorgeht, das wissen nur jene, die selber dabei sind, und solche gibt es ja nicht sehr viele, auch nicht in diesem Hause. 1066 Personen hat der steirische Rettungsdienst im heurigen Jahr in 1037 Einsätzen aus ihren Notsituationen geborgen. Und das ist kein Wunder, weil sich natürlich auch der Aufgabenbereich des steirischen Bergrettungsdienstes wesentlich vergrößert hat. Waren es bisher Bergsteiger, Wanderer, Pistenfahrer und ähnliches, so kommt jetzt der Mountainbikefahrer dazu, der Paragleiter, der Drachenflieger, die Wildwasserfahrer. Da ist natürlich eine weitere Ausbildung notwendig, um auch dort dementsprechend hilfreich einzugreifen. Und wir haben es heute erlebt, Schrittwieser hat es schon gesagt, wir waren bei dieser großen Übung beim Bodenbauer und haben uns das auch angesehen, was sie zu tun haben bei den Paragleitern, wenn sie zunächst auf den Bäumen landen und sich selber nicht mehr befreien können. Sie sind also beauftragt, sich auszubilden, damit sie in jeder Situation Hilfe leisten können. Und für diese 1066 Personen, die geborgen wurden, und 1037 Einsätze, die geleistet wurden, haben die Männer des steirischen Bergrettungsdienstes 70.000 Stunden als Bereitschaftsstunden für die Menschen unseres Landes zur Verfügung gestellt. Das muß man sich einmal vorstellen!

Hammer hat es angedeutet, wo die Probleme heute liegen. Durch das Pendlerwesen, dadurch, daß die Arbeitsplätze nicht mehr in der Gemeinde liegen, ist es gar nicht so einfach, und daher ist es notwendig, daß Bereitschaftsstunden, Bereitschaftsdienst eingeführt werden. Und die Bergrettungsmänner erklären sich dazu bereit, ohne überhaupt darüber nur im geringsten zu reden. Und ich möchte ein sehr herzliches Danke dem neuen Landesleiter sagen. Ich habe ihn nicht gekannt, und ich habe ihn zum ersten Mal in Mürzzuschlag gesehen und auch gehört. Was mich besonders beeindruckt hat, meine Damen und Herren, und ich sage das sehr deutlich, war in seiner Rede das Herausheören, daß für ihn nicht die Landesleitung das Wichtigste beim steirischen Bergrettungsdienst ist, sondern der steirische Bergrettungsmann draußen in der Gemeinde. Und das ist es auch! (Allgemeiner Beifall.) Meine Freunde, das ist es auch. Der Mann draußen ist viel wichtiger als viele andere, die glauben, daß es ohne sie vielleicht nicht gehen würde. Man braucht eine Organisation, das ist keine Frage, man braucht jemanden, der koordiniert. Aber, noch einmal gesagt, wenn ich den draußen nicht mehr habe, der jederzeit, zu jeder Stunde, bei jedem Wetter hinausgeht, um zu helfen, dann können wir den ganzen steirischen Rettungsdienst vergessen. Ich war sehr beeindruckt, ich sage das auch sehr deutlich, daß der neue Landesleiter nach Übernahme seiner Geschäfte – das erste, was er getan – gesagt hat, ich brauche keinen Dienstwagen, diesen Posten im Budget des steirischen Bergrettungs-

dienstes, den könne man in Zukunft streichen. Jetzt kann man sagen, auch schon etwas, sehr viel. Es waren 200.000 Schilling, die er mit einem Zug dem steirischen Rettungsdienst zugeführt hat, die er für den steirischen Rettungsdienst eingespart hat. Das ist die Gesinnung, die wir brauchen, und dazu kann man sich auch bekennen, und dann hat man auch eine Freude, wenn man ein Gesetz beschließt, wo man weiß, daß die Betroffenen selber mittun. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.21 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (20.21 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsident!

Ich kann es sehr kurz machen. Nachdem sich der Kollege Schrittwieser bereits dem Notarzdienst in der Steiermark gewidmet hat, darf ich bitten, für den Bezirk Mürzzuschlag, Herr Landeshauptmann, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Seit 14. November 1989 ist ein Notarzwagen in Mürzzuschlag im Einsatz, der von Wagna, weil er dort zu weit vom Krankenhaus weg war, installiert worden ist, und er wird derzeit, obwohl ein gutes Einvernehmen und eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem dortigen Krankenhaus herrscht, mit Schwierigkeiten eingesetzt. Derzeit ist ein Zivildienstler, der ärztliche Ausbildung hat, dort noch tätig. Aber wenn dieser weg ist, gibt es große Probleme. Ich darf Sie daher im Einvernehmen Land Steiermark und Krankenanstaltengesellschaft bitten, den Notarzwagen so zu versorgen, daß er jederzeit einsatzfähig ist, und daß im Krankenhaus Mürzzuschlag die notwendigen Ärzte zur Verfügung stehen. Ich darf Sie bitten, diesem nachzukommen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.22 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (20.22 Uhr): Frau Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Eigentlich bin ich nicht vorprogrammiert, daß ich zu diesem Thema rede, aber ich glaube, es ist auch einer Frau gestattet, zur Feuerwehr, zum Roten Kreuz und zu allen Hilfsmannschaften hier ein Dankeschön zu sagen.

Verehrte Damen und Herren! Viele Gesichtspunkte wurden angeschnitten. Ich als Frau schätze so unerhört die Vorbildwirkung dieser Organisationen. Ich durfte den heurigen Sommer ziemlich oft dabei sein, der Herr Landeskommandant weiß es, und war nur total verwundert, wie viele junge Leute sich in den Dienst der Feuerwehr stellen. Auch Frauen gibt es schon dann und wann. Und von der Sicht der Frau möchte ich mich sehr herzlich bedanken, denn sie geben uns Sicherheit und Schutz. Oft sind unsere Männer auf der Arbeitsstelle oder auch sonstwo unterwegs. Junge Frauen mit Kindern und alte Frauen sind allein zu Hause. Es ist gut zu wissen, daß es eine Feuerwehr gibt, die uns hilft, wenn Not am Mann ist. Und es ist gut, wenn es eine Rettung gibt, wenn der Arzt nicht zu erreichen ist und unsere Kinder oder die alten Leute krank sind.

Darüber hinaus möchte ich mich sehr herzlich auch für folgendes bedanken: Geselligkeit und Gesellschaft im Leben dürfen nicht zu kurz kommen. Und ich erlebe schon viele Jahre mit, wenn die Feuerwehr oder das Rote Kreuz in unserer Stadt oder in unserem Bezirk ruft, dann kommen alle, weil sie wissen, daß diese Organisationen nicht nur ewig vom Land oder von woher immer fordern, sondern selber ihren Beitrag leisten, und somit leisten auch die Leute und die Bevölkerung gerne ihren Beitrag und nehmen an der Geselligkeit teil. Und diese Geselligkeiten sind meist ausgerichtet auch für Frauen, für Kinder und für unsere Familien. Herzlichen Dank euch allen! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.25 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer.

Landeshauptmann Dr. Krainer (20.25 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren! Frau Präsident!

Es ist – ich habe nachgezählt – das 19. Mal, daß eine solche Diskussion stattfindet, der ich hier in diesem Hohen Haus zu diesem Thema beiwohnen kann. Und von einer einzigen Ausnahme abgesehen, die heute auch zitiert wurde, hat es immer eine Gesinnung und eine Grundhaltung in diesen Diskussionsbeiträgen gegeben, wie sie heute wieder sichtbar geworden ist. Es ist schlicht und einfach so, daß wahrscheinlich nicht nur für mich, aber für mich in Sonderheit auch als zuständigen Referenten, ein Gefühl der Dankbarkeit aufsteigt, einerseits zu erleben, wie lebendigen Anteil die Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen selber an diesen Diskussionen jeweils nehmen und heute auch wieder so repräsentativ hier anwesend sind – ich möchte Sie sehr herzlich begrüßen, alle, die Sie auf den Zuschauerbänken Platz genommen haben –, aber andererseits auch einen ganz schlichten Dank sagen den Damen und Herren Abgeordneten, die zu diesem Kapitel gesprochen haben. Denn es ist ja eines natürlich klar, daß all das zwar sehr viel Geld kostet, was hier umfänglich und erfreulicherweise auch sehr detailliert in den Wortmeldungen der Abgeordneten des Hohen Hauses dargestellt wurde und erfreulicherweise auch immer wieder gegeben werden kann. Denn auch das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden. Gerade auch, wie mehrfach betont, durch dieses Rettungsdienstgesetz, in dem wir für den Landesvoranschlag 1991 14,238.000 Schilling zur Verfügung haben – ein Drittel mehr als im vergangenen Jahr. Und ich möchte dir, Freund Kanduth, der du in einer sehr bewegten Weise so wie einige andere Kollegen auch heute Stellung genommen hast, deshalb speziell danken, weil du auch in der Zeit, in der ich mit meiner Bandscheibenoperation im LKH Graz lag, dich unermüdlich für das Zustandekommen dieses Gesetzes eingesetzt hast und mit den von dir genannten Mitgliedern der anderen Klubs und des eigenen Klubs zu diesem erfreulichen Erfolg gekommen bist. Und es ist auch hinzuzufügen – das halte ich persönlich für sehr wichtig, daß das, was ich jährlich versucht habe, auch mit Schaubildern darzustellen, für das kommende Jahr wiederum gilt, nämlich, daß diese überaus zielführende Maßnahme der Einrichtung der Feuerschutzsteuer im Lande Steiermark dazu führt, daß wir auch im Jahre 1991 mit einer Erhöhung der Mittel rechnen

können. Der Katastrophenfonds stagniert auf dem Niveau von 25,5 Millionen Schilling, während wir bei der Feuerschutzsteuer 86,6 Millionen Schilling zur Verfügung haben. Dies ermöglicht es uns überhaupt erst, daß wir die prinzipiell in einer Wortmeldung mit Recht angesprochene Kostenseite – Herr Bürgermeister – bewältigen können. Und daß die Gemeinden und daß unsere Organisationen selber einen so beachtlichen Anteil leisten, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ich glaube, daß wir uns darüber erfreulicherweise gerade in diesem Hohen Haus einig sind. Und ich möchte auch, was in der Äußerung des Freundes Trampusch zum Ausdruck gekommen ist, nochmals unterstreichen, man könnte in Wahrheit heute von einer Unfallwehr sprechen. Man könnte sprechen von einer technischen Wehr. Denn das, was immer wieder auch angesprochen wurde, nämlich die Tatsache, daß 90 Prozent der Einsätze – der neuerdings beachtlich angewachsenen Einsätze übrigens, auch im Jahr 1990 beachtlich angewachsenen Einsätze – technische und Unfälleinsätze sind und daß die eigentliche Feuerwehr bei rund 10 Prozent eingestuft ist. Und ich möchte gerade auch den anwesenden Verantwortlichen, und ich kann sie nicht alle beim Namen nennen, die Sie heute gekommen sind, aber dem Herrn Landesfeuerwehrkommandanten, dem Herrn Landessekretär des Roten Kreuzes, auch dem Landesobmann unseres Bergrettungsdienstes und allen, die sie da sind – auch Engel, der schon genannt wurde mit seinen Mitstreitern –, wirklich versichern, und Sie haben es, glaube ich, heute auch gespürt, daß Ihr großer Idealismus seine volle Unterstützung in diesem Hause findet. Und daß, wie kaum in einem anderen Kapitel dieser Budgetdebatten, eine Übereinstimmung herrscht. Selbst bei einem offenkundig nicht sehr gut überlegten generellen Ablehnungsvotum der freiheitlichen Fraktion, das sie ja auch differenzieren hätte können. Aber ich gebe ihnen keine Ratschläge, das müssen sie selber wissen. Zum Ausdruck gekommen ist, daß sie es bedauern, in diesem Fall sozusagen nicht zugestimmt zu haben, weil nach ihrem Prinzip eben das ganze Budget abgelehnt werden müßte. Ich sage das ganz unzynisch und unpolemisch, ganz offenkundig, daß auch trotz dieser verunglückten Strategie grosso modo zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß sie mit Freude diesem Kapitel auch zugestimmt hätten, wenn das nicht sozusagen eben ihrer Strategie widersprochen hätte.

Ich wollte das sagen und hinzufügen, meine Freunde: Das, was das Land in der Landeswarnzentrale ganz allgemein zu bieten vermag, ist in diesem Hause noch nicht angesprochen worden und ist auch von keinem der Redner heute hier angesprochen worden.

Ich darf kurz zusammenfassen: Seit dem Jahre 1985 haben wir diese voll ausgerüstete Landeswarnzentrale mit fünf Bediensteten, die rund um die Uhr im Turnus dafür sorgen, daß für alle Notfälle und darüber hinaus – nämlich auch etwa den Fall der Strahlenverseuchung, sprich Tschernobyl, also über die Landesgrenzen hinausgehend –, Servicedienst geleistet wird: landesweite Funksirenensteuerung, Landeskatastrophenfunknetz, Hubschrauberrettungskoordinierung, Ölalarmdienst, Alarmierung des Smogalarmes, Hochwasserdienst, landesweiter Bergrettungsnotruf, Direkt-

verbindung für Störfälle im Atomkraftwerk Krško, Direkttelefon zum ORF, Umwelttelefon, Zivilschutztelefon, Auskunftsstelle für Anfragen über Strahlenfrühwarnnetz und schließlich eine ganz wichtige Funktion, die Direktverbindung zu allen Bezirksflorianistellen. Eine exquisite und äußerst erfolgreiche Institution, die von Menschen geleitet wird, die in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung dort tätig sind und mit einer ebensolchen Gesinnung arbeiten, wie das in den freiwilligen Einsatzorganisationen der Fall ist. Ich möchte heute auch in diese Richtung einen ganz speziellen und aufrichtigen Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Und lassen Sie mich nun ein kurzes Wort im Hinblick auf die mehrfach angesprochene Hilfe jenen unseren Nachbarn gegenüber sagen, die in diesem Wunderjahr 1989 und in diesem Jahr 1990 zum allergrößten Teil zur politischen Freiheit gekommen sind. Wir haben gerade in der vergangenen Woche zusammen mit dem Herrn Landesrat Dr. Strenitz Gelegenheit gehabt, drei Tage in Rumänien zu verbringen und dort zu erleben – und das soll an diesem Abend auch gesagt sein –, was diese Einsatzorganisationen Unglaubliches vollbracht haben. Wir haben es vor Ort gesehen, was mit dieser größten Hilfsaktion, die in der Steiermark seit 1945 jemals stattgefunden hat, in der über 100 Millionen Schilling an Sachspenden und an Geldspenden eingegangen sind, die von 3000 Steirerinnen und Steirern in direkten Einsätzen vor Ort verteilt wurden, zustandegebracht wurde und, meine lieben Freunde, fortgesetzt werden muß. Wir haben in allen Gesprächen, die wir mit unseren Landsleuten geführt haben, den Banater Bergland-Deutschen, aber auch den Steirern, die seit 200 Jahren dort sozusagen angesiedelt sind, das gleiche in Abwandlung gehört. Wir, die wir bleiben und die wir bleiben wollen, und das werden am Ende, fürchtet man, nicht mehr als 10 Prozent etwa der deutschen und auch der steirischen Landsleute sein, die seinerzeit in Rumänien gelebt haben. Das waren 500.000 in ganz Rumänien, das waren etwa 200.000 im Banater Bergland. Es sind jetzt etwa 110.000 in ganz Rumänien, und es sind im Banater Bergland rund 60.000, das heißt, es sind etwa 30 Prozent der ursprünglichen 200.000, und man befürchtet, daß es nur 10 Prozent bleiben werden, daß es sich bei etwa 20.000 im Banater Bergland einpendeln könnte. Alle haben uns dasselbe gesagt. Wir, die wir bleiben wollen, bitten euch, uns nicht im Stich zu lassen. Wir sind euch unendlich dankbar, und sagt das unseren Landsleuten, für das, was ihr für uns in der Direkthilfe getan habt. Wir hätten das gar nicht für möglich gehalten. Und es wären schon sehr viel mehr weggegangen, hätte es diese Hilfe nicht gegeben. Aber helft uns weiter. Und ich sage hier auch ganz offen, weil der Herr Abgeordnete Hammer das Thema einer neuerlichen Sammlung angesprochen hat. Wir haben uns dort geschworen, daß wir auch vor Weihnachten noch einmal eine solche Sammelaktion im Lande durchführen und daß wir unsere Landsleute bitten, ihren Landsleuten in Rumänien wirklich noch einmal großzügig zu helfen. (Allgemeiner Beifall.) Wir werden in der nächsten Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung einen solchen Antrag einbringen, und ich bin überzeugt, daß er einstimmig beschlossen werden wird. Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Was mich persönlich am tiefsten beeindruckt hat, ist die Tatsache, daß die Menschen dort, die ich gefragt habe, und ich gebe kein

Gesamtbild von Rumänien, das wäre ganz sicherlich nicht seriös, und das waren vorwiegend Landsleute, Banater Bergland-Deutsche, tapfere, tüchtige Leute, es waren aber auch Rumänen, gesagt haben, die politische Repression ist in dem Sinn, wie sie unter Ceausescu gegeben war, ganz sicherlich nicht gegeben. Das hat ein alter Mann, berührend, in Caransebes in einer Fragestunde mit dem demokratischen Forum der Banater Bergland-Deutschen, ein 75jähriger, 80jähriger Mann, ein Banater Bergland-Deutscher, weißhaarig, gesagt: „Freunde, wir können wieder schimpfen, wir können sagen, was wir wollen, aber wir können uns das Einfachste fast nicht mehr leisten, denn der Eiserne Vorhang ist bei euch hochgezogen worden, aber offenkundig ist ein goldener Vorhang wieder niedergegangen“. Das sollte uns sehr zu denken geben. Ich möchte gar nicht mehr dazu sagen. Aber wir sollten vorsichtig sein mit markigen Sprüchen gerade auch in diese Richtung. Ich sage das ganz offen, weil wir alle miteinander keinen Anlaß zu falscher Selbstgerechtigkeit haben und weil wir alle miteinander in diesem Lande unter Bedingungen leben, auch wenn es Ausnahmen gibt, wir wissen das, aber generell gesehen unter Bedingungen leben, die nicht im entferntesten überhaupt vergleichbar sind.

Und lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch ein Wort des Dankes sagen, weil der Ausbildungsleiter des Landesverbandes des Roten Kreuzes, Mörisch, auch unter uns ist. Er ist mit diesen vier Verunfallten und mit dem einen Schwerstverletzten zurück heraufgeflogen. Ich habe den Herrn Meister im Spital besucht, lieber Mörisch. Er hat gesagt: „Wie der neben mir gesessen ist, und wie ich in dem Flugzeug drinnen war, habe ich geglaubt, ich bin im Siebenten Himmel, obwohl mir das alles so weh getan hat. Weil ich war froh – ich sage das auch offen –, daß ich aus dem rumänischen Spital draußen war.“ Wir haben dort eines besucht, wo der Landesfeuerwehrverband eine industriell nutzbare Waschmaschine – 200.000 Schilling – hingebraucht hat. Dort hat man uns gesagt, der Patient beziehungsweise der Kranke wird gewechselt, die Bettwäsche bleibt die gleiche. Und er war so froh, hat er gesagt, daß man ihn dort nicht operiert hat, obwohl er nicht wußte, wie er überhaupt drüberkommt. Ich möchte ein sehr herzliches Wort des Dankes sagen, weil Sie ganz offenkundig – wie oft sicherlich in Ihrem Leben – auch hier eine ganz besondere menschliche Tat gesetzt haben.

Lassen Sie mich, um die fortgeschrittene Stunde nicht zu sehr zu strapazieren, ganz kurz eingehen auf die Fragen, die zum Teil an mich gestellt wurden: Abgeordneter Schrammel, ein allgemeines Lob, Abgeordneter Herrmann, in jedem Fall Anbote. Es gibt, oder es gab – besser gesagt – bisher drei Firmen, aber Monopol ist keines gegeben. Es ist eine von einer größeren integriert worden dieser drei Firmen, es wird eine zukünftig dritte wieder geben. So sehr ich diese Frage genau verstehe, bekenne ich auch öffentlich und hier im Steiermärkischen Landtag, wir haben eine Marktwirtschaft. Und was wir tun können ist Konkurrenzangebote einholen und den Bestbieter zum Zug kommen lassen. Und das geschieht. Daß die Kosten an sich hoch liegen, liegt nicht zuletzt natürlich auch daran, daß es sich im Regelfall um eine beachtliche Technologie handelt, die in diesen modernen Geräten

verarbeitet wird. Ich möchte aber gerade auch im Zusammenhang mit den Atemschutzgeräten sagen, die Langzeitatmer werden inzwischen in der Schule geprüft. Wir haben gerade auch vom stellvertretenden Landeskommandanten Fritz Franz hier eine exzellente Betreuung in den vergangenen Jahren. Wir sind aber nicht in der Lage, alle anderen dort auch zu bearbeiten, weil das eine Aufblähung des Personals verlangen würde, die nicht finanziert werden kann. Ich möchte Ihnen das ganz offen auch heute hier sagen. Aber im einen Fall ist das bereits geschehen.

Die Kollegin Kammlander, die nicht anwesend ist, möchte ich trotzdem nicht ignorieren. Ich möchte ihr aber vielleicht doch ein Wort sagen, weil ich durchaus auch eine einsame Position respektiere, die sie hier eingenommen hat. Es ist mehrfach von den Herren Abgeordneten gesagt worden, täuschen wir uns nicht über die Situationen an unseren Grenzen. Der Grenzschutz durch unser Bundesheer ist in Wahrheit – ich sage das auch so, wie ich es meine – ein wirklicher Friedensdienst, ein wirklicher Friedensdienst, wie man natürlich grundsätzlich eine andere Position einnehmen kann, die sie offenkundig einnimmt. Das ist in einer Demokratie erlaubt. Ich teile diese Auffassung nicht. Ich glaube, daß ein Großteil der Damen und Herren des Hohen Hauses diese Auffassung nicht teilen. Ich würde aber sehr bitten, gerade weil ich die Frau Abgeordnete Kammlander schätze, in ihrer Ernsthaftigkeit schätze, unter den Auspizien der gegenwärtigen Lage diese Problematik neu zu bedenken. Und was den sogenannten Friedensvertrag anlangt: wir sind mit niemandem im Krieg und haben daher keinen Friedensvertrag zu schließen, der im übrigen unsere Kompetenz in keinem Fall wäre. Aber wir haben seit zwölf Jahren die Arbeitsgemeinschaft der Alpen-Adria gegründet. Wir haben in den Gesprächen mit dem slowenischen Ministerpräsidenten als unserem unmittelbaren Nachbarn, dem neuen, immer wieder gerade auch den Aspekt einer friedlichen Grenze deutlich in den Vordergrund gestellt. Ich glaube, daß das auch bei ihm so gemeint ist, wie er es immer wieder gesagt hat. Und ohne große Sprüche haben wir Friedenspolitik eigentlich seit dem Jahre 1948, Friedenspolitik der kleinen Schritte, in unserer Nachbarschaftspolitik gemacht. Denn gar kein Zweifel, ich habe das, glaube ich, in diesem Haus einmal gesagt, der Besuch an der Nordgrenze von Niederösterreich in Gmünd vor zehn Jahren hat mich belehrt, was eine tote Grenze in Österreich wirklich ist. Und wir haben immerhin seit der Sezession Titos vom stalinistischen Sowjetreich eine Entwicklung der nachbarschaftlichen Kooperation gehabt, die nicht allein aus sich selbst zustande gekommen ist.

Ich habe, Frau Abgeordnete, Sie in Ihrer Abwesenheit mehrfach angesprochen und nehme an, daß Sie keinen Wert darauf legen, daß ich mich wiederhole. Es haben die anderen anwesenden Abgeordneten Damen und Herren durchaus die Möglichkeit, soweit Sie informiert werden wollen, Sie über das zu informieren, was ich gesagt habe. Ich stehe Ihnen aber gerne selber zur Verfügung. Die Wege der sozialen Verteidigung, von denen Sie gesprochen haben, schließen sich mit unserer Grundsatzhaltung in Fragen der Umfassenden Landesverteidigung überhaupt nicht aus. Sie sind eine durchaus interessante Komponente, aber eben nur

eine Komponente im Sinne unserer Verteidigungsdoktrin und im Sinne auch der Aufgaben, die unser Bundesheer gerade im Grenzschutz zu erfüllen hat.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Stellungnahme des Kollegen Schrittwieser sagen, im Zusammenhalt auch mit der Äußerung Vollmanns, den Notarzdienst betreffend, daß wir im übrigen Mürzzuschlag ab dem 1. Jänner 1991 installieren können. Wir sind beträchtliche Schritte in diesem System vorangekommen. Es kostet allein – ich habe mir das herauschreiben lassen – der Hubschraubernotdienst jährlich etwa 6 Millionen. Wir haben seit der Einführung dieses Hubschrauberrettungsdienstes seitens des Landes zusätzlich 30 Millionen aufgebracht, zu allem, was im Zusammenhang mit unseren Einsatzorganisationen aufzubringen gewesen ist. Und ich möchte auch im Zusammenhang mit dem, was Dr. Rupp angesprochen hat, noch einmal unterstreichen, daß das Element Wirtschaftliche Landesverteidigung selbstverständlich ein wichtiges Element der Umfassenden Landesverteidigung ist. Ich bedanke mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihre ausführlichen Beiträge, noch einmal für das große Interesse, das Sie an dieser Sache bekunden, und vor allem auch an Ihrer Bereitschaft, diesem wichtigen Budgetkapitel Ihre Zustimmung zu erteilen. (Allgemeiner Beifall. – 20.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 1 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Schrittwieser: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Annahme.

Präsident Dr. Kalnoky: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 1 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Emmy Göber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Göber (20.56 Uhr): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 2 umfaßt die Bereiche Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Den Einnahmen von 6.109,761.000 Schilling stehen Ausgaben von 7.111,026.000 Schilling gegenüber. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Kenntnisnahme. (20.57 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Steiner.

Abg. Prof. DDr. Steiner (20.58 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Zur nicht ruhigen, aber späten Stunde melde ich mich jetzt zu Wort über Schule, Bildung, Erziehung, zum Kapitel 2.

Meine Damen und Herren, ein paar Worte zur Situation der Bildung, der Wissenschaft und der Kultur. Die Welt, in der wir heute leben, ist in Bewegung geraten. Solange den Menschen in den vergangenen Jahrhunderten der Einblick in die Wandlung des Kosmos, des Lebens und der Menschheit fehlte, lag es für

sie nahe, ein statistisches Menschenbild zu vertreten. Die wir heute größere Zeiträume überschauen können, müssen wir jedoch erkennen, daß eine gewaltige Bewegung im Gange ist, von der das Materielle und das Geistige gemeinsam erfaßt wird. Auf einem Teilgebiet der Entwicklung der Menschheit, bei der Entfaltung ihrer wissenschaftlichen Möglichkeiten, hat sich die Dynamik in den letzten Jahrhunderten und vor allem in den letzten Jahrzehnten gewaltig verstärkt und verändert. (Präsident: „Ich darf bitte, dem Redner mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wir behandeln ein ernstes Thema. Wer Kaffeehausgespräche zu führen wünscht, kann das draußen in der Kantine machen. Der Wirt will auch sein Geschäft machen!“)

Unsere Generation, meine Damen und Herren, ist Zeuge eines staunenswerten Fortschritts. Im 20. Jahrhundert sind bereits mehr wissenschaftliche Resultate erzielt worden als in der gesamten Menschheitsentwicklung bis dahin. Das Wissen und Können auf naturwissenschaftlichem, medizinischem und soziologischem Gebiet nimmt gewaltig explosionsartig zu. Gegenwärtig verdoppeln sich auf meinem eigenen Fachgebiet, so erklärte der ehemalige Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, der Molekularbiologe Prof. Dr. Tuppy, die wissenschaftlichen Anstrengungen und Ergebnisse jeweils in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. Alle zehn Jahre verdoppelt sich heute die Summe der Informationen, über welche die Wissenschaft insgesamt verfügt, zu lesen im „Modell für eine neue Welt“, Desch-Verlag, München 1978. Man hat berechnet, daß die Gesamtheit aller Forscher, die in den Jahrtausenden vom Beginn unserer Kultur bis zum Anfang dieses Jahrhunderts den Babylonischen Turm der europäischen Wissenschaft errichtet haben, nicht größer ist als die Summe der in unserer Gegenwart gleichzeitig arbeitenden Wissenschaftler. Die Arbeitskraft dieser Armee von Forschern, ihr Einfallsreichtum und ihre Energie verändern alle Lebensbereiche in einem immer schneller werdenden Tempo. Sie verwandeln aber auch die Wissenschaft selbst so rasch, daß der Kenntnisstand, den man sich in seinem Studium erwirbt und bei dem sogenannten Abschlußexamen nachweist, nach sieben bis zehn Jahren bereits veraltet oder überholt ist. Das ist die Wirklichkeit. Das heißt also, Abschlußexamen und keine Weiterbildung ist Stillstand. Wer sich nicht weiterbildet, kommt nicht mehr mit und kommt unter die Räder. Und das gilt nicht nur für Akademiker. Der Fortschritt der Wissenschaft übersetzt sich in einem ebenfalls immer schnelleren Rhythmus in Umgestaltung der Produktionsprozesse. Er hat deshalb eine permanente Revolution der Berufsanforderungen und Berufsstrukturen in allen Schichten der Gesellschaft zur Folge. Er erzwingt eine wachsende Mobilität der Gesellschaft im ganzen, sprengt alle statischen Ordnungsgefüge und stellt damit auch Politik und Verwaltung vor Aufgaben, die sich mit den überlieferten Kenntnissen und Techniken nicht mehr bewältigen lassen. Nicht nur das Wissen und die Ausbildung der Spitzenkräfte, auch die Kenntnisse und Fertigkeiten der Landwirte, der Arbeiter, der Handwerker, der Büroangestellten, ja sogar aller Hausfrauen werden durch die Entwicklung der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation fortwährend überholt und bedürfen der Erneuerung und Ergänzung. Wer nicht schrittzuhalten vermag, kommt unter die Räder. Ich wiederhole noch einmal diesen

Ausspruch von Prof. Tuppy. Das gilt nicht nur von einzelnen, sondern von ganzen Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen, ja es gilt sogar von Staaten und Politikern – das heißt, von uns selber –, wenn wir nicht begreifen wollen, daß die Sicherheit im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Zivilisation nicht mehr wie früher auf die Stabilität, sondern im Gegenteil auf die Mobilität zurückzuführen ist.

Der Fortschritt erzwingt eine wachsende Mobilität der Gesellschaft im Ganzen, daher sprechen wir heute von einer vertikalen und horizontalen Mobilität. Horizontale Mobilität heißt Umschulung und Bildung, um eine andere Art des Arbeitsplatzes zu erwerben. Und wir stellen heute im internationalen Bereich fest, daß im Laufe eines Lebens ein Mensch vier bis sechs Berufe ergreifen muß, um überhaupt noch eine Existenzberechtigung zu haben. Vertikale Mobilität, um an einem sozialen Aufstieg teilhaben zu können, bedeutet Weiterbildung, ständige Fortbildung. Die Mobilität sprengt alle statischen Ordnungsgefüge und stellt damit auch Politik und Verwaltung vor Aufgaben, die sich mit den überlieferten Kenntnissen und Techniken nicht mehr bewältigen lassen. Nicht nur Wissen und Ausbildung der Spitzenkräfte, auch die Kenntnisse und Fertigkeiten werden durch die Entwicklung der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation fortwährend überholt und bedürfen der ständigen Erneuerung und Ergänzung. Man muß erkennen, daß die Sicherheit im Zeitalter wissenschaftlich-technischer Zivilisation nicht mehr wie früher auf der Stabilität, sondern im Gegenteil auf der Mobilität beruht. Mobilität ist allgemein die Bewegung von Personen von einer Position in eine andere Position innerhalb jeder möglichen Gliederung der Gesellschaft, sei es von unten nach oben oder sei es im horizontalen Bereich von einem Beruf zum anderen. Mobilität hat dabei die Aufgabe, unter der Voraussetzung der Chancengleichheit die Begabungen und Fähigkeiten rational zu selektieren. Das liefert einerseits die Voraussetzung für ein optimales Funktionieren der Gesellschaft, andererseits wird die Ungleichheit, das Vorhandensein von Schichten, durch Mobilität individuell überwunden.

Von Bildung im Sinne einer Formung des Menschen muß man den Begriff der Ausbildung unterscheiden. Zur Ausbildung gehören einerseits die Aneignung der Wissenschaft, andererseits die Entfaltung der Fähigkeit zur logischen Verarbeitung geistiger Inhalte und zur sprachlichen, schriftlichen, künstlerischen und technischen Gestaltung. Bildung ist ohne Aneignung von Kenntnissen und ohne formale Schulung überhaupt nicht denkbar. Es gibt kein Menschenbild, das nicht ein bedeutendes Maß an Bildungsinhalten und formalen Fähigkeiten voraussetzt. Der Bildungsstand jedes einzelnen ist auch für die Gesellschaft von größter Bedeutung. Die moderne Gesellschaft, meine Damen und Herren, steht und fällt damit, daß sie eine Bildungsgesellschaft ist neben Freizeitgesellschaft, neben Industriegesellschaft, neben Leistungsgesellschaft.

Der aus Wien gebürtige und in den Vereinigten Staaten heute als Hochschullehrer und Wirtschaftsberater lebende Nationalökonom Peter Drucker, „Drucker“ sagen sie in Amerika, hat in einem lesenswerten Buch „Das Fundament für morgen“ (Econ-Verlag,

Düsseldorf 1958) der Bildungsgesellschaft ein eindrucksvolles Kapitel gewidmet. Der Autor beschreibt sie als eine Gesellschaft, in der nur der im Denken geschulte, gebildete Mensch wirklich produktiv ist; eine Gesellschaft, in der nach und nach jeder eine höhere Bildung haben wird, wenigstens gemessen an der Zahl der von ihm in Schulen verbrachten Jahre. Eine Gesellschaft, für die der Ausbildungsstand zum bestimmenden Faktor im internationalen Wettbewerb, im Kampf ums Dasein, wird. Ein reiches und immer noch wachsendes Angebot an Menschen mit hohem Bildungsstand ist für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zur unabdingbaren Voraussetzung geworden. Es wird jetzt rasch zu einer Bedingung der nationalen Daseinsbewältigung. Die Gesellschaft muß heute eine Bildungsgesellschaft sein, wenn sie Fortschritte machen, wachsen, ja wenn sie sich nur behaupten will. Das wirklich Neue ist, daß eine entwickelte Gesellschaft – so meint Drucker – nicht ihre volle Leistung entfalten kann, wenn nicht jeder eine Ausbildung erhält, die bis an die Grenzen seiner Möglichkeit führt. Der Ungebildete wird rasch unproduktiv – Frau Landesrat, nicht wahr! –, der Ungebildete ist auch in der Wirtschaft nicht brauchbar und wird zu einer wirtschaftlichen Belastung. Produktive Arbeit in Gesellschaft und Wirtschaft von heute ist Arbeit, zu der Weitblick, Wissen und Ideen gehören. Eine Arbeit, die mehr den Kopf als die Hände beansprucht. Dabei weist Drucker besonders auf die Automation hin, welche immer mehr die stereotypen Arbeit verdrängt und nach einer auf Kenntnissen und Ideen beruhenden höher qualifizierten Arbeit, die höhere Bildung bedingt, verlangt. Und nun, meine Damen und Herren, das inkludiert also die Fortbildung, das inkludiert die Weiterbildung, das inkludiert die Erwachsenenbildung, auf die ich dann besonders zu sprechen kommen möchte. Es ist heute unbestritten, daß zu den Grundlagen der wirtschaftlichen Entfaltung eines Landes nicht nur die klassischen, seit langem für notwendig erachteten Faktoren seit Adam Smith, Grund und Boden, Kapital und Arbeit gehören, sondern dazu gehört die durch Bildung qualifizierte Arbeit, das heißt, Weiterbildung und Erziehung. Reiche und arme Länder – sagt Drucker – unterscheiden sich im Wettbewerb weit weniger durch die Fülle oder Kargheit ihrer Naturschätze, ihrer Ressourcen, als vielmehr dadurch, ob sie die Möglichkeiten der Menschen ihres Landes vor allem auf deren Bildungspotenz auswerten. Der amerikanische Präsident Johnson sagte einmal: Armut hat viele Wurzeln, Unwissenheit und Ungebildetheit jedoch sind die Hauptwurzel. Die Verteilung von Reichtum, Privilegien und Sozialstatus, so meint der bedeutende niederländische Wissenschaftler Hertenstein, ein berühmter Harvard-Soziologe, werde zu einem großen Faktor durch die IQ-Verteilung bestimmt.

In der Arbeit und in der Bevölkerung ergeben sich bedeutende Verschiebungen: Von dem Primärsektor in der Landwirtschaft wandern sie ab in den Sekundärsektor, das heißt zur Industrie, von der Industrie in den Tertiärsektor, das heißt zum Dienstleistungssektor. In allen Sektoren des Berufslebens steigt die Mobilität und wird die Mobilität verlangt. Viele müssen im Laufe ihres Lebens den Beruf wechseln, auch innerhalb der einzelnen Berufe ergeben sich durch permanente Wandlungen im Produktionsprozeß und in der Organi-

sationsstruktur regelmäßige Veränderungen, die von den Betroffenen Anpassung und Neuorientierung, aber stets Fortbildung und Umschulung verlangen.

Damit komme ich heuer zum ersten Mal – ich fange nicht vom Kindergarten an – gleich zur Erwachsenenbildung. Wir leben in einer Bildungsgesellschaft, haben wir gesagt. In ihr hört das Lernen nicht auf. Es setzt sich durch das ganze Leben fort. Im angelsächsischen Raum, in England, in Amerika, spricht man heute von einem Long-life-learning. Von der Grundschule, von der Vorschule, vom Kindergarten über die weiterführende Schule bis zur Hochschule und zu immerwährender Weiterbildung im Rahmen der Erwachsenenbildung. Der erste große Bildungskongress hat die UNESCO nach dem Zweiten Weltkrieg hat in Montreal 1962 stattgefunden unter dem Motto: „Adult education in a changing world“. Das heißt, wenn ich es übersetzen darf unnötigerweise vielleicht: Erwachsenenbildung in einer sich wandelnden Welt. Von hier hat sich der internationale Terminus Erwachsenenbildung statt Volksbildung endgültig durchgesetzt. Daher will ich auch heute gleich mit dem Begriff der Erwachsenenbildung reden. Erwachsenenbildung soll ja ein integrierender Bestandteil unseres Bildungssystems sein und nicht, wie man oft redet davon, reden wir über Bildung, über alles, aber dann zum Schluß über Erwachsenenbildung, über Appendix, über diesen Wurmfortsatz der Bildung. Nein, Erwachsenenbildung ist eine Grundsubstanz der Bildung schlechthin, denn jede Art der Weiterbildung, jede Art der Ausbildung, jede Art der Bildung bis zum Ende des Lebens ist Erwachsenenbildung. Und es ist höchste Zeit, daß in Erfüllung des Artikels 14 diese promise des Artikels 14, lautet: In Angelegenheit der Schule, der Erziehung und der Volksbildung wird noch ein Bundesgesetz kommen, so steht das 1920 drinnen. Und es kamen Gesetze, die Schulgesetze, aber es kam kein Erwachsenenbildungsgesetz. Es wurde gerungen, und es wird heute weitergerungen werden: Ist Erwachsenenbildung Landessache? Ist Erwachsenenbildung Bundessache? Was wird für eine Bestimmung kommen, um auch die finanziellen – wir haben zwar ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz – aber endgültig die Kompetenz und die Zuständigkeit auch in finanzieller Hinsicht zu bringen?

Die in der ARGE, das heißt Arbeitsgemeinschaft steirischer Erwachsenenbildung, zusammengefaßten 26 landesweit tätigen Erwachsenenbildungsorganisationen, und wir nennen sie die Volkshochschulen, Urania, Volksbildungswerk, Bildungswerke, katholisch und evangelisch, die Bildungshäuser, die Büchereien, auch berufsbildende Einrichtungen, wie das Wirtschaftsförderungsinstitut, Berufsförderungsinstitut, Landwirtschaftsfortbildungsinstitut, Volkswirtschaftliche Gesellschaft. Wir haben in der Steiermark, Gott sei Dank, diese Einrichtungen freier Trägerschaften, die sich erhalten, die sich behaupten, ob gefördert im reichen Ausmaß oder nicht. Sie wirken! Unter Berücksichtigung von Mehrfachbesuchern kann man annehmen, daß in der Steiermark etwa 300.000 Frauen und Männer, so habe ich es mir zusammenzählen lassen, Veranstaltungen der Erwachsenenbildung besuchen. Das heißt, etwa 30 Prozent der Bevölkerung über 20 Jahre besuchen Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Das ist ein Fortschritt! Noch vor zehn

Jahren stellte Prof. Freisitzer in einer Untersuchung fest, es sind etwa 17 bis 18 Prozent, die die Einrichtungen der Erwachsenenbildung benutzen. Heute stellt eine Untersuchung fest, Ende der achtziger Jahre, es sind 30 Prozent, die sich dieser Einrichtungen bedienen, sei es berufsbildender Art, sei es allgemeinbildender Art. In den letzten zehn Jahren ist damit die Bereitschaft zur Weiterbildung in der Erwachsenenbildung um ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung gestiegen. Die 13.140 Veranstaltungen fanden in den Erwachsenenbildungszentren und Bildungshäusern unseres Landes sowie in den 700 örtlichen und regionalen Zweigstellen statt. Bis zu 95 Prozent der Kosten bringen die Teilnehmer und die Träger der Erwachsenenbildungsinstitutionen auf. Der Bund, das heißt also das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, subventioniert die Erwachsenenbildung gesamtösterreichisch mit 80 Millionen Schilling. Die politischen Akademien der Parteien bekamen 1990 96 Millionen Schilling, und das Land Steiermark ist mit etwa – wenn ich alle Posten zusammensuche, sei es aus dem Agrarsektor, sei es aus dem Wirtschaftssektor oder direkt aus dem Sektor der Kultur – insgesamt 30 Millionen Schilling aus den verschiedenen Ressorts beteiligt. Umgelegt auf die Teilnehmerzahl sind das von Bund und Land je 100 Schilling pro Teilnehmer in der Erwachsenenbildung pro Jahr. Eine schöne Subvention! Aber bedenken wir, im Jahre 1989 kostete ein Schüler der höheren Schule, besonders der berufsbildenden Schulen, dem Bund 32.338 Schilling. Trotz minimaler Unterstützung durch Bund und Land, wenn man das in Vergleich zieht, erbringen die vielen, hauptsächlich ehrenamtlich und nebenberuflich tätigen organisatorischen und pädagogischen Mitarbeiter beachtenswerte Leistungen in beruflichen, persönlichkeitsbildenden, politischen und kulturellen Bildungsbereichen.

Nun zu einigen zukünftigen Frage, meine Herrschaften, die ich anschneide. Was liegt im Rahmen der Erwachsenenbildung an Forderungen vor:

Erstens: Kräftiger Ausbau des Personalstandes in der Erwachsenenbildung. Bis 1996 mögen stufenweise Erhöhungen der Bundessubvention von derzeit 80 Millionen Schilling auf 160 Millionen Schilling notwendig werden. Zweitens: Schaffung von Kontaktstellen für Erwachsenenbildung in den Bezirken und Erweiterung des Bildungsangebotes in den Regionen. Meine Herrschaften, ich habe mir das nicht selber zurechtgelegt. Das ist eine Meinung der großen Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs, die sich jährlich in St. Wolfgang trifft und gesamtösterreichisch diese Forderungen stellt. Drittens: Unterstützung der Bildungsarbeit in den Betrieben und Gemeinden, unter Umständen Erfüllung eines Bildungsurlaubes und einer Bildungsfreistellung. Viertens: Ein Staatsvertrag nach dem Artikel 15a, auch in der Frage der Bildung, zwischen Bund und Land über die Förderung der Erwachsenenbildung. Fünftens: Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsgesetzes mit Kompetenzregelung zwischen Bund und Land, das heißt, man könnte ein kompaktes Gesetz ausmachen und sagen, Landessache beziehungsweise Bundessache. Sechstens: Verstärkung der Marktorientierung der Erwachsenenbildungseinrichtungen: Bedürfnis und bedarfs-

orientierte Entwicklung von neuen Angeboten in einer bildungswerbenden Organisation.

Zur Regionalisierung der Erwachsenenbildung in zahlreichen Bezirken unseres Landes haben sich die Institutionen der Erwachsenenbildung zur Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um sich gegenseitig zu informieren, ihre Arbeit zu koordinieren und Bedürfnisse ihres Bezirkes zu beraten. Im Bezirk Voitsberg fand ein Studientag zum Thema „Die Bildungssituation im Bezirk und die Regionalentwicklung“ statt, an dem Vertreter aller Schultypen, der Erwachsenenbildung, der Ämter und der Wirtschaft teilgenommen haben. Der Zusammenhang zwischen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bezirk und der Lebensqualität wurden stark betont. In Projekten soll so eine Stelle, eine Bezirksstelle für Erwachsenenbildung, erprobt und erarbeitet werden.

In zwei kleinen Regionen der Ost- und Weststeiermark, Pinggau, Friedberg, Kainach und Umgebung wird aufbauend auf einem wissenschaftlichen Programm die gesamte Bevölkerung befragt, welche Bildungswünsche sie hat. Es ist Ziel, daß gemeinsam mit der Bevölkerung ein auf die Bedürfnisse des jeweiligen Ortes zugeschnittenes Bildungsprogramm erstellt wird und Weiterbildungsbehinderungen aus dem Weg geräumt werden. Dabei wird eine größere Chancengerechtigkeit zwischen der Zentrale in Graz und den Möglichkeiten der Regionen angestrebt.

Ein Wort zur Internationalisierung der Erwachsenenbildung. Auf Grund der politischen Vorgänge – wir haben heute schon davon gehört – südlich und östlich der Grenzen, wie wir gesagt haben, und ich möchte das wiederholen, es gibt also das Pentagonale, wenn man so sagen darf, es ist fünfeckig, sechseckig, sieben-eckig – wenn man das so haben will, sind die Institutionen der Erwachsenenbildung in engem Kontakt mit vergleichbaren Erwachsenenbildungseinrichtungen in Slowenien, in Kroatien und in Ungarn eingetreten. Die steirische Erwachsenenbildung bietet den Nachbarn die Möglichkeit, die Aufgaben der Weiterbildung in einem demokratischen Staat kennenzulernen und Anregungen für den Ausbau der eigenen Erwachsenenbildung zu bekommen. Diesen Kontakt hat die Steiermark initiiert, so daß im April 1991 ein Erwachsenenbildungsforum der ARGE Alpen-Adria gegründet wird. Mit Beginn 1991 wird ein europäisches Büro, meine Damen und Herren, man höre und staune, für katholische Erwachsenenbildung in Graz im Bildungshaus Mariatrost eingerichtet, weil der Vorsitz der europäischen Föderation für katholische Erwachsenenbildung, eine Einrichtung, die etwa der altverdiente Mann Dr. Ignaz Zangele seinerzeit gegründet und ins Leben gerufen hat und in Brüssel und Deutschland ihre Station gehabt hat, nun nach Steiermärk wandert, weil der Vorsitzende mit dem Bildungsreferenten Professor Kalcsics verbunden ist. Durch die Gründung des Berufsinformationszentrums, BIZ genannt – auch wieder eine Kurzformel –, wird eine Lücke geschlossen, indem umfassende Informationen über Aus- und Weiterbildungswege für Interessenten kostenlos weitergegeben werden. Gleichzeitig hat auch das WIFI eine eigene Bildungsinformationsstelle eingerichtet, um den Interessenten individuelle Lern- und Weiterbildungswege aufzuzeigen. In Ergänzung dazu wird dringend gefordert, vor allem von den Verantwortlichen

der Erwachsenenbildung in den Bezirken, daß in jeder Bezirksstadt eine Stelle für Bildungsinformation geschaffen werden soll. Die finanzielle Förderung vieler Aufgaben, besonders in den ländlichen Regionen, kann nicht erfüllt werden, wenn nicht die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen erfüllt werden. In der Vertiefung der Bildungsarbeit steht die Erwachsenenbildung weiter an. Es ist deswegen mehr als ein Hoffnungsschimmer, wenn die beiden Koalitionspartner in den Verhandlungen auch in Wien in ihrem Übereinkommen, habe ich gehört, festgehalten haben, den gesamten Bereich der Erwachsenenbildung nach einem Stufenplan mittelfristig auf ein Prozent des Unterrichtsbudgets anzuheben. Zur Zeit – man höre und staune – beträgt die Erwachsenenbildung nur 0,3 Prozent des Budgets. Das heißt also, es möge auf ein Prozent angehoben werden.

Und nun ein paar Worte – es wird der Präsident dazu ausführlich sprechen – zur schulischen Situation, was hat das neue Jahr und was haben wir in letzter Zeit überhaupt im Schulwesen erreicht? Was hat begonnen? Es folgt nach dem Jahre 1962, nach dem Schulgesetzwerk 1962, nach dem Schulunterrichtsgesetz von 1974 und den zehn Jahren der steirischen Aufbauarbeit, wie es auch im Modell Steiermark, sei es gesagt, festgehalten wurde, ein ungeheurer Ausbau des Bildungswesens. Es war so, an 14 Standorten gab es 1961 Lehranstalten für Frauenberufe. Heute existieren an 18 Standorten Lehranstalten für Wirtschaftsberufe. An acht von ihnen besteht auch eine höhere Schulvariante mit der Reifeprüfung. Hiezu kommen eine höhere Lehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik, geschweige denn von den allgemeinbildenden höheren Schulen, die in ganz Steiermark ausgebaut auf 47 Schulen, wenn man – Herr Präsident – die Korösi-straße dazunimmt und dann die Inbetriebnahme der AHS in Graz-West. An acht der 14 neuen AHS-Standorte außerhalb von Graz wurden musisch-pädagogische Realgymnasien gegründet. Wir könnten einen Überblick geben über die Leistungen, über den Ausbau des steirischen Schulwesens, angefangen vom Kindergarten bis herauf zur Erwachsenenbildung. Die Wirtschaft aber beklagt den Umstand, daß sie die qualifizierten Fachkräfte, die sie braucht, nicht bekommt. Der Facharbeitermangel nimmt immer drastischere Formen an, stellt die Wirtschaft fest. 1983 wurden 56.300 Lehrabschlußprüfungen erfolgreich abgelegt. 1989 waren es nur 47.000. Prognosen lassen ein weiteres Absinken auf 36.000 bis zum Jahre 1995 befürchten. In der Steiermark ist die Zahl der Lehrlinge in einem Jahr um fast eintausend zurückgegangen. Auch hier möchte ich das erwähnen, obwohl ich gerade für diesen Bereich nicht der Hauptsprecher bin, aber trotzdem sei es gesagt, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Sackgassen gerade dieser Lehrlinge weiter zu beenden oder auszubauen und ihnen die Möglichkeit des Aufstieges einzuräumen.

In den städtischen Ballungszentren treten immer mehr Zehnjährige nach der Volksschule in die AHS-Unterstufen ein, so daß die Hauptschule in diesen Bereichen zur Restschule wird. Und mitten im Wahlkampf gab es Meinungen. Ein Busek erklärte: Wir müssen in Wien – es sei für mich keine Fahnenfrage – von der Hauptschule übergehen in gewissen Berei-

chen zur Gesamtschule. Und Schilcher – hat Busek gesagt – soll die Hauptschule sanieren mit der Realschule. Sei es wie es sei, es seien Wege beschritten, um hier allgemein die Bildungswege weiter auszubauen und weitere Fortschritte zu ermöglichen. Und es sei nirgends ein Hick-Hack der ideologischen Fragen gesetzt, sondern es sei eine Frage allgemein der Struktur, eine allgemeine Frage des Zusammenwirkens von einem Schulsystem, von allgemeinbildenden zu berufsbildenden, von dem Pflichtschulbereich zum höheren Schulbereich sei eine Brücke geschlagen. Ich möchte also sagen, daß wir uns hier zu einem flexiblen Schulsystem finden. Die Überfrachtung der Unterstufen der AHS muß aufhören. Es muß ein neuer Weg gefunden werden, um hier flexible Formen eingehen zu können. Obwohl die Schaffung und Erhaltung einer größtmöglichen Durchlässigkeit zweifellos zu den wichtigsten Anliegen der österreichischen Schulgesetzgebung gehört, gibt es nach wie vor störende Sackgassen, und die gehören bereinigt. Hier gilt es, Einrichtungen zu schaffen, die Lehrlingen den Übertritt in weiterführende Bildungsgänge erleichtern, so daß die Berufsschule, an der ein Fünftel der Ausbildung erfolgt, keine Sackgasse bildet. Der Lehrling muß reale Chancen haben, durch diese weiterführenden Bildungsgänge auch noch zu einer Matura beziehungsweise zu einem Fachhochschulstudium zu gelangen. Wir möchten mehr Flexibilität, mehr Verknüpfung, mehr duale Ausbildung. Wir haben gesprochen vom BORG Radkersburg, von der dualen Ausbildung, wie etwa in Seckau. Wir müssen übergehen auch an den allgemeinbildenden höheren Schulen zu einem dualen System und neue Schultypen und neue Lehrgänge kreieren. Die Realschule – sei es gesagt – wird als allgemeinbildende Pflichtschule ohne Leistungsgruppen geplant und soll als Ausbildungszweig einer Hauptschule oder eines polytechnischen Lehrganges geführt werden können und weitergeführt werden. Und dann eben in gewissen Gegenden die Mittelschule. Größere Autonomie der Schulen – Herr Präsident – haben wir gesagt, und der Gesetzgeber nach Artikel 81 a soll das ermöglichen. Wir haben hier den Antrag gestellt. Es soll sein, daß die Autonomie dezentralisiert wird. Das heißt, daß das Land entscheidet oder daß die Schule selbst entscheidet. Seither, glauben wir, ist es notwendig geworden. Wir meinen aber auch, daß eine gewisse Schulung erfolgen soll im Rahmen der ARGE Alpen-Adria, ein Schulzentrum. Ich muß sagen, es ist nicht unmöglich, wenn Haider in Kärnten erklärt, er will eine Handelsakademie haben, die mehrsprachig geführt wird, und nicht nur slowenisch, dann könnte man sagen, jawohl, es soll ein Schulzentrum sein, ARGE Alpen-Adria mit mehr Sprachen, mit mehr Möglichkeiten der Ausbildung. Ich glaube, dafür habe ich Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß ich zum Schluß kommen kann und sage, was erwartet man von der neuen Regierung, was soll die neue Regierung an Bildungsmöglichkeiten anbieten? Das werden wir erfahren, daß wir sagen, jawohl, das Koalitionspapier steht oder fällt mit dem, was hier ausgehandelt worden ist. Im Wahlkampf haben die Lehrer höherer Schulen an die vier Parteien Fragen gestellt und haben gesagt, was gebt ihr uns? Senkung der Klassenschülerzahl, Erhaltung der Langform, Nachmittagsbetreuung, Arbeitszeitverkürzung,

Verbesserung im Schulbereich – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Arbeitszeitverkürzung?“) Für die Lehrer! – Erhaltung des eigenständigen Dienst- und Besoldungsrechtes, Stärkung der Personalvertretung, besonderer Stellenwert des Bildungsbudgets und regionale Ausformungen im Bildungssystem. Es kamen Antworten von den vier Parteien. Frau Kollegin, die Grünen haben keine Antwort gegeben, selbst die kommunistische Partei hat eine Antwort gegeben. Der Herr Generalsekretär hat eine Antwort gegeben. Wenn wir zusammenfassen, was alle Parteien gesagt haben zu diesem Bildungskonzept, zu dem sie stehen wollen, dann könnte man sagen, wir haben ein neues Bildungskonzept, flächendeckendes Angebot ganztägiger Schulformen auf freiwilliger Basis. Die erforderlichen Mittel sind aus dem Familienlastenausgleichsfonds zu nehmen. Maßnahmen zur Herstellung optimaler pädagogischer Klassen- und Gruppengrößen und weitere Absenkung der Schülerzahl, von der Grundschule angefangen. Sicherstellung eines wohnungsnahen Schulangebotes. Bildungsangebot für raumnahe Schulen, das heißt Auflassung von Großschulen, Einführung von kleinen Schulen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Du redest auch so lang wie Korber!“)

Und dann zum Schluß sei es gesagt, es sei eingeführt. In der nächsten Legislaturperiode muß man von der Bundesregierung, besonders von den zuständigen Ressorts Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, mehr einfordern als bloße Retuschen, als kleinkariertes Verwalten. Die österreichische Bildungspolitik darf sich nicht länger damit begnügen, österreichische Schüler angeblich europareif zu machen und damit sonstige Schlagworte in die Welt zu setzen. Es geht darum, präzise zu differenzieren, welche Aufgaben die Schule in den kommenden Jahrzehnten wird erfüllen müssen, um junge Menschen hervorzuheben, die in der postindustriellen Gesellschaft gebraucht werden. Dafür ist vor allem eines nötig: eine hochqualifizierte Ausbildung, die dazu befähigt, lebenslang weiterzulernen. Die Schule, gleich welchen Typs, kann nur das Fundament bieten, sie muß dem jungen Menschen beibringen, Systeme zu durchschauen und auf flexible Änderungen zu reagieren. Er soll in der Lage sein, sich kritisch mit der Wissenschaft und deren Grenzen auseinanderzusetzen. Er, der junge Mensch, braucht eine Zukunftsperspektive, die Fähigkeit zur Teamarbeit, Freude am selbständigen Lernen, Forschen und Erkennen an der eigenen Leistung erbringt. Die Schule, wie die Schule bekannt ist, wie sie organisiert ist, das ist alles eine zweitrangige Frage. Aber wir brauchen sie bald. Wir brauchen auch die Lehrer, die das Format, das Wissen und die pädagogischen Fähigkeiten haben, die Schüler entsprechend zu unterrichten. Was wir nicht brauchen, sagt ein Wiener Korrespondent: „Politische Parteien, die sich in ideologischem Gezänk erschöpfen und das Bildungswesen ideenlos verwalten.“ Buseks Vorstellungen könnten ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Hin zu einer sachlichen, den regionalen Bedürfnissen angepaßten Bildungspolitik, die eine kräftige Profilierung einzelner Schulen statt eines einzelnen Breies anstrebt. Eines darf man nicht verschweigen: bis die erhofften Zielvorstellungen, die ich jetzt ausgesprochen habe, stattfinden, könnten Jahre vergehen. Ließe man aber alles beim alten, so kämen sie vermutlich nie. Auch die Schule braucht Visionen und eine Zukunfts-

perspektive, und heute, meine Damen und Herren, muß damit begonnen werden. Ich danke sehr! (Allgemeiner Beifall. – 21.30 Uhr.)

Präsident: Bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, darf ich den Damen und Herren mitteilen, daß wir in der Präsidialkonferenz übereingekommen sind, die Gruppe 2 heute abzuschließen. Ich habe noch elf Redner vorgemerkt. Es liegt an Ihnen, das Versprechen einzulösen, in der Kürze liegt die Würze.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (21.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz zum Kindergarten- und Hortgesetz, das wir in der nächsten Zeit in den Landtag bekommen werden und das im Moment noch in Parteienberatungen ist, unsere Änderungswünsche und unsere Zusatzforderungen hier vorbringen. Die Frage ist, wie kinderfreundlich und wie elternfreundlich sind in der Steiermark die Kindergärten und wie werden sie in Zukunft sein? Ganz wichtig und für mich der zentrale Punkt im neuen Kindergartengesetz mußte sein, daß diese Trennung zwischen allgemeinem Kindergarten und heilpädagogischem Kindergarten aufgelöst wird; daß auch im Gesetz die Integration beinhaltet ist, daß diese Integration von behinderten Kindern in allgemeinen Kindergärten, möglich wird und daß es keine Ausscheidung von behinderten Kindern in eigene Kindergärten und in normale Kindergärten gibt. Selbstverständlich hat das was mit der Betreuung zu tun, das ist uns schon klar, daß das auch mehrere Kindergärtnerinnen benötigt. Aber wir wollen nicht haben, daß es schon von klein auf so passiert, daß die getrennt werden, und dann irgendwann mit 17, 18 muß man sie dann erst wieder zusammenführen. Also, die Entwicklung pädagogisch wertvoller Integrationsmodelle zum Nutzen aller unserer Kinder, das würden wir uns wünschen. Wir möchten haben, daß Kinder lernen, ihr Sozialverhalten auch auf behinderte Kinder abzustimmen.

Wenn ich jetzt kritisiert habe, daß die religiöse Erziehung im Gesetz immer wieder namentlich angeführt wird, dann vor allem deswegen, weil ich glaube, diese Zwangsbeglückung von Kindern sollte nicht im Gesetz festgeschrieben werden. Wenn religiöse Kindergärtnerinnen das tun, dann ist das wahrscheinlich auch mit den Eltern abzusprechen, und es soll sie niemand daran hindern. Ich bin die letzte, die das tun wird. Für mich ist eben echte christliche Nächstenliebe, würde sie in diesen Integrationskindergärten gelebt, das muß dann nicht in das Gesetz wortwörtlich hineingeschrieben werden, wenn man auf der anderen Seite die Integration nicht haben will. Dann paßt das irgendwie nicht zusammen.

Der nächste Punkt sind die Öffnungszeiten der Kindergärten. Ich glaube, daß sie mit den berufstätigen Frauen nicht zusammenstimmen. Die Schließung in den Ferien ist sicher für berufstätige Mütter ein Problem. Entweder muß man sich überlegen, ob die Betriebe ihre Kindergärten bessern oder ob überhaupt mehr Betriebskindergärten angeboten werden müßten, die vielleicht auch eine Unterstützung seitens des Landes bekommen, weil dort, wo viele Frauen

arbeiten, zum Beispiel Kastner & Öhler oder so, ist es sicher gut, wenn die Kinder in der Nähe ihrer Mütter oder Eltern untergebracht sind. Wir wünschen uns eben pädagogisch gut geführte Kindergärten zu Blockzeiten von 8 bis 17 Uhr, für länger halte ich das für problematisch, obwohl diese eine Stunde bis zur Schließung der Geschäfte wahrscheinlich auch ein Problem ist. Aber auf jeden Fall müßten die Nachmittagsgruppen für die Kinder so gestaltet sein, daß sie erst einmal kleiner sind und in einer anderen Art Angebote machen als am Vormittag, weil sonst wird es für Kinder wirklich stressig. Das ist mir auch klar. Und die Größe der Gruppe, maximal 15 Kinder pro Gruppe und pro Kindergärtnerin, also wenn mehrere Kindergärtnerinnen da sind, kann man auch über die Gruppengröße leichter diskutieren.

Die Fortbildungsveranstaltungen für die Kindergärtnerinnen auch außerhalb der Steiermark müßten möglich sein. Im Moment ist es eher im Gesetz so weich formuliert. Das Informationsrecht der Eltern über die bevorstehende Einstellung – steht im Moment im Gesetz noch drinnen, die Schließung ohne Angabe von Gründen ist jederzeit möglich, das steht im Gesetz so drinnen, kann so sicher nicht drinnen bleiben, da müßte man schon ein Informationsrecht für Eltern statuieren, daß sie wissen, wann sie ihre Kinder dann woanders unterbringen müßten. Das Gesetz läßt auch noch die gesetzliche Regelung für Kinder unter drei Jahren vermissen, in welcher Form werden zum Beispiel Kinderkrippen geführt. Dafür haben wir derweilen noch nichts. Und auch für selbstverwaltete Kindergärten von Eltern gibt es auch noch keine eigenständige Rechtsvorschrift. Vielleicht könnte man das als Annex an das Kindergartengesetz auch noch hineinbringen. Wir gehen einmal davon aus, daß Kindergärten keine vorschulischen Bildungseinrichtungen und auch keine Unterrichtsanstalten sind, sondern daß sie in erster Linie Betreuungseinrichtungen sind mit spielerisch-kreativen didaktischen Angeboten. Und deswegen sollte man auch die bestimmte Passage aus dem Gesetz streichen, die eben diese Bildung, im Kindergarten jetzt im engeren Sinne vielleicht gemeint, noch statuiert. Ich denke, das war, glaube ich, kurz. (21.38 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (21.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Budget für das Jahr 1991 sind für die Förderung der allgemeinen Erwachsenenbildung, wie bereits Kollege DDr. Steiner ausgeführt hat, rund 30 Millionen Schilling vorgesehen. Wenngleich dieser Betrag bei weitem nicht jene Höhe erreicht, die dem Stellenwert der Erwachsenenbildung entspricht, so zeigt er doch, daß lebenslanges Lernen nicht nur die Aufgabe des einzelnen ist, sondern auch das Land Steiermark seinen Beitrag durch Bereitstellung finanzieller Mittel leistet. Gerade angesichts der besonderen Probleme, denen wir uns derzeit vor allem in Europa gegenübersehen, kommt der Erwachsenenbildung in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität besondere Bedeutung zu. Die Entwicklung neuer Technologien und das Entstehen völlig neuer Berufs-

zweige bringt einen tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft mit sich. Die technische Unterteilung der Arbeit wird immer stärker. Echte zwischenmenschliche Beziehungen auch am Arbeitsplatz treten immer mehr in den Hintergrund. Diese Situation bringt ein Gefühl von Abhängigkeit und Machtlosigkeit mit sich. Es entsteht ein Klima des gegenseitigen Mißtrauens, in dem Begriffe wie Solidarität bereits jetzt viel von ihrer Bedeutung verloren haben. Diese Situation ist eine echte und große Herausforderung für unsere Kultur- und Bildungsarbeit. Sie stellt nämlich den einzelnen Menschen mit all seinen individuellen Neigungen und kreativen Fähigkeiten in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Dabei ist mir allerdings bewußt, daß Erwachsenenbildung allein die Probleme unserer Zeit sicherlich nicht lösen kann. Sie kann aber dazu führen, daß Menschen sich diesen Problemen nicht hilflos ausgeliefert fühlen, indem sie Fähigkeiten vermittelt, mit denen spürbare Mängel der Daseinsbewältigung behoben werden können.

In unserer Gesellschaft ist der Begriff Mobilität zum Schlagwort geworden und durchdringt alle Lebensbereiche. Mobilität ist Anspruch und Gebot zugleich. Nämlich Anspruch als ständige Anforderung an den einzelnen, sich neue Entwicklungen von Technik und Wissen anzueignen, Gebot als Zwang zur Anpassung an neue Erfahrungen und Tendenzen.

Begreift man demnach Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der raschen Veränderungen, der Vermehrung der Freizeit und der fortschreitenden Arbeitslosigkeit, so wird deutlich, vor welcher großen Anforderung auch die Erwachsenenbildung steht: Sie muß gleichermaßen auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, drängenden politischen Anforderungen entsprechen, sie muß auf soziale Fragen eine Antwort finden und sie muß vor allem auf persönliche Schicksale reagieren können und auf individuelle Neigungen und Fähigkeiten Rücksicht nehmen. Weiterbildung ist also nicht nur Bildung für den Beruf, für Freizeit und für öffentliches Wirken, sondern sie ist zugleich Lebenshilfe insofern, als sie den Bedürfnissen nach Sicherheit und Entfaltung, Selbstfindung und Selbstbehauptung sowie sozialer Anerkennung zu entsprechen sucht.

Das Interesse für die Kurse der Erwachsenenbildung ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Kollege DDr. Steiner hat bereits darauf hingewiesen. Die Erwachsenenbildung muß Bildung als Möglichkeit der Lebensqualität verdeutlichen, die nicht von Einkommen und Sozialprestige, sondern von der Bereitschaft zum Lernen und der Freiheit der Selbstgestaltung bestimmt wird.

Wir gehen also davon aus, daß die Weiterbildung eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die auch von den Interessen, Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen bestimmt wird. Die Erwachsenenbildung muß individuellen Bedürfnissen ebenso entsprechen wie gesellschaftlichen Anforderungen und humanitären Ansprüchen. Sie soll dem einzelnen helfen, in einer sich rasch ändernden Gesellschaft mit seinen Anforderungen im Beruf, in der Familie und in der Freizeit fertig zu werden, und ihn unterstützen, seine Persönlichkeit zu entfalten. In Erfüllung dieser Aufgaben leistet die Erwachsenenbildung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit, zur beruflichen und

wirtschaftlichen Mobilität, zur Anhebung des kulturellen Niveaus, zur Vertiefung des Verständnisses für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge sowie der Verbesserung des Demokratieverständnisses.

Erwachsenenbildung ist heute ein umfassender Begriff: Er meint nicht nur die Bildungsaktivitäten der traditionellen Volksbildungseinrichtungen, sondern die Gesamtheit der Bildungsprozesse für Erwachsene, wie sie beispielsweise in den Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung, der Arbeitsmarktförderung, im Fernunterricht und in kulturellen Vereinigungen geboten werden. Schon jetzt verfügt die Erwachsenenbildung über einen wesentlich höheren Stellenwert als noch vor zehn Jahren. Deshalb bin ich der Meinung, daß gerade bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen, die der gesamten Bevölkerung offenstehen, in verstärkter Zusammenarbeit mit den Universitäten ein verstärktes finanzielles Engagement des Bundes, des Landes, aber auch der Gemeinden durchaus gerechtfertigt und notwendig ist. Ich bin nämlich nach wie vor der Auffassung, daß es ganz einfach notwendig ist, jene Einrichtungen entsprechend zu fördern, die nachweislich bildungs- und kulturpolitische Aufgaben des Bundes, des Landes und der Gemeinden mitübernehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 21.48 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günter Ofner.

Abg. Günther Ofner (21.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Kindergärten haben in unserer Gesellschaft eine ganz, ganz wichtige Aufgabe. Sie haben der Unterstützung und der Ergänzung der Familienerziehung zu dienen und im besonderen Maße die Familiensituation zu berücksichtigen. Sie haben aber auch in besonderer Weise auf die Anlagen und die entwicklungsbedingte Persönlichkeit des einzelnen Kindes Bedacht zu nehmen, durch geplantes Vorgehen lernbare Fertigkeiten und Verhaltensweisen zu fördern, soziales Lernen zu ermöglichen und die Kinder auf den Schuleintritt vorzubereiten.

Dieses hohe Ziel kann nur erreicht werden, wenn im ganzen Land flächendeckend Kindergärten installiert sind und das Kindergartenpersonal auch Zeit hat, sich mit dem einzelnen Kind zu beschäftigen und darauf einzugehen. Nicht, wie es in manchen Gemeinden der Fall ist, daß eine Kindergärtnerin ohne Helferin 28 bis 30 Kinder zu betreuen hat.

Die Novellierung des Kindergartengesetzes mit der Senkung der Gruppengröße ist daher, glaube ich, wohl eine berechtigte Forderung der Kindergärtnerinnen und wird sich sicher auch positiv auf die Kinder auswirken. Der heutige Entwurf, den wir bekommen haben, hat ja sehr positive Ansätze. Und ich glaube, wenn man noch einige Dinge hier berichtigt, wird es sicherlich ein sehr gutes Gesetz werden. Daß es aber durch die Senkung der Gruppengröße zu großen Schwierigkeiten und Problemen kommen wird, ist auch zu erwarten.

Ich möchte dies folgend begründen: Im Kindergartenjahr 1989/90 sind in der Steiermark 546 Kindergärten beziehungsweise 937 Kindergartengruppen im

Betrieb, die von insgesamt 22.864 Kindern besucht werden.

Auf Grund der tatsächlichen Geburtenzahlen ergeben sich aus den Jahrgängen 1984, 1985 und 1986 insgesamt 40.550 Kinder, die theoretisch zum Kindergartenbesuch heranstehen. Zur Verfügung stehen insgesamt 26.750 Kindergartenplätze, so daß das bestehende Angebot zu 85,5 Prozent genutzt wird.

Da das Kindergartengesetz novelliert und die Kinderzahl auf 25 beziehungsweise 20 Kinder für die Jahre 1994/95 pro Gruppe gesenkt wird, ist anzunehmen, daß sich dieser Prozentsatz sehr wesentlich verändern wird.

Es besteht die Gefahr, daß ein Großteil der Kinder aus diesem Grund einfach nicht mehr aufgenommen werden kann, weil die Räumlichkeiten nicht vorhanden sind und in manchen Bereichen auch das Personal nicht. Vor allem aber, glaube ich, wird es für die Gemeinden nur schwer möglich sein, weitere Kindergärten oder Kindergartengruppen zu schaffen, weil sie finanziell dazu nicht in der Lage sind.

Die Kindergärten sind – das wissen wir ja alle – schon jetzt eine sehr große Belastung für die Gemeinden. Denn wenn der tatsächliche Aufwand auf die Eltern umgelegt werden würde, könnten sich wahrscheinlich nur sehr wenige Eltern einen Kindergartenplatz leisten.

Es kann daher nur eines heißen, daß das Land Steiermark die Mehrkosten, die aus dieser Novellierung des Kindergartengesetzes entstehen, übernimmt. Sollte das nicht der Fall sein, besteht eine berechtigte Gefahr, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß die Gemeinden in vielen Bereichen wahrscheinlich gezwungen sind, eben Kindergärten wieder zu schließen, die vorher mit viel Geld auch von seiten des Landes errichtet wurden. Und das kann, glaube ich, wohl nicht der Sinn und Zweck der ganzen Sache gewesen sein. Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, sind natürlich dafür verantwortlich, daß das Kindergartenetz aufrecht bleibt. Sie hätten im Voranschlag eigentlich nach meiner Meinung auch die daraus entstehenden Mehrkosten schon berücksichtigen müssen. Leider haben Sie dies nicht gemacht. Ich fürchte daher zu Recht, daß natürlich auf die Gemeinden zusätzliche Belastungen kommen werden und daß die Gemeinden eben diese Novellierung größtenteils zu tragen haben. Das schönste und beste Gesetz, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hilft nichts, wenn es für die Gemeinden nicht tragbar ist.

Zum Schluß möchte ich noch auf die Ganztagskindergärten zu sprechen kommen. Viele Alleinverdiener, insbesondere Frauen, stehen vor dem Problem, daß sie nicht wissen, wo sie ihre Kinder während der Arbeitszeit unterbringen sollen. Dazu kommt, daß viele Frauen durch diese Situation vom Arbeitsprozeß ausgeschlossen werden beziehungsweise nur halbtags arbeiten können. Umso bedauerlicher finde ich, daß im Steiermärkischen Entwicklungsprogramm unter Paragraph 3, Absatz 4, Abschnitt 1 – Kindergarten – festgehalten ist, daß bei der Festlegung der Betriebsformen der Kindergartengruppen Bedacht zu nehmen ist, daß die Ganztagsform nur in jenen Fällen in Betracht kommt, in denen die Erziehungsberechtigten nachweislich keine Möglichkeit haben, am Nachmit-

tag ihre Kinder selbst zu versorgen oder deren Versorgung anderweitig sicherzustellen. Diese Feststellung, Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, kann sicher nicht akzeptiert werden. Denn sie heißt, daß jede Mutter nachweisen müßte, warum sie arbeiten geht. Ein Kindergartenplatz sollte für alle Kinder in der ganzen Steiermark da sein, auch ein Ganztagskindergartenplatz, wenn er benötigt wird. Die Kosten haben sich so zu orientieren, daß sich auch die ärmsten Kinder einen Kindergartenplatz leisten können. Danke! (Allgemeiner Beifall. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Endlich eine positive Rede von dir!“ – 21.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (21.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der ländliche Raum gerät zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit, und zwar einmal deswegen, weil das Land Produktionsstätte und Heimat der Menschen ist. Daher war der Umgang mit der Natur ein besonderes Wirtschaften. Wirtschaften im ländlichen Raum heißt auch, nicht nur produzieren, sondern verändern, Lösungen suchen über und für anstehende Probleme. Die Schwierigkeiten, die von außen kommen, bedrohen die bäuerliche und auch die gewerbliche Existenz. Niemand kann konkrete Voraussagen geben, wie die GATT-Verhandlungen ausgehen werden, auch die Sorge vieler kleiner und mittlerer Betriebe vor dem EG-Eintritt und -Beitritt erzeugt da und dort echte Existenzangst. Die ökosoziale Marktwirtschaft in ihrer Gesamtheit der Bedeutung könnte, von Österreich ausgehend, Veränderungen im gesamten europäischen Ausland bewirken. Die Frage der Ökologie ist für viele Menschen eine Überlebensfrage geworden, wobei die Einheit Lebensgrundlage für alle, Pflanze, Tier und Mensch, gesichert sein will.

Die soziale Komponente wird in Zukunft stärker zum Tragen kommen. Sozial sein bedeutet nicht nur Existenzfragen einzelner mit Mitteln öffentlicher Hand abdecken, sondern Grundlagen bieten, Rahmenbedingungen schaffen, die Eigenständigkeit und Eigeninitiative ermöglichen und diese vorübergehend stützen.

70.000 Arbeitsplätze sind innerhalb einer Generation aus dem ländlichen Bereich verschwunden. Kein Industriezweig könnte sich so etwas leisten. Im ländlichen Raum vollzog sich dieser Abbau ohne große Revolution, ohne viele Streiks und mit großen Schmerzen und offenem Weh der Betroffenen. Die Forderung, den ländlichen Raum nicht zu benachteiligen, ist eine uralte. Es gilt, besonders aufzupassen. Jeder beispielsweise möchte sein Haus, seine Wohnung auch bei schlechtestem Wetter trockenen Fußes erreichen. Die bis zur Haustür gebaute Straße ist eine Selbstverständlichkeit. Allein diese banale Voraussetzung ist im ländlichen Raum mit großen finanziellen Aufwendungen für den Besitzer eines Gehöftes in der Einsicht verbunden. Die Bäuerin ist zwar Arbeitskraft, bekommt aber keinen Lohn und ist nicht eigenständig pensionsberechtigt. Viele soziale Maßnahmen sind ihr verschlossen oder nur teilweise für sie zugänglich. Ähnlich geht es den Gewerbetreibenden. Nur über Aus-

und Weiterbildungsmöglichkeiten werden in Zukunft Veränderungen abgefangen werden können. Allerdings ist unser Bildungssystem sehr stark vereinheitlicht. Schon eine Differenzierung inhaltlicher und organisatorischer Art im Grundschulwesen könnte dem ländlichen Raum das Bewußtsein stärken und Unterstützung in der Lebensbewältigung ermöglichen. Nicht nur die bäuerliche Bevölkerung, auch die Gewerbebetriebe und die Dienstleistungsbetriebe sind davon betroffen. Der Lehrlingsmangel, der Facharbeitermangel ist zu einem Faktum geworden. Wo liegen Ursachen, wo lassen sich Verknüpfungen bewirken, um der Bevölkerung des ländlichen Raumes tatsächlich Hilfe zu bieten? Zuerst einmal gibt es insgesamt weniger Kinder, auch auf dem Land ist die Geburtenrate rapide zurückgegangen. Das hat seine Auswirkungen auf das allgemeine Schulwesen. Weiters ist die Tatsache, daß leistungswillige Jugendliche den polytechnischen Lehrgang immer abgelehnt haben. Weiterführende Schulen hatten noch vor einigen Jahren eine strenge Auslese durch Aufnahmeprüfungen, heute sind sie weitgehend abgeschafft oder zum Formalakt geworden. Die mittleren Schulen, die Fachschulen sind räumlich und organisatorisch den höheren Schulen angeschlossen. Wer also eine höhere Schule nicht schafft, steigt auf die mittlere Schule um. Die Lehrlingsausbildung im herkömmlichen Sinne geht deshalb ständig zurück.

Durch die Bekanntgabe von globalen Zahlen über offene Lehrstellen entsteht weiters ein falsches Bild. Die meisten Mädchenberufe und die aktuellen Modeberufe sind in jeder Region ausgebucht. Oft ist es gar nicht leicht, einen passenden Lehrplatz in erträglicher Entfernung zum Elternhaus zu finden. Die Abwerbung hin zu den Zentren nimmt damit zu, und die Entsiedelung des ländlichen Raumes ebenfalls. Die Entscheidung, welche Ausbildung ein Kind machen soll, fällt selbst für Kinder von Bauern und Gewerbetreibenden immer häufiger zugunsten höherer Schulen aus. So entsteht der Eindruck, als ob mit der Lehrlingsausbildung etwas nicht stimmen könnte. Wie könnte entgegengesteuert werden?

Die Grundschule so verbessern, daß die Elementarkenntnisse wirklich gefestigt sind; zu viele Wissensinhalte bewirken, daß man schließlich tatsächlich nichts kann. Auch das Leistungssystem ist eher leistungshemmend. Dem, der mehr will, muß die Chance gegeben werden, seinen Anlagen entsprechend gefördert und gefordert zu werden. Jeder junge Mensch ist ein Lernender, der Schüler nicht mehr als der Lehrling. Für den Lehrling muß nach der Facharbeiterprüfung die Chance offenbleiben, weiterzukommen. Daher eine dringende Forderung, über Aufbaukurse die Fachmatura oder ein Fachstudium zu erreichen. Der ländliche Raum kann nur bestehen als Kultur- und Lebensbereich, wenn die Abwanderung gestoppt wird. Mehr und mehr zukünftige Hofübernehmer brauchen aber einen zweiten Beruf als Haupteinkommen. Waren die Bauern bisher hauptsächlich als Hilfsarbeiter und Lkw-Fahrer tätig, so sollen sie in Zukunft qualifizierte Facharbeiter und Bauern sein können. Der Gewerbetreibende hätte einen verlässlichen qualifizierten Mitarbeiter, die Entsiedelung des ländlichen Raumes wäre gestoppt, und die Kaufkraft bliebe in der Region. Diesen Weg geht und versucht

das landwirtschaftliche Schulwesen seit Jahren. An den elf Burschenschulen und 27 Mädchenschulstandorten wird dieser Aufgabe und dieser Herausforderung Rechnung getragen. Laut Schulorganisationsgesetz sind die Bildungsziele der einzelnen Schultypen klar formuliert. Demnach soll die Hauptschule vor allem für den Beruf vorbereiten, die AHS für das Studium. Schon theoretisch wird das nicht mehr eingehalten, denn die Lehrpläne der AHS, der AHS-Unterstufe und der Hauptschule sind wortident. Die Wahl der Schule für die Kinder wird nicht nach den Bildungszielen getroffen, sondern danach, ob die Schule zur Matura führt oder nicht. Demgegenüber steht einfach die Tatsache, daß europaweit qualifizierte Facharbeiter fehlen und ständig mehr arbeitslose Maturanten und stellenlose Akademiker frustriert Arbeit suchen.

Die Abwertung des Begriffes Arbeit im Sinne von manueller Arbeit ist gewaltig. Kinder und Jugendliche haben kaum eigene Erfahrung mit manueller Tätigkeit. Auch gelingt dies nicht, in den Volksschulen, Hauptschulen und AHS zu vermitteln. Es fehlt also an ganzheitlicher Erziehung. In Fachschulen wird dieses Prinzip noch immer verfolgt. Neben der kognitiven Bildung ist die manuelle gleichwertig hingestellt. Absolventen dieser Fachschulen haben handwerkliches Arbeiten gelernt. Sie können etwas, und sie wissen um Zusammenhänge und erfahren persönlichkeitsbezogenes Grundwissen. Das in der Steiermark kreierte Modell der Realschule möchte hier anknüpfen. Ich bin überzeugt davon, daß damit der Facharbeitermangel nicht behoben wird. Ich fürchte allerdings, daß mit dieser Einführung ein weiteres Sterben vieler Hauptschulen einhergeht und daß die Kosten für den Aufbau enorm sind, um Lehrer und Schulen so auszustatten, daß die angestrebten Bildungsziele erreicht werden. Außerdem ist ein Verdrängungswettkampf unter den Schulen bereits jetzt schon zu verspüren. Schulleiter sind oft keine Pädagogen mehr, sondern sie müßten eher Manager sein. Manager, die um die Schüler für ihre Schule kämpfen. So bildet nun das landwirtschaftliche Schulwesen neben einer fachlichen Grundausbildung im Pflanzenbau und Bodenkunde, Tierzucht und Betriebswirtschaft, Landtechnik und in Alternativkulturen in der Landwirtschaft auch lebenspraktische Hilfen wie handwerkliches Können in metall- und holzverarbeitenden Berufen heran. Im Mädchenschulwesen wird freilich dem Hauswirtschaftsunterricht ein großer Teil des Augenmerkes gewidmet. Hauswirtschaft hat im Sinne von Gesundheitsbewußtsein und Gesundheitserziehung, sozialer Zuwendung, betriebswirtschaftlicher Kalkulation einen großen gesellschaftspolitischen Wert. Die Verschuldung der Familien nimmt leider stark zu, große und echte Sorgen ergeben sich aus dem Unvermögen, finanzielle Ressourcen einzuteilen. Auch die soziale Komponente in den Familien wird oft nicht mehr gelebt. In den 32 Klassen der einjährigen Haushaltungsschule werden 814 Schülerinnen und in den zwölf Klassen des II. Jahrganges der Hauswirtschaftsschulen 346 Schülerinnen unterrichtet. Allein im Haus Großlobming sind in den letzten fünf Jahren die Schülerinnen in folgende Berufe eingestiegen: 41 Schülerinnen in die Krankenschwesternausbildung, 26 in andere weiterführende Schulen, wie zum Beispiel Kindergartenpädagogik, Handelsakademie, Handelsschulen, und diverse fachbezogene Schulen, wie Familien-

helferinnenschulen. In die traditionellen Mädchenberufe sind 140 Absolventinnen eingestiegen, wobei im Verkauf 52 Schülerinnen ihren Arbeitsplatz gefunden haben, im Gastgewerbe 44, Friseur-, Bürolehre, Schneiderlehre, aber auch in traditionellen Männerberufen sind zwölf Schülerinnen untergebracht, wobei die Tischler und die Nachrichtenelektroniker den Überhang bilden. Interessant ist, daß insgesamt in diesen fünf Jahren nur drei Absolventinnen als Haushaltsgehilfinnen tätig sind. Ich denke, daß das landwirtschaftliche Schulwesen sich ständig bemüht, den aktuellen landwirtschaftlichen Anforderungen sich anzupassen. Beispielsweise werden gegenwärtig Schafzucht, Pferdezucht, Fischzucht, aber auch Kräuter- und Feldgemüsebau, die Kompostwirtschaft und die Direktvermarktung als Bildungsinhalte schwerpunktmäßig angeboten. Darüber hinaus hat lange Zeit schon die bäuerliche Gästebeherbergung einen wichtigen Stellenwert. Wenn wir diese Ausbildung dazu sehen, daß hier für das Leben vorbereitet wird, kann man nur sagen, daß dieses Bildungswesen für das Land und für die ländliche Bevölkerung einen wichtigen Beitrag leistet. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.10 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (22.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete DDr. Steiner hat uns schon einen umfassenden Überblick über die Schulgeschichte gegeben, und ich danke ihm sehr dafür, weil wir uns dadurch einiges sparen können. Er als Fachmann hat uns also das wirklich ganz großartig geschildert. Eine Genesis der österreichischen Schulentwicklung, und ich danke ihm sehr herzlich dafür!

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten wird das Unterrichtsministerium von einem SPÖ-Minister geleitet, und ich muß sagen, daß in dieser Zeit über 300 Schulgebäude vom Bund errichtet wurden und 140.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen wurden. Herr Präsident, das muß man auch einmal sagen, weil meistens so getan wird, als wenn in den letzten 20 Jahren von seiten des Ministeriums nichts gemacht wurde. In Österreichs Schulen unterrichten derzeit 110.000 Lehrer, und wenn wir vergleichen, daß es im Jahre 1970 65.000 waren, so können wir sagen, daß das ein wirklich großes Ansteigen der Lehrerzahlen ist.

Wir haben derzeit bei den Schülern ein Verhältnis von eins zu zehn, und im Jahre 1970 hatten wir noch ein Verhältnis von eins zu zweiundzwanzig. Ich möchte heute noch darauf hinweisen, daß die Einführung der kostenlosen Schulbücher, so sehr sie auch manchmal kritisiert worden ist, doch eine Chancengerechtigkeit für viele Kinder gebracht hat. Damit wurde aber auch eine breite Öffnung des Schulsystems vieler Bevölkerungsschichten geschaffen. Bei uns in der Steiermark unterrichten an 1200 Schulen rund 17.000 Lehrer, eine wirklich sehr große Zahl, und ich habe bereits im Rahmen der letzten Budgetdebatte beim Kapitel Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft darauf hingewiesen, daß die bestmögliche Ausbildung unserer Schüler gerade gut genug ist. Ich habe aber auch darauf hingewiesen, mit welchem großem Einsatz,

und ich bitte, das auch einmal sagen zu dürfen, mit wieviel Fleiß, Engagement und auch mit neuen Ideen die Lehrer arbeiten. Und gerade diejenigen Damen und Herren, die sich auch in den Ferien immer wieder die Zeit nehmen, bei der Eröffnung der Pädagogischen Wochen zu sein, sehen, wie viele auch freiwillig sich einer Fortbildung widmen, und das kann man auch nicht hoch genug anrechnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das positive Wirken an einer Schule hängt aber auch vom Schulklima ab. Sehr wenige reden vom Schulklima. Schulklima machen Lehrer, machen Schüler, machen Eltern, machen aber auch die Mitarbeiter. Und ich glaube, daß wir dieser Komponente auch in Zukunft ein großes Augenmerk zuwenden müssen.

Ein zweites Problem, das mich immer wieder eigentlich sehr stark berührt: Wir haben im Schulbau in der Steiermark wirklich Großartiges geleistet. Wo immer wir hinschauen, auch in kleineren und größeren Orten, sind die Schulen bestens ausgestattet, und ich muß sagen, daß wir bei einem aufpassen müssen, daß wir bei der Qualität der Schule auch auf die Ausstattung mit Lehrmitteln achten müssen. Während bei den Bundesschulen der Bund den Sachaufwand bezahlt, sind kleinere Gemeinden oft nicht mehr in der Lage – und ich habe das im Vorjahr bei der Einführung des Unterrichts in die EDV gesehen –, diese Geräte echt anzuschaffen. Ich glaube also, daß wir beim Begriff Qualität der Schule uns in der Finanzierung neue Gedanken machen müssen.

Ein weiteres Anliegen ist auch, daß wir in Zukunft uns auch sehr den nichtdeutschsprachigen Kindern widmen müssen. Ich habe vor kurzem in Wien mit dem Präsidenten Matzenauer gesprochen – der Herr Präsident Dr. Schilcher hat ja auch engen Kontakt mit ihm. Wir haben in Wien bereits 22.000 Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache. Und ich glaube auch, daß bei uns in der Steiermark das Problem in zunehmendem Maße kommen wird und wir in pädagogischer Hinsicht, vor allem aber auch in der Lehrerfortbildung, uns sicher etwas einfallen lassen müssen. Wir haben bereits – und das hat uns die Frau Kollegin Pußwald geschildert – zwei neue Formen, die Realschule, die also sehr ausführlich von ihr dargestellt wurde, das Schulmodell, das wir in den Vordergrund stellen, ist die neue Mittelschule. Sie wird seit einigen Jahren in Wien erprobt und ist eine gemeinsame Schulform aller zehnbis vierzehnjährigen und wird an Hauptschulen und AHS-Standorten durchgeführt. Voraussetzung für diesen Schulversuch ist ein Schulverbund, bei dem Hauptschule und die Gymnasialunterstufe eine Schulleihe eingehen. Im Jahre 1991 werden in der Steiermark bereits an vier steirischen Hauptschulen, und zwar in Graz-Andritz, in Andrä, Pischelsdorf und Graz-Puntigam, Schulversuche zum Projekt neue Mittelschule begonnen. Bei diesem Schulversuch können Schulräume gemeinsam genutzt werden, und an den Schulversuchen unterrichten sowohl Hauptschul- und AHS-Lehrer. Ich finde das für sehr wichtig und eine gute Form, und ich habe mir das in Wien angesehen. Es ist auch eine Form, die von den Eltern und Schülern sehr gerne angenommen wird.

Ein Problem haben wir in der Steiermark auch, das ist das Problem der stellenlosen Lehrer. Wir sind also das Bundesland mit dem höchsten Anteil. Ich weiß

schon, wir haben in der letzten Landesschulratssitzung darüber gesprochen, daß die Zahlen nicht ganz echt sind, weil verschiedene nicht antreten, aber ich glaube, das Problem könnte teilweise mit Zweitlehreranstellungen gelöst werden. Vor allem haben wir bereits auch mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth gesprochen. Es ist ja nicht einzusehen, in Wien sind die Leiter ab der 5. Klasse freigestellt seit den zwanziger Jahren schon, und wir haben jetzt das Jahr 1990, und in der Steiermark geschieht auf diesem Gebiet eigentlich nichts. Es müßte hier eine Gleichstellung kommen, und ich habe mir ausgerechnet – Hofrat Dr. Urabic wird mir das bestätigen –, daß hier rund 200 Lehrer sofort angestellt werden könnten, wenn wir langsam auch in einem Stufenplan vielleicht einmal acht Klassen, sieben, sechs und fünf Klassen die Leiter freistellen. Ich sehe nicht ein, daß das in Wien seit über 50 Jahren der Fall ist und in der Steiermark nicht. Wir würden damit pädagogisch für die Schule etwas erreichen, aber auch gleichzeitig den stellenlosen Lehrern eine Chance geben. Ich weiß, daß hier im Steiermärkischen Landesschulrat schon einige Initiativen gesetzt wurden, und bitte nur, das auch weiter durchzuführen.

Ein weiteres Problem liegt auch in den Schülerzahlen. Wir haben in der Steiermark eine große Initiative bezüglich der Herabsetzung der Schülerzahlen gehabt. Ich bin persönlich der Ansicht, daß die Herabsetzung auf 20 unbedingt notwendig wäre, und bitte auch in dieser Hinsicht, weiter initiativ zu sein, denn wir haben immer wieder Probleme zu Schulbeginn, daß Klassen mit 30 oder 29 Schülern sind und Eltern es ganz einfach nicht einsehen, auf der einen Seite sind stellenlose Lehrer, auf der anderen Seite werden Klassen mit 30 Kindern geführt. Das ist also ein Zustand, den wir unbedingt abschaffen müssen!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, daß diese Probleme unbedingt in nächster Zeit einer Lösung zukommen sollen. Gestatten Sie mir, noch zwei kleine kurze Anmerkungen in bezug auf unsere Universitäten zu machen: Wir alle wissen, daß es ohne den Ausbau von Wissenschaft und Forschung, in ihrer Institution mit Modernisierung Österreichs nicht gelingen kann, und ich glaube, das Prinzip ist auch damals bei der Gründung des Wissenschaftsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Pate gestanden. Heute, sehr geehrte Damen und Herren, sind die Universitäten für alle zugänglich. Wir begrüßen das, aber die Studienbedingungen sind noch längst nicht so, wie wir sie uns wünschen. Vor allem ist es wichtig, finanzielle Anstrengungen zu machen, daß weitere Mittel, vor allem in personeller und räumlicher Hinsicht, zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen der Diskussion, die wir in der vorigen Woche durchgeführt haben, des Wissenschaftsberichtes, habe ich bereits festgestellt, daß wir derzeit rund 180.000 Studenten an unseren Universitäten haben und ein Ansteigen in den nächsten Jahren bis zum Jahre 1995 nur mehr auf 183.600 stattfinden wird. Ein vorrangiges Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vor allem ist es weiterhin, daß wir im Wissenschaftsbereich die Betreuungsintensität unbedingt erhöhen müssen. Ich möchte also unterstreichen, wir brauchen in dieser Beziehung mehr Mittel. Und wir waren erst vor kurzem, Herr Landeshauptmann, bei der Feier „150 Jahre Universität Leoben“ und haben

dort gesehen, wie in einem breiten Feld hier gearbeitet und was geleistet wird an einer relativ kleinen Universität.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun habe ich kurz noch zwei Anliegen. Das erste ist ein etwas unangenehmes. Sie alle haben wahrscheinlich in den steirischen Tageszeitungen, vor allem in einer steirischen Tageszeitung, den Artikel mit der Überschrift „Ohrensausen nach Ministerentscheid für neuen HNO-Chef“ gelesen. Ich zitiere wörtlich: „Sturmböe braust Unmut durch die Grazer Klinik für Hals, Nasen und Ohren“. Die Berufung des neuen Chefs steht an. Jetzt geht es darum, daß eine erste Gruppe scharf gegen Wissenschaftsminister Busek schießt, weil er den Drittgereihten für diese Position vorziehen will. Konkret werfen die neuen HNO-Assistenten dem Minister vor, daß er sich nicht an die Entscheidung der Berufungskommission der Medizinischen Fakultät hält, denn diese reihte einen deutschen Mediziner an die erste Stelle, den zweiten Platz belegte Prof. Heinz Stammler aus Graz, und erst danach rangierte Prof. Michael Moser, der derzeit interimistisch die Klinik leitet. Minister Busek wandte sich also nicht an den Erstgereihten, sondern an Dr. Moser, und dagegen protestieren nun diese Assistenten mit einem Schreiben. Ich darf ganz kurz zitieren: „Mit Betroffenheit und Bestürzung haben wir heute erfahren, daß für die Neubesetzung des Grazer HNO-Lehrstuhls mit Herrn Prof. Dr. Moser Berufungsverhandlungen begonnen worden seien und somit alle drei anderen gereihten Kandidaten nicht berücksichtigt worden waren.“ Es geht dann weiter und endet damit, daß die Assistenten, die unterschrieben haben, hier den Herrn Bundesminister auffordern, sich noch einmal mit dieser Angelegenheit zu befassen und den Entscheid der Berufungskommission der Grazer Medizinischen Fakultät zur Kenntnis nehmen. Ich würde den Herrn Minister bitten, das unbedingt noch ins Auge zu fassen, denn die Assistenten führen auch an, daß hier gewisse Grundsätze, die er selber aufgestellt hat, von ihm mißachtet wurden.

Und nun zum Schluß ganz kurz über die Montanuniversität Leoben. Ich darf sehr herzlich auch dem Herrn Hofrat Dr. Piffl danken. Er ist einer derjenigen Beamten, die stets bei allen Veranstaltungen der Montanuniversität anwesend sind. Ich halte das für sehr wichtig, weil damit dokumentiert wird, daß man der Universität außerhalb von Graz von beamteter Seite großes Augenmerk zuwendet. Die Montanuniversität – ich habe bereits betont, auch der Herr Landesrat Tschernitz war ja bei dieser Veranstaltung anwesend, die über eine Woche gedauert hat – feierte das 150jährige Jubiläum, Kollege Kollmann war selbstverständlich auch da, und die Montanuniversität ist ja – wie Sie wissen – die kleinste Universität, die noch dazu nicht in der Landeshauptstadt liegt. Sie befindet sich also in einem Bundesland, und darauf sind wir stolz, das mit Ausnahme von Wien die höchste Dichte an universitären Ausbildungsstätten hat. Das wird oft viel zu wenig in unserer steirischen Heimat beachtet. Nicht nur die Ausbaupläne der Montanuniversität haben sich an dieser Tatsache zu orientieren, sondern die Montanuniversität bedarf – hier ersuche ich die Steiermärkische Landesregierung weiterhin ganz besonders – wie bei einer Mutter auch das kleinste Kind der größten Obhut bedarf, aus diesem Grund auch der erhöhten

Aufmerksamkeit durch den Bund, und vor allem auch wie in der Vergangenheit muß ich feststellen, auch durch das Land Steiermark. Der Herr Landeshauptmann hat dort auch im Rahmen dieser Feierlichkeiten Zusagen gemacht. Es freut mich, daß diese Beachtung gefunden wurde. Die heute von der Öffentlichkeit und der Bundesregierung geforderte Öffnung der Universitäten hat die Montanuniversität – das möchte ich betonen – vorbildlich vorgelebt. Trotz hoher Affinität zum industriellen Umfeld mit entsprechender Praxisbezogenheit war die Offenheit der Montanuniversität nie Anpassung oder Angliederung. Herr Hofrat Dr. Piffl wird das bestätigen, die Montanuniversität war die erste, die die Aula sofort der Stadt Leoben auch für Konzerte zur Verfügung gestellt hat und damit die sogenannte Schwellenangst überwunden hat und die Universität damit wirklich auch zur Stadt richtig dazugehört. Besonders erfreulich, das möchte ich heute schon sagen, ist die ausgezeichnete Platzierung der Montanuniversität bei den Studentenbefragungen. Der Herr Präsident Dr. Schilcher hat es das letzte Mal bereits angerissen. Ich habe inzwischen nachgeschaut. Nicht nur unter den österreichischen Universitäten, auch in einer Rangliste unter Einbeziehung aller österreichischen Universitäten und der Universitäten der Bundesrepublik nimmt die Montanuniversität den Platz ein. Eine Studentin hat folgendes in einem Interview gesagt, bitte das nicht als abwertend zu betrachten. Sie hat gesagt: „In Leoben, an der Hochschule, bei uns bist ein Mensch, in Graz bist eine Nummer, und in Wien bist gar nichts.“ Also mit drei Worten hat sie das ausgerichtet, was hier vielleicht doch auch zu dieser Platzierung geführt hat.

Ich komme schon zum Schluß. Für die Montanuniversität ist die Ausgangsposition für das nächste Jahrzehnt eine gute. Auch die derzeitigen Bestrebungen der Universitäten, daß man sie stärker internationalisiert, kommen an der Montanuniversität ganz stark zum Vorschein. Alle, die bei dieser Festlichkeit waren und auch bei den verschiedenen Feiern dabei sind, merken diese Internationalität, die diese Universität hat, wie viele ausländische Wissenschaftler immer anwesend sind, nicht nur aus dem Osten sondern auch aus dem Westen. Ich glaube, daß hier diese Universität Vorbildcharakter hat. Bei einer Integration in den EG-Raum bedeutet die freie Wahl – das ist etwas ganz Wichtiges meiner Ansicht nach – des Berufsortes für die Absolventen der Leobner Montanuniversität zusätzliche Berufschancen, aber auch eine verstärkte Konkurrenz in der Ausbildung. In der Forschung, die sehr wichtig ist, ist diese Notwendigkeit, sich verstärkt und forciert an EG-Forschungsprogrammen zu beteiligen, unbedingt notwendig.

Ich möchte zum Schluß sagen, was der Rektor in seiner Laudatio gesagt hat. Er sagte folgendes: „Wer das Ziel kennt, kann entscheiden. Wer entscheidet, findet Ruhe. Wer Ruhe findet, ist sicher. Wer sicher ist, kann überlegen, und wer überlegt, kann verbessern.“ Die Montanuniversität hat noch immer ihre Stärke unter Beweis gestellt, wenn sie gefordert wurde. Daher ist eine einzige Prognose berechtigt: Sie wird auch in Zukunft ihre Probleme meistern. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger (22.25 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich kehre wieder zurück in niedliche und kleine Bereiche. Ich fühle mich fast veranlaßt zu sagen, wenn ich den Bereich Kindergarten thematisch versuche zu durchleuchten, vor Gott muß man knien, weil er groß ist, vor einem Kind soll man knien, weil es klein ist. So möchte ich das gesehen haben.

Meine Damen und Herren! Es hat der Abgeordnetenkollege und Bürgermeister Günther Ofner in seiner Eigenschaft als Bürgermeister dieses Thema behandelt. Ich darf kurz bemerken, ich mache das auch als Bürgermeister, aber mit dem Zusatzvermerk auch als sechsfacher Großvater. Aber nicht zu glauben, daß ich mich da schwerpunktmäßig den Tanten gewidmet habe, sondern ich habe versucht, den pädagogischen Weg meiner Enkelkinder, zu verfolgen. Ich darf in Summe sagen, meine Damen und Herren: Gott sei Dank, daß mit dem Jahre 1974 das Kindergartenwesen durch dieses Kindergartenförderungsgesetz in dem Sinne vorwärts gebracht wurde. Und daß, meine lieben Freunde von der sozialistischen Reichshälfte, Sie waren ja anno dazumal, obgleich Sie heute mehr und mehr Geld begehren, für die sogenannte Nulltarifmentalität. Wenn man das aufrechterhalten hätte, dann würden wahrscheinlich den Gemeinden unzählige Beträge für den Erhalt beziehungsweise für die Fortführung der Kindergärten überhaupt fehlen. Wir haben – dies möchte ich sehr deutlich bemerken – im Kindergartenjahr 1990/91, so möchte ich es formulieren, Ausgaben von 196,200.000 Schilling. Zu Beginn dieser Einrichtung, also vor 1974, waren das minimalste Ansätze im Landesbudget. Wir haben 1974 insgesamt 184 Kindergärten mit 29.255 Kindern gehabt. In den Saisonkindergärten führen wir gegenwärtig 644 Kinder, und vor allem im ländlichen Bereich war damals der sogenannte Erntekindergarten eine sehr wichtige Einrichtung für die Landfrau, in dieser Zeit der schwerpunktmäßigen Arbeit sie freizubekommen, sie zu entlasten und die Kinder irgendwo pädagogisch geführt unterzubringen.

Meine Damen und Herren, was die Gruppengrößen anbelangt – und darum geht es ja in diesem neuen Kindergarten- und Hortgesetz –, haben wir eine sehr deutliche Aufzeichnung. In insgesamt 579 Kindergarten- und Hortgruppen haben wir – dies sind beinahe 60 Prozent – eine Kinderzahl unter 26, 365 Gruppen werden geführt mit – zirka 38 Prozent – 26 bis 30 Kindern, 22 Gruppen – mit dem Stand 1990, ungefähr 2,3 Prozent – sind mit über 30 Kindern belastet. Ich sage ausdrücklich belastet, weil das über Gebühr viel ist. Wenn wir aber die Entwicklung weiter verfolgen, so werden wir feststellen, meine Damen und Herren, daß auf Grund dessen, daß man heute in der Zeit nicht mehr gern ja zum Kind sagt, daß nach wie vor nicht nur im Bereich der Pflichtschulen, sondern auch in diesem Bereich des Kindergartens weiter eine Abnahme sein wird. Ich habe vor mehreren Jahren einen zweigruppigen Kindergarten in meiner Gemeinde eingerichtet. Damals hatten wir einen Stand pro Gruppe von über 30, heute bin ich bei einem Stand eine Spur über 20 Kindern. Ich glaube, das regelt sich selbst, aber damit,

meine Damen und Herren, regelt sich auch für den Bürgermeister eines, aber leider nicht positiv, sondern negativ, daß er auf der Einnahmenseite eben in dem Sinne Ader lassen muß. Das Land Steiermark, und das muß auch einmal bemerkt werden, weil schier oft so getan wird, als sei im Laufe dieser Zeit nichts geschehen, und hier war es überwiegend Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth, hat in diesem Zeitraum von 1974 bis heute – ich gehe nämlich auch von diesem Kindergartenförderungsgesetz 1974 aus – 275,733.000 Schilling allein an Baukostenbeitrag erbracht. Aber ich möchte auch den lieben Bürgermeisterkollegen, die hier im Landtag sind, ich glaube richtig gezählt zu haben, es sind fünf, herzlichst danken, denn wenn das der Drittelbeitrag war, so haben die Bürgermeister selbst zusätzlich noch zwei Drittel gesamtsteirisch aufgebracht. Wahrlich eine große Leistung!

An Personalförderung wurden auch in dem Zeitraum 1974 bis 1990 1.368,785.000 Schilling ausgegeben, an Beihilfen an die Eltern auch in diesem Zeitraum 608,018.000 Schilling. Für Bauvorhaben, Personal und Beihilfen an die Eltern ist das die beträchtliche Summe von 2.250,337.000 Schilling.

Und nunmehr, meine Damen und Herren, stehen wir wieder vor der Situation, in einem neuen Kindergarten-gesetz die Zahl in der Gruppe zu reduzieren, das würde unter Umständen verschiedentlich, wo ein großer Zulauf zum Kindergarten ist, neue Baumaßnahmen erfordern, Zubauten und ähnliches mehr, die wieder mit Kosten verbunden sind. Wenn wir auch noch eines berücksichtigen: daß auf Grund der Ausbildung der Kindergärtnerinnen wahrscheinlich dieses K-Schema überholt sein wird und das B-Schema kommt. Ich sage, das wird wieder eine Differenz im Gehalt geben, und das ist die Rätselfrage, wer das dann in dem Sinne tragen wird. Sie kennen ja die Entscheidung, die da lautet: Erste Kindergärtnerin zu 100 Prozent das Land, zweite zu 50 Prozent, so läuft das.

Ich möchte kurz vielleicht darauf hinweisen, meine Damen und Herren: Wir, die Gemeinden, sind uns sehr bewußt, daß diese Ausbildung der Kleinsten nicht Ausbildung, sondern Einführung, überhaupt wenn sie aus einer Einkindfamilie stammen, daß dort diese Kinder, und zwar schon sehr früh, an die Gemeinschaft und an die soziale Haltung gewöhnt werden, um sich später leichter zu tun. Wir würden es sehr begrüßen, und die ÖVP hat einen Antrag eingebracht, und darf ich Sie alle, meine lieben Damen und Herren hier im Hohen Haus, ersuchen, uns dahin gehend zu unterstützen, denn das größte Problem ist nicht der Überbelag im ländlichen Bereich, in den Kindergärten, sondern der schwache, der Minderbelag, und zwar warum? Auf Grund der gegebenen Streusiedlung, wo es die größte Schwierigkeit darstellt, die Kinder in den Kindergärten zu bringen und die dann wieder heimzubringen. Und hier müßte es möglich sein, und das wird mir jeder Bürgermeister bestätigen, daß unzählige Busse im sogenannten Schülergelegenheitsverkehr halbleer durch die Gegend fahren, es müßte möglich sein, daß man hier aufstockt und die kleinen Putzerln hinein-nimmt, denn der Fahrer ist dafür verantwortlich. Man würde da der Sache einen guten Dienst leisten. Das ist meine Meinung. Darf ich auch um Ihre Unterstützung bitten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Im übrigen, meine Damen und Herren, glaube ich es zu errahnen, daß auch für die Kleinsten in unseren Bereichen draußen diese Entwicklung im Kindergarten als eine sehr wertvolle Einrichtung angesehen wird, und wir dürfen stolz sein, daß mit Hilfe des Landes Steiermark und unter Einsatz hoher Budgetmittel der Gemeinden diese Einrichtung nicht nur zum Tragen kommt, sondern daß sie auch wunderbar und richtungsweisend ausgebaut wurde. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.36 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (22.36 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Beim Schülergelegenheitsverkehr kenne ich mich nicht so gut aus, sondern ich möchte, weil der Herr Professor Dr. Schilcher das letzte Mal bei der Diskussion der dringlichen Anfrage, als der Kollege Tram-pusch die Geschichte da an der HNO-Klinik in Graz angeschnitten hat, nachgefragt hat, was denn da alles so schwierig ist, und was denn Übles im Geschehen sei, wir die Geschichte wohl im Detail kennen. Sollte das allerdings nicht der Fall sein, dann würde ich gerne noch einmal in zwei Sätzen wiederholen wollen, daß es doch tatsächlich ein Fehler wäre, wenn in dieser Situation, wo wir alle mit unerhörter Überzeugung, und zwar auch besonders diejenigen, die in der Hochschulpolitik einmal tätig waren, wie der Herr Prof. Dr. Schilcher, der für die Autonomie der Hochschulen eintritt, und das war ja auch der Fall bei der Diskussion des Wirtschaftsberichtes hier in diesem Hause vor einer guten Woche, wenn wir zuschauen würden, wie der Bundesminister hier wirklich mit jemandem Verhandlungen aufnimmt, der bei dem ganzen Auswahlverfahren tatsächlich ganz hinten aufgetaucht ist, gerade noch in der Liste im Vorschlag aufscheint, nämlich als Zweiter, ex equo allerdings am dritten Platz. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Den gibt es nicht, es gibt nur einen zweiten Platz!“) Ja, paradoxerweise ist das so. Sie werden Zugang zu denselben Materialien haben wie ich. Und Sie werden sie daher ebensowenig in der Hand haben wie ich. Aber Sie werden dort nachlesen können bei den Materialien, die Sie auch nicht in der Hand haben, daß das paradoxerweise so geht. Wenn es an dritter Stelle nur einen gäbe, dann wäre derjenige, mit dem der Herr Bundesminister in der Zwischenzeit Verhandlungen aufgenommen hat, überhaupt nicht drauf. Und ich glaube, das soll man nicht so wegstecken, und Sie wissen auch ganz genau, daß die einzigen, die den befürworten, mit dem nun verhandelt wird, die Studenten sind, aber wirklich die einzigen. Ganz sicher nicht alle Ärzte, die dort tätig sind. Und Sie kennen wahrscheinlich die Abstimmungsprotokolle genauso wie ich, und da sollten wir uns wehren. Da sollten wir uns wirklich wehren, weil ich würde es nämlich für falsch halten, wenn wir auf der einen Seite von Autonomie reden und auf der anderen Seite stillschweigend zuschauen, wenn diese Autonomie umgangen wird, nur weil es ganz einfach halt in die Farbe hineinpaßt. Das kann heute Ihnen so passieren und morgen Ihnen so passieren. (Unverständlich Zwischenruf.) Da drängt sich allerdings das Gegenteil auf.

Die Problematik ist, daß es auch Österreicher gibt, die weit vorne gereiht sind. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Kein einziger!“) Und ich glaube, das sollte man nicht so ganz einfach wegstecken. Und Sie wissen auch ganz genau, daß die Berufungskommission einen anderen Österreicher ausführlich beschrieben, vorge schlagen und begründet hat. Das nur dazu.

Ich kann es Ihnen nachher zeigen, wenn Sie wollen. Ich kann es Ihnen vorlesen, wie sie ihn beschrieben haben. Aber lassen wir das einmal. Das wollte ich vorweg dazu sagen, weil das auch zur Frage der Autonomie der steirischen Hochschulen gehört, und es gefällt mir, besonders darauf hinzuweisen, weil ja besonders so stark das Steirische in Wien herausgestrichen wird, da sollten wir uns als Steirer, Herr Professor Dr. Schilcher, auf die Hinterfüße stellen, wenn die Wiener in eine steirische Universität eingreifen.

Ich will mich jetzt nicht so sehr, was ich eigentlich vorgehabt habe, es ist wirklich schon 22.45 Uhr, mit diesen ganzen Objektivierungsmodellen beschäftigen, die in den letzten Wochen in Diskussion gezogen worden sind. Ich glaube, wir werden Gelegenheit haben, das ausführlich und vielleicht zu einem günstigeren Zeitpunkt zu tun. Ich muß nur sagen, was mich an dieser ganzen Geschichte irgendwie irritiert, ist der Vorschlag einer sehr starken Dezentralisierung des Schulwesens, der besonders vom Präsidenten des Landesschulrates kommt. Ich glaube, und auch dieser Vorstoß, den Proporz dadurch abzuschaffen, indem man in Wien im Parlament über irgendwas verhandelt, ist ja nicht das Wesentliche. Da gefällt mir auch sehr gut das, was der Herr Prof. Brünner anlässlich dieser Pressekonferenz während der letzten Landtagsitzung gesagt hat: Ihm wäre eigentlich daran gelegen, auch gleich unter der jetzigen Gesetzessituation etwas Vernünftiges zu machen. Ich habe mir ein bißchen angeschaut, wer eigentlich in der Steiermark diese Schulpolitik macht und wer die entscheidenden Persönlichkeiten sind. Ich bin auf etwas Interessantes gestoßen, und vielleicht ist auch das ein Ansatzpunkt. Ein Ansatzpunkt, der in dieser Form, in diesem Hause, noch nie diskutiert worden ist. Abgesehen von der heutigen Debatte, die ich ja niemandem vorwerfen will, machen sowohl bei den Pflichtschulen als auch bei den Mittelschulen die Schulpolitik ausschließlich die Direktoren. Ich habe mir das jetzt nur einmal für die höheren Schulen herausgeschrieben. Und da ist eine Verflechtung, der man eigentlich nachgehen sollte. Jetzt gehen wir einmal davon aus, daß die ÖVP etwa in der Steiermark den entscheidenden Einfluß im Bereiche der Schulpolitik hat. Tue ich das, was proporzmäßig aufgeteilt ist zwischen Ihnen und mir, wir haben uns ja Gott sei Dank schon lange nicht mehr daran beteiligt, weg, dann sage ich, hat die ÖVP an sich das entscheidende Wort. In den höheren Schulen ist das etwa die österreichische Professorenunion, die setzt sich zusammen aus dem ÖAAB, aus dem Verein Christlicher Gewerkschafter und aus dem an sich weniger wesentlich und relevanten Verein christlicher Lehrer. Wenn ich mir jetzt die Chefs dieser Organisationen anschau, dann ist der Chef des ÖAAB ein aktiver Direktor, der Chef des Vereines Christlicher Gewerkschafter ist auch ein aktiver Direktor, und der Chef der dritten Organisation, die allerdings wirklich nicht übermäßig relevant ist, ist ein Pensionist. Der

Chef des Fachausschusses, der logischerweise auch offiziell bei der Direktorenbestellung mitreden soll, auch nach Ihrem Modell, wenn ich das richtig gesehen habe, einen noch viel stärkeren Einfluß bekommen soll, ist ein aktiver Direktor. Wie ich mir sagen habe lassen, ich nehme an, daß es stimmt, ist das von allen neun Bundesländern nur in der Steiermark der Fall, daß der Chef des Fachausschusses ein aktiver Direktor ist. Außerdem, wenn man die ganzen Personalvertretungsbereiche dann hinunter verfolgt, findet man überall Direktoren, die gleichzeitig quasi die Dienstgeber- und die Dienstnehmerfunktion ausüben. Das ist ganz sicher eine Fehlentwicklung. Eine Fehlentwicklung, von der ich mir habe sagen lassen, daß sie nur in der Steiermark so demonstrativ und so deutlich ist, daß in den anderen Bundesländern schon deutlich durchbrochen worden ist.

Ich glaube, daß es falsch ist, wenn die gesamte Schulpolitik von allen Ebenen her nur von Direktoren gemacht wird. Da mögen mir die Herren Direktoren, die hier gesprochen haben und die im Hause sitzen, verzeihen. Tatsache ist, daß sie – glaube ich – eine völlig verfälschte Sicht der Dinge bekommen müssen. Ich weiß jetzt schon, daß die Situation so ist, daß du jemanden, der sich für dich politisch einsetzt, nur dadurch einsetzen kannst, indem du ihn zum Direktor machst und ihm dadurch ein bißchen Spielraum gibst. Das gebe ich schon zu, daß das die jetzige Situation ist. An sich ist das eine Fehlentwicklung, die bei den Pflichtschulen nicht sonderlich anders ist. Ich glaube, daß man die Modelle, die jetzt am Tisch liegen – und es ist gut, daß an sich die Diskussion in Gang gekommen ist –, in Ruhe diskutieren sollte, nicht nur öffentlich diskutieren sollte. Ich würde daher gar nicht so sehr in die Details eingehen. Ich würde nur folgendes anmerken: Ich begrüße mit großer Freude die Vorschläge, die auch von beiden Seiten in Richtung Direktor auf Zeit kommen. Wird auch von unseren Lehrern voll getragen, weil das ganz einfach eine andere Situation ist. Es gibt nur ein Problem, über das wir uns in dem Zusammenhang unterhalten müssen: Wie schaffen wir die Situation so, daß die Wiedereingliederung eines Direktors, der ausgelaufen ist, ohne Problematik erfolgt? Aber auch das muß ja in Wahrheit machbar sein.

Und eine zweite Anmerkung möchte ich machen: Ich halte an sich offengestanden nichts von reinen Wahlmodellen, weil wir ja ohnehin – verzeihen Sie mir diese kritische Anmerkung – überhaupt mehr einem quantitativen denn einem qualitativen Demokratiebegriff in allen Bereichen zusteuern. Und ich halte es für sehr gefährlich, wenn insbesondere im Bildungsbereich wir dieses Zusteuern zum quantitativen Demokratiebegriff noch unterstreichen sollten. Wer glaubt, daß nur durch Wahl sich auch eine qualitative Reihung ergibt, ist entweder ein Zyniker oder ein Träumer. Ich nehme an, daß diejenigen, die das vorgeschlagen haben, beides nicht sind oder nicht sein wollen. Was wir tun müssen, ist, ein System zu schaffen, bei dem für mich die qualitative Komponente stärker betont werden soll als in den bis jetzt am Tisch liegenden Modellen. Aber das wird im Detail noch diskutierbar sein.

Im Endeffekt – und damit will ich schon schließen, weil es wirklich 22.45 Uhr ist – sind wir froh, daß etwas in Gang gekommen ist, lange genug hat es gedauert.

Die einen haben früher zu drängen begonnen, die anderen haben länger gebraucht. Verständlicherweise, weil sie im System zu sehr verfangen waren. Es ist jetzt etwas in Gang gekommen, und wir sollten alle darauf achten, daß dieser Bewegungsprozeß nicht in der Diskussion steckenbleibt, wenn die Wahl vorbei ist, sondern auch zu endgültigen Ergebnissen führt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 22.45 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (22.45 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich kann eigentlich unmittelbar anschließen an die Worte meines Vorredners: auch ich bin froh, daß Dinge in Bewegung geraten sind. Ich habe allerdings dabei ein lachendes und ein weinendes Auge. Das lachende, es ist sehr viel mehr geschehen in diesen letzten zwei Jahren an Demokratisierung, an Qualitätsverbesserung, an neuen Ideen. Es ist allerdings durch die öffentliche Diskussion auch eine Note der Aggressivität hineingekommen und – wie soll ich sagen – des Mißvergnügens bei manchen. Das stört mich. Denn ich sage hier ganz offen, ohne Konsens gibt es keine Schulpolitik. Das ist schon von der Verfassung her nicht möglich. Wir sind auf zwei Drittel angewiesen. Ich kann daher eine sinnvolle Schulpolitik nur vertreten, wenn wir sie auf Konsensbasis machen. Ich bitte daher hier, ich nehme die Gelegenheit wahr, alle Beteiligten, diese Konsenslinie nicht zu verlassen. Und zwar aus einem einfachen Grund: Wir brauchen für die Schüler, für die Eltern, für die Lehrer einen Betrieb der relativen Ruhe bei aller Bewegung, die vom Inneren her kommt. Ich war jetzt die letzten eineinhalb Jahre in rund 150 Schulen, und ich sage Ihnen, dort herrscht ungeheure Bewegung. Wenn Sie in eine Volksschule kommen – Ussar kann das bestätigen –, gibt es kaum eine Schule, wo nicht irgendeine Neuerung ausprobiert wird, wo nicht mit den Kindern eine bessere, individuellere Betreuung ausprobiert wird, wo Integrationsmodelle ausprobiert werden. Seien es jetzt Behinderte, seien es Ausländer, wir haben für Ausländer acht Lehrer – Deutsch für Ausländer –, die ein völlig neues Modell auch mit kleinen Kindern durchführen, was sehr, sehr schwierig ist. Sie müssen sich vorstellen, plötzlich, in irgendeinem Ort, stehen 20 Familien da, die müssen beschult werden. Darunter sind zwei Kurden, ein Türke, drei Leute aus Rumänien, und dafür müssen wir jetzt sofort Lehrer bereitstellen, die Deutsch für Ausländer in so heterogenen Gruppen zusammenbringen. Also ein wirklich schwieriges Problem, aber die Lehrer sind äußerst idealistisch, machen das, obwohl unter Umständen der Erfolg gering ist. Denn wenn die gerade ein bißchen Deutsch können, zieht die Familie schon wieder weiter, mitten unter der Schule hat er möglicherweise drei, vier Wechsel. Das heißt, von der Volksschule angefangen über die Hauptschule haben wir in aller Regel höchst engagierte Lehrer, sehr, sehr gute Bedingungen.

Da möchte ich etwas ergänzen, was Ussar gesagt hat: Nicht nur der Bund hat wirklich ausgezeichnete Schulen gebaut, sondern bitte auch das Land und die Gemeinden. Ich war erst gestern in der Gemeinde Judenburg, bitte ein Budget von etwa 165 Millionen

Schilling, renoviert seine zwei Volksschulen um 57 Millionen Schilling, wovon das Land ungefähr 70 Prozent dazuschießt, zahlt für die dortigen Schulzentren 16 Millionen Schilling, also 10 Prozent des Budgets, an Bundesschulen, damit sie funktionieren, macht ein neues Poly daneben und eine neue allgemeine Sonderschule. Eine Gemeinde mittlerer Kraft macht das durchaus alles.

Ich möchte mich von dieser Stelle aus beim Land bedanken für das wirklich großzügige Investitionsprogramm, aber auch bei den Gemeinde, die in einem ganz hohen Ausmaß fördern und zunehmend nicht nur die Gebäude, sondern auch die Lehrmittel, die Inhalte. Wenn eine Gemeinde, wie Puch bei Anger, zwar nicht die größten Computer zur Verfügung stellen kann im Werte von 28.000 Schilling das Stück, aber dafür entsprechend geeignete, so ist das selbst für eine wohlhabende Apfelgemeinde ein gewaltiger Investitionsstoß, das heißt, diese äußeren Bedingungen sind zum größten Teil hervorragend, leider ist es nicht in Graz so. Ich werfe das wirklich niemandem vor, nur schauen Sie sich Grazer Schulen an. Es ist 100 zu eins, ob Sie eine noch so kleine Gemeinde draußen besuchen, wo jeder Bürgermeister stolz auf seine Schule ist, oder eine der 60 Grazer Volksschulen, die zum Teil aus dem Jahr 1910 stammen und seither nicht einmal angestrichen worden sind. Sie haben also die Tatsache, daß an der Fröbelschule noch die Einschüsse des Jahres 1934 bestehen, so wie sie damals gekommen sind. Nicht einmal da ist etwas geändert worden, wahrscheinlich schon aus Gründen des Denkmalschutzes, oder was weiß ich dort. Ich will damit sagen, die äußeren Bedingungen sind zum großen Teil hervorragend. Die inneren Bedingungen müssen es auch werden. Und da brauchen wir Behutsamkeit. Und wenn es da dauernd klescht in der Öffentlichkeit, weil irgendjemand kommt und partout den Konsens stören will, der sagt, das kann ich nicht ertragen, daß da irgendjemand nicht so wie ich will und so weiter bestellt wird, dann führt das in der Schulpolitik zu einer Qualitätsverschlechterung. Ich darf Sie direkt bitten, Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, daß wir in solchen Fragen, wie einer Bestellung eines Landes Schulinspektors, bitte bei der Objektivität und bei der pädagogischen Einstellung bleiben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Er hört dir nicht zu!“) Ich weiß schon, es ist ihm vielleicht nicht ganz angenehm, wenn nämlich sämtliche Pädagogen eines Landesschulrates mit einer einzigen Ausnahme, Frau Vizepräsidentin war die einzige, die gesagt hat, ich mische mich nicht ein, die lassen wir gleich, aber sonst sämtliche sagen, der eine ist der Beste, und wenn die zuständige Sozialistische Pädagogenvereinigung, SLÖ, mit 24 zu 14 Stimmen gesagt hat, das ist der Beste, und der wird dann zitiert, und es wird ihm gesagt: „Mir ist völlig wurscht, was da pädagogisch geleistet wurde, wichtig ist, es wird Konfrontation betrieben“, und der Betreffende sagt, ich betreibe nicht Konfrontation, und er wird dann hinten angereicht, dann ist das ein ganz empfindliches Eingreifen in das hochsensible Klima in der Schule. Und ich bitte Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, solche Sachen nicht zu machen. Sie sind neu in diesen Dingen. Sie haben wahrscheinlich das alles gar nicht gewußt, die Zusammenhänge nicht gesehen. Aber ich kann mir vorstellen, wenn Sie gute Berater haben (Abg. Schützenhöfer: „Die hat er nicht!“), werden Sie

in Zukunft solche Dinge nicht mehr tun, und ich würde Ihnen auch namens der beteiligten Eltern, der Schüler und der Lehrer dankbar dafür sein, denn wir kommen nur weiter mit Konsens. Gott sei Dank sagen das 90 Prozent Ihrer Lehrer genauso wie unserer Lehrer. Ohne Konsens können wir zusperren. Ich wollte das an den Beginn stellen, weil ich glaube, daß auch die Öffentlichkeit ein Recht hat zu erfahren, was dahintersteckt. Mir wäre ja viel lieber, die Öffentlichkeit würde über diese höchst positiven Entwicklungen in der Schule berichten. Aber das ist so. Wenn Sie von Graz nach Wien fahren und keinen Unfall haben, steht das nicht in der Zeitung. Und wenn Sie einen Unfall haben, stehen Sie in der Zeitung. Bad news, good news. Und die bad news waren eben, daß es da und dort geklemmt hat, die good news konnte ich Ihnen berichten aus den vielen Schulbesuchen. Es ist zum Beispiel wirklich aufregend, wenn man, wie unlängst in Schladming, in eine Klasse von Ersten-Klassern-Hauptschule kommt, die vollkommen direkt und unbefangenen Englisch reden, weil die dort einen Native Speaker haben, den der Elternverein zahlt, eine Amerikanerin, die zufällig zehn Jahre in Frankreich war und daher sowohl für die Französisch-Klasse als auch für die Englisch-Klasse auftreten kann und dort eine Art der Kommunikation dieser Elfjährigen zusammenbringt, die eben nur mit Native Speakers möglich ist.

Nicht nur in Schladming, aber besonders dort, weil dort eben der Fremdenverkehr eine große Rolle spielt. Das sind enorme Fortschritte. Ich mit 18 Jahren habe mich nicht so unbefangenen Englisch reden getraut am Ende wie diese Elfjährigen, die täglich ununterbrochen Englisch und Französisch reden. Und da sollten wir ansetzen. Da gibt es nämlich wahnsinnig positive Ansätze. Und weil auch das Problem der Direktoren als Vertreter gekommen ist. Das war das erste, was mir aufgefallen ist. Ich habe dann erst unlängst bei der letzten Personalvertretungsversammlung der AHS-Lehrer gefragt, wieso das so ist. Und da wurden mir zwei Antworten gegeben. Erste Antwort: Alle sind gewählt, das heißt, es sind demokratische Wahlen, sämtliche AHS-Lehrer nehmen teil und haben diese Direktoren gewählt, und zweitens sagen sie, niemand zahlt uns Personalvertreter auch nur das geringste an Infrastruktur. Wir bekommen kein Telefon bezahlt, keine Briefmarken, gar nichts. Der einzige, der es sich leisten kann, hier Personalvertretung zu betreiben, ist der Direktor. Also, es ist eine ganz simple pragmatische Erklärung in dem Ausmaß, indem Land oder wer immer sich bereiterklärt, sehr, sehr viel Geld in diese Personalvertretung zu zahlen, würden wahrscheinlich auch andere können. Das ist die einfache Wahrheit, und die muß ich zur Kenntnis nehmen. (Abg. Mag. Rader: „Ein hohes Maß an Unvereinbarkeit!“) Nein, das haben sie mir auch erklärt. Der Fachausschufvorsitzende redet ausschließlich in der Ebene des Fachausschusses. Und er ist ja nur an seiner Schule Dienstgeber. Er ist überregional gesehen nie Dienstgeber. An der Schule selber sind sie es auch nicht. Es gibt ja in der Regel kaum einen dieser Direktoren, der an seiner Schule Dienststellenvorsitzender ist, das ist meistens ein anderer. Ich gebe schon zu, es ist alles nicht unproblematisch. Aber wenn Sie die Hintergründe kennen, werden Sie verstehen, daß die Lehrer selber sich diese Vertreter wünschen.

Darf ich aber auf ein anderes von Ihnen angeschnittenes Problem kommen: HNO-Besetzung. Ich sage Ihnen das aus meiner langen Erfahrung an der Universität. Daß man den Dritten nimmt und nicht den Ersten, ist überhaupt nicht ungewöhnlich. Manche der berühmtesten Professoren sind es nicht geworden, Herr Prof. Schachner, da kann ich Sie als Zeugen rufen, wenn nicht der Dritte genommen worden wäre. Ich denke an Schumpeter. Schumpeter hätte keine Chance in Graz gehabt, wenn er von der Universität gereiht worden wäre. Er war der Dritte. Herr Fischer hat als Wissenschaftsminister überhaupt nur den Dritten genommen oder sogar einen, der nicht auf der Liste war. (Abg. Mag. Rader: „Das muß man nicht nachmachen!“) Ich meine nur, daß das Flair des Ungewöhnlichen einmal zerstört wird. Busek hat als seine erste Entscheidung in Wien das Öffentliche Recht mit dem drittgereichten Raschauer besetzt, der Erstgereichte war unser Dekan Funk. Wir hätten allen Anlaß gehabt zu sagen, ungeheuerlich. Er hat es begründet, und wir haben es zur Kenntnis genommen.

Und jetzt komme ich auf die HNO. Nicht nur die Studenten, was ich nicht gering schätzen würde, sind ausschließlich für diesen Zweiten, ex equo Nichtdritten, sondern der gesamte Mittelbau ist für ihn. Ich bitte, sich beim Mittelbauvertreter, Herrn Prof. Bratschko, zu erkundigen, bitte mit dem Herrn Prof. Frieß zu reden und mit all denen im Mittelbau, die haben mir folgende Argumentation gesagt: „Mag sein, daß der andere Herr der bessere Operateur ist, der bessere Organisator und Führer ist dieser Prof. Moser“. Und er leitet ja die Klinik bereits provisorisch. Ihm wurde die interimistische Leitung vom Dekanat zugebilligt, und nicht dem anderen. Also, das Dekanat hat schon eine gewisse Vorstellung gehabt. Daher, was Sie da hineingeheimnissen, ist ganz simpel, er war von zwei Gruppen, von drei Gruppen der bevorzugte Kandidat. Und das hat den Herrn Minister bewogen zu sagen, ich halte dafür, daß der Organisator eine Klinik eher leiten soll, der hat dann den sehr guten Operateur in der Klinik. Das ist also keine völlig absurde Vorstellung und kann daher durchaus geteilt werden.

Lassen Sie mich zur Schule noch zwei, drei Sachen sagen, weil heute vieles gesagt wurde. Mir wäre sehr am Herzen, wenn die Öffentlichkeit daraufkommen würde, daß das Unterrichten heute ungleich schwieriger geworden ist als zu Zeiten, als wir in die Schule gegangen sind. Warum? Wenn nämlich die Forderung kommt, Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, dann sagen wir, bitte, wir wären doch auch in Klassen mit 40, 50 Schülern, und aus uns ist doch auch etwas geworden. Und jetzt haben sie Klassen mit 29 Schülern und regen sich auf. Und tatsächlich, im europäischen Vergleich gibt es durchaus solche mit 30 und 32, aber gehen Sie bitte einmal in eine Klasse mit 29 hinein. Unlängst sagt mir eine Grazer Hauptschullehrerin, von meinen 21 Schülern haben nur drei beide Eltern daheim, nur drei! Alle anderen kommen aus geschiedenen Ehen oder aus Ehen, wo eben nur einer da ist. Und eine andere Lehrerin sagt, von meinen 20 Erstklassern in der Hauptschule haben zehn bereits ein schulpsychologisches Gutachten im Akt, zehn von 20! Und das bedeutet ganz einfach, daß diese Lehrer heute weitgehend Vater und Mutter ersetzen müssen, also Erziehungsfunktion, jeden einzelnen Schüler angehen

müssen, individuellen Unterricht betreiben müssen, gleichzeitig den Lehrstoff verbreiten müssen und irgendwelche auffälligen Kinder, Hyperkinetiker, auch noch bändigen müssen, wo es pro Klasse auch schon zwei bis drei gibt. Das heißt, die Forderung nach einem generellen Zweitlehrer zumindest ab und zu für die Klasse ist nicht übertrieben. Ich sage Ihnen das ganz offen. Das müssen Sie an Ort und Stelle anschauen. Ich habe es zuerst auch nicht geglaubt. Bei dieser Art von Unterricht! Ich treffe gestern eine Sprachheillehrerin, ganz ein junges Madl, in Pöls bei Judenburg, die sagt mir, 80 Kinder hat sie. Früher hatte sie 20 maximal. 80 Kinder, warum? Sie sitzen alle vor dem Fernseher, und wenn sie dem Alf zuschauen, beim Formulieren lernen sie nichts. Das heißt, sie können nicht sprechen, nicht formulieren. Das Nichtsprechen können nimmt erschreckend zu. Beide Eltern berufstätig, Einzelkinder. Sie haben niemanden, mit dem sie reden können. Das sind Erscheinungen, die wir vor 20 Jahren überhaupt noch nicht gekannt haben. Das heißt, hier sind Entwicklungen im Gange, gesellschaftliche Entwicklungen, die wir nur mit mehr Lehrern, mit qualifizierteren Lehrern auffangen können. Und die Durchschnittszahlen sagen da nichts, 9,4 Kinder auf einen Lehrer, wenn dann in der Klasse 20, 25, 29 Kinder sitzen. Sie können nicht unterrichten. Ich bitte wirklich, daß die Öffentlichkeit sieht, daß man nicht mit dem Rotstift Schulpolitik machen kann. (Abg. Kammlander: „Sie haben ja Ihren eigenen Erlaß, den mit den großen Klassen!“) Nein, das ist kein Erlaß. Bitte, das ist das Grundsatzgesetz des Bundes, der 31. Teil. Wissen Sie, was wir reingebracht haben in das Koalitionsabkommen? Jede Schule, autonome Schule, soll ein freies Lehrerwochenstundenkontingent bekommen, um diese Grenzprobleme selber regeln zu können und zu sagen, bei mir teilt der 26., der bekommt soviel Stunden, daß er sich ein bißchen frei bewegen kann. Dadurch hoffen wir, diese generelle Ungerechtigkeit individuell in den Griff zu bekommen, denn sonst geht es so nicht. Wir probieren künftig, übereinstimmend Konsens, Matzenauer und so weiter, solche Fragen an der einzelnen Schule zu lösen, wie wir überhaupt glauben, daß die einzelne Schule die Zukunft der künftigen Schulpolitik ist. Ihre Entwicklung, ihr Profil, ob es jetzt eine Realschule ist, eine neue Mittelschule ist. Und da täte ich auch etwas ersuchen, weil der Herr Ussar, den ich ja als Schulmann sehr schätze, gesagt hat, unser Versuch ist eher die neue Mittelschule. Bitte, das ist der Versuch des Landesschulrates genauso wie die Realschule. (Abg. Minder: „AHS!“) Ja, ich würde bitten, keine Punze daraufzusetzen. Die neue Mittelschule mit ihrem pädagogischen Ziel – Projektunterricht verstärken, damit man die Leute einführt in Selbstverantwortung, Selbsttätigkeit, Zweilehrersystem, Aufgeben der Leistungsgruppen – ist alles von uns allen getragen. Das ist nicht eine linke oder eine rechte Geschichte, sondern das ist eine Sache, die der Landesschulrat für Steiermark gleichermaßen stützt. Ich freue mich sehr, daß der Verbund zustande kommt. Ich habe es hier schon einmal gesagt, weil mir sonst bei der Eröffnung der AHS-West mit den geplanten sechs Klassen ist gleich 180 Schüler fünf Hauptschulen eingehen. Die fünf Hauptschulen haben insgesamt 150 Schüler. Also, wenn wir den Verbund nicht machen, gehen mir auf einen Schlag fünf Hauptschulen ein. Und das bitte ist nicht der Sinn der Schulpolitik. Daher

ist das nicht links oder rechts, sondern vernünftig, daß man das tut. Ich bitte, das einfach als einen Akt der Vernunft zu akzeptieren, hinter dem wir alle sicher stehen.

Lassen Sie mich eines noch sagen, was das Land betrifft. Es wurde von mehreren Rednern, von Dr. Steiner, aber auch von anderen, angedeutet, die Autonomie. Wir werden künftig autonomere Hochschulen bekommen. Das ist das Verdienst des Busek, der das auch durchgesetzt hat. Wir werden regionalere Hochschulen bekommen, das heißt, daß sie mehr in die Länder integriert werden, ähnlich wie in der Schweiz und in Deutschland. Wir in der Steiermark haben uns gut vorbereitet. Ich habe letztens schon gesagt, wir haben in den letzten zehn Jahren 2 Milliarden Schilling Wissenschaftsförderung aufgewendet. Das ist eine wirkliche Leistung des Landeshauptmannes, der dafür immer viel übrig gehabt hat von seiner Herkunft, von der Universität und so weiter. Wir wenden soviel auf, wie vier andere Bundesländer zusammen: Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg und Burgenland. Soviel wenden wir allein auf. Und wir fördern dadurch jetzt vor allem – und darauf hat auch Ussar hingewiesen – Kooperationen der Montanistik, der TU und vieler Firmen mit den europäischen Programmen, Erasmus-Programm, Comet-Programm, Eureka-Programm, Cost-Programm und wie sie alle heißen, die alle in eine Richtung gehen. Nämlich, wenn wir ein wenig investieren, bekommen wir bis zum 20fachen an europäischen Mitteln zurück. Diese Chance wollen wir nützen, daß wir jetzt in der Möglichkeit der regionalen Wissenschaftspolitik unsere Hochschulen, unsere Betriebe an den europäischen Programmen teilnehmen lassen mit einem nicht geringen Aufwand, der uns aber bis zum 20fachen wieder zurückkommt, wenn wir diese Dinge bekommen.

Letztes, Warteliste, Leiterbestellung, weil es immer wieder gekommen ist: Die Steiermark braucht sich hier gar nicht verstecken. Es war das Jahr 1988, da haben wir eine Warteliste gemacht und haben eine Leiterbestellung gemacht, als einzige in ganz Österreich mit Anhörungsrecht aller Eltern und aller Lehrer. Das haben wir hier in der Steiermark gemacht. Wir sind dann daraufgekommen, es sind ein paar kleine Fehler drinnen, weil manchmal haben die Eltern geglaubt und die Lehrer, sie können wählen. Und ich gebe Ihnen recht, Herr Mag. Rader, ein Wahlmodell ist ein Unsinn, ist ein Unsinn in der Schule. Und zwar aus einem simplen Grund, vor allem, wenn ich damit die Parteipolitik zurückdrängen will. Es gibt keine Wahl ohne Partei. Bitte, schauen Sie sich an, wir machen etwa 100 Leiterbestellungen im Jahr, somit habe ich 100 Wahlkämpfe an den Schulen. Da kämpft dann jeder gegen jeden. Wenn ich dann noch auf Zeit mache, vier Jahre, habe ich zwei Jahre Tätigkeit und ein Jahr Vorwahlkampf und ein Jahr Wahlkampf, und dann geht es weiter: wer wird Leiter? Also permanenter Wahlkampf, permanente Parteipolitisation, ganz abgesehen davon, daß jeder Rechtsschutz für den Kandidaten wegfällt. Denn jetzt kann ein Kandidat zum Verfassungsgerichtshof gehen und kann sagen, ich war der bessere Kandidat – siehe Salzburger Erkenntnis –, du hast nicht abgewogen. (Abg. Mag. Rader: „Reine Theorie!“) Ist ja gegangen, er war ja schon dort. Ist ja schon erfolgt! Ich rede nicht von der

Theorie! Ist vor eineinhalb Jahren passiert. Künftig bei einem Wahlmodell könnte er nur den Wahlschwindel geltend machen, sonst gar nichts. Also, ich glaube daher, daß diese Form von Leiterbestellung schlecht ist, richtig daran an dem Modell ist allerdings, daß Schulpartner teilnehmen sollen. Wir sagen zu 20 bis 25 Prozent, der Rest ist Managementqualität, Qualität an Pädagogik. Das ist unsere Vorstellung. Wir nennen das ein schulpartnerschaftliches Managementmodell, wo zum Ausdruck kommen soll, daß beide Ideen zusammentreffen, nicht die reine Wahl, nicht die reine Bestellung, sondern beides. Und wir sagen sogar noch als Verfahrensgrundsatz: Wenn alle Schulpartner gegen einen Kandidaten sind, bestellen wir nicht. Dann müssen wir noch einmal anfangen und schauen, wie ist es möglich, daß jemand, der für den besten Pädagogen und besten Manager gehalten wird, von allen Partnern abgelehnt wird? Dann kommt man bei näherer Besichtigung auf einiges drauf, wieso das im Einzelfall nicht klappt. Was der für Mucken oder Schwächen hat, und dann muß man die Bestellung noch einmal anschauen.

Zum Schluß eine kleine Vorstellung für die Zukunft. Die Schule ist ein Servicebetrieb, ich bin davon völlig überzeugt. Wir haben daher jetzt 14 Tage lang die berühmte amerikanische „Anderson Consulting“-Firma im Landesschulrat gehabt, die alle unsere Entscheidungsabläufe geprüft hat, bevor wir EDV einführen, weil wir gesagt haben, wir müssen doch zuerst einmal schauen, wie gut sind die Entscheidungsabläufe, bevor wir EDV machen, die alles petrifiziert. Die hat uns in einem Zwischenbericht an sich sehr gute Qualität der Entscheidungen bescheinigt, aber da und dort noch einige Mängel, vor allem der zu großen Zentralisierung. Wir werden künftig diesen Ratschlägen Folge leisten und einen Betrieb aufziehen, der dem Schulbetrieb entspricht.

Und das Letzte, inhaltlich: Es geht nicht nur um Betriebsstruktur, Management und um Dezentralisierung, wie überall, es geht inhaltlich darum, Menschen darauf vorzubereiten, Verantwortung zu übernehmen, das heißt, das Ausbildungsziel ist ein bißchen anders geworden, nicht wer kann am besten Mathematik, wer kann am besten Deutsch – das ist auch nicht unwichtig –, aber auch, wer kann mit Menschen umgehen, wer kann denken, wer kann sich orientieren in einer immer komplizierteren Welt. Das sind heute die inhaltlichen Anforderungen, und wenn Sie sich anschauen, in einer Zeit, wo Pluralität angesagt ist, muß ich mit Pluralität leben lernen. Und die Schule muß auf das Leben in Pluralität vorbereiten, mit Toleranz, mit Verständnis für den anderen, mit Solidarität, und wenn wir dazu kommen, brauchen wir solche Bitten und Forderungen, wie ich sie gestellt habe, gar nicht mehr bringen, denn die Schule der Zukunft würde nur noch tolerante und kooperationsbereite Menschen erziehen. Auf die würde ich gerne die Schulpolitik bauen. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 23.12 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (23.12 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Bevor ich kurz auf das eingehen möchte, was der Herr Präsident hier angeschnitten hat, möchte ich ein

paar allgemeine Feststellungen treffen. Kollege Ussar hat ja eigentlich schon sehr vieles vorweggenommen, hat also gemeint, daß es nach 20jähriger Leitung des Unterrichtsministeriums durch einen SPÖ-Minister eindrucksvolle Zahlen gegeben hat, die ich nicht wiederholen will. Es wurden sehr viele Ausbildungsstätten geschaffen, aber ganz interessant dabei ist auch die Kostenentwicklung der Ausgaben für die Schüler in den letzten 25 Jahren.

Hier möchte ich aber doch drei Zahlen bekanntgeben: 1965 kostete dem Staat ein Pflichtschüler rund 2700 Schilling pro Jahr, 25 Jahre später zahlt derselbe Staat 32.000 Schilling für einen Pflichtschüler. 1965 kostete dem Staat ein Gymnasiast 6300 Schilling, heute zahlt der Staat, das sind wir alle, 50.300 Schilling, und für Schüler der gewerblichen und technischen Schulen wurden vor 25 Jahren noch 21.000 Schilling ausgegeben, heute fast 60.000 Schilling. Das heißt also, die Gesamtaufwendungen des Bundes für Bildung stiegen von 3,6 Milliarden Schilling vor 25 Jahren auf 40 Milliarden Schilling im Jahre 1990. Ich glaube, das sind sehr eindrucksvolle Zahlen, die sehr deutlich zeigen, daß uns die Bildung wie auch die Ausbildung unserer Jugend doch sehr viel wert ist. Es darf daher auch in Zukunft im Bildungs- und Ausbildungsbereich nicht gespart werden. Denn ich glaube, daß diese Investitionen für unsere Jugend nicht nur die besten sind, sie werden sicherlich wieder durch die qualifiziertere Ausbildung im Zuge – ich finde, das ist ein grausliches Wort, aber man muß es auch hier sagen – der Umwertsrentabilität uns allen zugute kommen. Und bei dieser Gelegenheit möchte ich auch durchaus positiv vermerken, daß im Zuge der Koalitionsverhandlungen sich nun auch die ÖVP zu ganztägigen Schulformen bekannt hat und diese Forderungen auch in das gemeinsame Arbeitspapier aufgenommen wurden.

Meine Damen und Herren, für einigen Zündstoff neben der Schulleiterbestellung, zu der ich dann zum Schluß komme, hat sicherlich auch in den letzten Wochen das Thema der Überforderung der Schüler, aber auch der Lehrer, gesorgt. Und Präsident Dr. Schilcher hat ja heute auch schon gemeint, unterrichten ist ungleich schwieriger geworden, und hat Bezug genommen auf die Klassenschülerzahlen, auf die Lehrplannerfordernisse. Ich ergänze, es kommen die diversen Ablenkungen noch dazu, und ich habe da mit vielen Lehrern diskutiert und möchte nur an einem einzigen Beispiel aufzeigen, wie sich die Problematik im täglichen Leben darstellt. Sie wissen, daß neben den allgemeinen Lehrplannerfordernissen auch viele Dinge der Schule übertragen werden. Ich habe schon einmal in diesem Hause über diese aktuellen Anlässe reden dürfen und war der Meinung, vielleicht bringt das doch etwas, daß man sich überlegt, wie man hier gewisse Dinge von der Schule etwas wegbringen könnte. Das hat aber leider nicht gefruchtet. Und deswegen war ich der Meinung, daß ich das heute hier noch einmal in aller Kürze sagen muß. Man erwartet von der Schule, daß sämtliche Dinge, die das öffentliche Leben treffen, einfach auch in die Unterrichtsarbeit einfließen sollen, und ich will nur kurz zeigen, was neben der Vertiefung des Lehrstoffes, neben der Lehrplanerarbeitung und neben der Übung und Festigung dieses Lehrstoffes der Lehrer mit seinen Schülern noch so im Laufe eines Schuljahres alles zu tun hat. Es

beginnt mit der Woche des Waldes und endet mit dem Herzjahr, und dazwischen liegen Österreich-Woche, Tag der Vereinten Nationen, Weltspawoche, Österreichische Buchwoche, AIDS-Tag, Internationaler Entwicklungshelfertag, Tag der Menschenrechte, Internationaler Frauentag, Internationaler Tag der Beseitigung der Rassendiskriminierung, der Welthauswirtschaftstag, der Weltnichtrauchertag und, und, und. Urteilen Sie bitte selbst, warum es vielleicht so oft zu Überforderungen der Schüler, aber auch der Lehrer, kommt, die unter einem gewaltigen Druck stehen. Und da glaube ich, daß sich die Schulpolitik schon einiges einfallen lassen muß. Ich bin gerne bereit mitzuarbeiten, auch wirklich Verbesserungen zustande zu bringen, und Sie sollten auch den Mut einmal aufbringen zu sagen, daß man einfach nicht alles der Schule überantworten kann. Das ist also wirklich ein Anliegen, welches mir schon jahrelang unter den Nägeln brennt.

Nun zur steirischen Schulsituation. Der Herr Präsident hat angeführt, die Öffentlichkeit hat das Recht, informiert zu werden. Und ich bin auch der Meinung, das hier ist ja die Öffentlichkeit, und lassen Sie mich jetzt ein paar persönliche Feststellungen zu diesen Schulleiterbestellungsfragen treffen. Nach Einführung durch einen ÖVP-Mehrheitsbeschluß, der sogenannten Hearings, hat sich herausgestellt, daß diese Form der Hearings auch nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wir versuchen es!“) Trotz aller Beteuerung, daß die Objektivität den einzelnen Kandidaten bessere Chancen einräumt, muß aus den Erfahrungswerten klar und deutlich gesagt werden, daß der Parteinfluß fast überhaupt nicht zurückgedrängt wurde. Ich behaupte, nach wie vor werden nach parteipolitischen Kriterien die Schulleiterstellen vergeben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Eine falsche Behauptung!“) Ich wage das zu behaupten als einer, der 20 Jahre im Kollegium des Bezirksschulrates Feldbach gesessen ist und jetzt das vierte Jahr im Kollegium des Landesschulrates sitzt. Ich sage, diese Leiterstellenbesetzungen werden noch immer nach parteipolitischen Kriterien vergeben. Und wenn schon einmal ein Kandidat die Gunst des Herrn Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates genießt, dann bestimmt auch der Herr Präsident, wer der Qualifiziertere oder vielleicht auch der Genehmere ist und wer etwas werden darf. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Zuviel der Ehre!“) Sollte dennoch ein Kandidat nicht ganz den Vorstellungen des Herrn Amtsführenden Präsidenten entsprechen, unter Umständen, daß er zum Beispiel kein ÖVP-Mitglied ist, trotzdem er der Bestqualifizierteste ist – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Glaubst du das wirklich?“) – ja, das glaube ich, und das kann ich auch beweisen! –, so hört man dann Worte wie Egozentriker – vor einer Woche hier in diesem Haus gehört – oder der Kandidat ist mir zu intellektuell, auch schon gehört – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Unglaublich!“) Wohl, wohl, Herr Präsident! Wie heißt der Herr Landesschulinspektor? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wen meinst du – Hinteregger?“) Jawohl! Robert Hinteregger! Da hast du eindeutig gesagt... Ja, unter dem Druck der Zwänge, lieber Freund! Ja, entschuldige, zuerst war er für dich zu intellektuell, und dann hast du gesehen, daß das doch ein bißchen danebengeht, und er ist es geworden! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Und schon ist er es gewor-

den!“) Wir haben das in der Öffentlichkeit aufgezeigt. Gut! Aber entschuldige, zuerst wolltest du so irgendwo das ein bißchen, den können wir nicht nehmen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du warst so überzeugend, Kollege Freitag!“) Und das letzte, was mich am meisten ärgert, wenn man da dann nichts mehr findet, dann geht man in das Hypothetische. Dann sagt man unter Umständen, es könnte vielleicht in Zukunft in einer Konfliktsituation der Kandidat diese Problematik nicht lösen – haben wir auch alles gehört. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Du hast viel gehört!“) Und gelesen! Er könnte vielleicht eventuelle Konfliktsituationen nicht lösen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wer war das?“) Konkret? Lehrer des Polytechnischen Lehrganges in Kirchbach. Warst du nie involviert, Herr Präsident? Nein? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „So etwas wurde nicht gesprochen.“) Haben wir nie gesprochen! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Nein, von so etwas wurde nie geredet!“) Ich habe das schwarz auf weiß, wo das bitte protokolliert ist – in Konfliktsituationen wahrscheinlich nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen. Damit ist er es dann nicht geworden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Aber spielt es keine Rolle, daß die Lehrer ihn nicht haben wollten?“) Damit ist er es nicht geworden! Also mit solchen Argumenten versucht man dann Leute, die nicht genehm sind, von der Liste zu bringen.

Und jetzt bitte zum jüngsten Beispiel der Besetzung eines zweiten Landesschulinspektors in der Steiermark, ich sage nicht für Volksschulen, in der Steiermark. Bekanntlich wurde der SPÖ das Nominierungsrecht eingeräumt. Stimmt das?

Das Nominierungsrecht wurde vereinbart, doch der Herr Präsident sucht sich den Kandidaten aus beziehungsweise bestimmt, wen die SPÖ nominieren darf. Herr Präsident, eine unglaublich undemokratische Vorgangsweise, die es wirklich nur in der Steiermark gibt! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ihr habt das abgestimmt!“) Moment, ich komme dazu! Herr Präsident, ich komme dazu! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ihr habt das mit 24 zu 14 abgestimmt!“) Darf ich ausreden? Ich komme dazu! Nur, wenn du, Herr Präsident, bestimmst, wer an die erste Stelle kommen soll, dann möchte ich also nur zeigen, wie wir das handhaben, wo wir gewisse Möglichkeiten haben. Ich nehme hier den Nationalrat. Am Beispiel der Wahl der Nationalratspräsidenten will ich nur aufzeigen, wie wir das tun. Obwohl die SPÖ laut Verfassung – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Von Bruck oder Mürzzuschlag!“) Das ist ein ganz passendes Beispiel! Obwohl die SPÖ laut Verfassung den Anspruch auf den dritten Nationalratspräsidenten hat, hat sie – (Abg. Kollmann: „Das hat doch mit der Schule nichts zu tun!“) darf ich das jetzt sagen – hat sie freiwillig diesen dritten Nationalratspräsidenten an die drittstärkste Partei abgetreten. Das ist in dem Fall die FPÖ – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Was hat das damit zu tun?“) – die Einbegleitung – tritt diese Stelle an die FPÖ ab, an die drittstärkste Partei, aber ohne Pression, wer oder welche Person nominiert werden darf. Das heißt also, das ist unsere Auffassung von politischer Kultur. Wenn wir zugestehen, sie können nominieren, dann werden wir auch nicht den Kandidaten aufdrängen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Und das ist die berühmte parteifreie Bestellung!“) Und wenn der Herr Amtsführende

Präsident meint, daß sich Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner über den Personalvorschlag bei der Besetzung des Landesschulinspektors hinweggesetzt hat, so irrt er bitte gewaltig. DDr. Schachner hat nirgends eine Befehlsausgabe gegeben, ganz im Gegenteil! Ich war überall dabei. So wie im SPÖ-Landtagsklub der Klubzwang aufgehoben wurde, so hat auch er den Mitgliedern des Landesschulrates – und das ist bitte das höchste Gremium –, nachdem der SLÖ-Vorschlag diskutiert wurde, die freie – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Also ein politisches Gremium!“) Ich darf dann dazusagen, wer alles drinnensitzt. Dort sitzen auch Pädagogen drinnen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Aber es interessiert mich nicht, weil es ein parteipolitisches Gremium ist!“) Aber das ist bitte das Gremium, welches nominiert.

Nachdem also dieser SLÖ-Vorschlag diskutiert wurde, hat Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner die freie und geheime Wahl der qualifiziertesten Kandidaten dieser Landes-Schag überlassen. Noch einmal! Der SLÖ hat bitte ein Vorschlagsrecht, die Landes-Schag, das politische Gremium, jawohl, wo fünf Vertreter der Kinderfreunde, fünf Vertreter der Elternvereine, wo fünf Vertreter des SLÖ drinnen sind, haben schlußendlich den Kandidaten nominiert. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was haben die Kinderfreunde mit der Schule zu tun?“) Ich glaube, Freund Ussar ist sicher in der Lage, das zu erklären. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wie soll Freund Ussar das in Leoben erklären?“) Herr Präsident, ich würde sagen, lasse das bitte unsere Sorge sein. Derzeit ist es bei uns so, und nach dem werden wir uns richten. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was hat Parteipolitik in der Schule zu tun?“) Ich bin der Meinung, eine direktere Demokratie ist kaum mehr möglich. Schauen Sie, der Unterschied zwischen der SPÖ und der ÖVP liegt darin, daß in der SPÖ mehrere Gremien beraten, und in der ÖVP bestimmen wahrscheinlich der Herr Präsident des Landesschulrates oder der geschäftsführende Präsident. Bei uns bestimmen noch die Gremien, bitte! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Lauter Pädagogen! Die Außenstehenden, die nichts mit der Schule zu tun haben, die bestimmen bei euch!“) Das ist Ihre Meinung! Ich stehe zu dieser Meinung, die wir in unserem Gremium praktisch beschlossen haben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Aber ihr seid gegen die Parteipolitik, das hat Ihr Vorsitzender gesagt!“) Der Herr Vorsitzende hat vieles gesagt, das ist nichts Negatives, oder?

Aus diesem Grund hat auch die SPÖ ein Schulleiterbestellungsmodell der Öffentlichkeit vorgestellt, das sicher noch diskussionsfähig ist, keine Frage, aber sicher Ansätze beinhaltet, daß in Zukunft auch das Parteibuch und auch die Parteisekretariate nicht mehr im Vordergrund stehen sollten.

Und auch, wenn derzeit – Herr Amtsführender Präsident – die Wahl der Schulleiter laut Stellungnahme des steirischen Verfassungsdienstes nicht möglich ist (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Verfassungswidrig!“), so glaube ich dennoch an eine Lösung, da ja seitens der ÖVP auch ein Antrag auf Abschaffung des Parteiproporz im Schulwesen eingebracht wurde. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Tretet dem Antrag bei!“) Sollte dies möglich sein, daß dieser Antrag positiv erledigt wird, so steht einer Wahl der Schullei-

ter sicherlich dann nichts mehr im Wege. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Also dann wird es der Prettenhofer!“)

Ich möchte jetzt gar nicht auf die Modelle der ÖVP und der SPÖ eingehen, glaube aber, auch im Sinne der Mehrheitspartei sagen zu können, daß die Schulleiterbestellungen sicher einer rascheren, gerechteren und demokratischeren Lösung zugeführt werden müssen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sehr dafür!“)

Meine Damen und Herren, die Diskussion im Bildungsbereich darf und wird nie aufhören. Die Schule wird immer im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Und in diesem Sinne danke ich allen 17.000 Lehrern, die im steirischen Schuldienst tätig sind, und lade alle ein, auch in Zukunft an den Reformen unserer Bildungseinrichtungen tätig zu sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 23.30 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Präsidentin Dr. Kalnoky.

Abg. Dr. Kalnoky (23.30 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin eigentlich fast betroffen, denn es wurde jetzt über Schule und Erziehung gesprochen – über die Jugend, die steirischen Lehrlinge, die fast die Hälfte unserer Jugend ausmachen, wurde – soweit ich das weiß – noch nicht gesprochen. Die Lehrlinge, und sie kommen dann, das weiß ich schon, bei der Wirtschaft, sind nicht nur Fachkräfte, sondern sie sind genauso junge Menschen, die wir bilden sollten. Vielleicht sind sie nicht mehr zu erziehen. Sie stehen sozusagen schon im Ernst des Lebens. Aber sie sind viel aufmerksamer wie jeder AHS-Schüler, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, sich weiterzubilden. Ich weiß das seit vielen Jahren, wenn wir uns um die Lehrlinge bemühen, daß wir sie motivieren können. Mit der Möglichkeit der Gesundheitsbildung, der Gesundheitsförderung, haben wir auch einen Einstieg in die Landesberufsschulen geschaffen. Ich war glücklich, Waltraud, als du Landesrätin geworden bist, denn da habe ich gewußt, daß die Lehrlinge wieder eine ganz besondere Zuwendung erhalten. Ich glaube an gute Beamte, und in diesem Fall war es Hofrat Dr. Frisee, der dieses Thema Gesundheitspolitik bei den Lehrlingen durchgetragen hat, weil damals war es noch kein Thema. Dort war es nur für einige Spinner sozusagen anregend. Inzwischen wissen wir aber, daß Gesundheitspolitik, Gesundheitsförderung ein vernetztes System ist. Und alles, was vernetzt ist, wo wir sehen, daß wir eine Facette von Wissen anbieten können, das ist ein Teil der Bildung, und das ist auch ein Teil der Kultur. Ich danke dir, Waltraud Klasnic, für den Geldbetrag, den du jährlich den Lehrlingen zukommen läßt, und wir bemühen uns, mit diesem Betrag sehr viel in den Berufsschulen zu bewegen.

Ich möchte nur einiges aufzählen. Wir bemühen uns, daß diese jungen Menschen eine andere Einstellung zur Ernährung bekommen. Wir wissen, Ernährung hängt sehr damit zusammen, was junge Menschen zu Hause vorgesetzt erhalten. Man kann sie nur langsam einüben in diese neue Art des Essens. Und gerade, weil wir vom Land auch Geld zur Verfügung stellen, deshalb stellen sich dann auch Private bereit. Allein für das nächste Jahr wieder, muß ich sagen, hat Herr Kommerzialrat Hornig 42.000 Schilling von sich aus

dazugegeben, damit in einigen Berufsschulen die Lehrlinge, jeder Turnus, ein-, zweimal in der Früh auch ein gesundes Essen, wie wir glauben, wie es gesund ist für die Jugend, bekommen. Sie nehmen das mit ganz großer Begeisterung hin. Sie spüren einfach, daß wir uns um sie bemühen, daß wir sie motivieren wollen. Die gesunde Ernährung ist in vier Schulen und sechs Internaten inzwischen etabliert. Natürlich wollen wir das ausbauen. Gesunde Zähne gibt es inzwischen in sieben Schulen – das ist schon ein älteres Programm, welches aber sehr wichtig ist. Wichtig ist auch die Orthopädie gerade für die Lehrlinge, die auch körperlich belastet werden, damit sie lernen, sich richtig zu halten und auch richtig zu heben, dort, wo sie sich körperlich betätigen müssen.

Ganz besonders liegt uns auch das Thema Rauchen am Herzen. Wir haben einmal eine doch sehr repräsentative Umfrage gemacht. Wir wissen zum Beispiel, daß Lehrlinge viel mehr psychisch belastet sind. Sie sind eben schon im Arbeitsprozeß. Wenn wir gefragt haben: „Schläfst du hin und wieder schlecht?“, dann sagen nur 7 Prozent der HAK-Schüler „ja, ich schlafe oft schlecht“. Aber es sind immerhin 13 Prozent der Lehrlinge. Lehrlinge müssen vielleicht mehr ihre eigene Identität suchen, und deshalb ist es schön, ihnen dabei zu helfen. Wir wissen auch beim Rauchen zum Beispiel, daß niemandem der erste Zug schmeckt. Wir wissen aber auch, daß gerade die Lehrlinge diejenige Gruppe sind, die ganz besonders starke Raucher sind, und hier leider wieder die jungen Mädchen. Gerade deshalb haben wir auch dieses Thema in allen 26 Berufsschulen, und wir haben schon einige Berufsschulen, die rauchfrei sind, wo die Lehrlinge von sich aus gesagt haben, wir wollen nicht mehr rauchen. Es gibt auch einige Internate, die rauchfrei sind. Wir sagen immer, es gibt zu viele Maturanten, es gibt zu wenige Lehrlinge. Wenn wir den Lehrlingen auch andere zusätzliche Chancen geben, dann wird sich das ändern, dann werden die Lehrlinge gerne Lehrlinge sein. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 23.37 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (23.37 Uhr): Es sind spannende Beratungen im Gange. Meine Damen und Herren, weil es ja eine gute Tradition ist, daß zur späten Nikolo-Stunde die Gruppe 2 bei uns abgehandelt wird, und es kommt noch der Sport dran, also fürchten Sie nicht, ich rede höchstens eine Stunde, damit Hasiba auch noch zu Wort kommt.

Zu zwei Punkten der Diskussion nehme ich kurz Stellung. Erstens zur Schuldiskussion: Als gelernter Lehrer sage ich kurzweg hinaus meine Auffassung – von Direktorenwahlen halte ich auf Grund meiner Erfahrungen an Schulen absolut nichts. Wir würden damit mehr oder weniger permanente Wahlkämpfe in die Schule tragen. Man müßte sich natürlich sympathisch machen, um wählbar zu sein, das gehört dazu. Man müßte Freundschaften verteilen, die gut sind für die eigene Wahl, aber nicht gut für die Führung des Betriebes. Eine Schule ist ein Betrieb, und in einem Betrieb wählt man den Betriebsrat, zum Beispiel die Personalvertreter. Das ist völlig legitim und wichtig. Aber man wählt nicht den Betriebsleiter und nicht den

Betriebsdirektor. Das kann nicht funktionieren. Wir würden uns damit ein jugoslawisches Modell einführen, das dort längst gescheitert ist, nicht nur an Schulen, sondern auch in vielen anderen Häusern und Einrichtungen. Diese Selbstverwaltung war zwar gut gemeint, aber sie ist in die Binsen gegangen. Es kann ruhig sein, daß eine private Gemeinschaft, die verschworen ist, ein solches Modell durchspielt und auch überzeugend durchspielt. Das wird aber nur die große Ausnahme sein können. Dort, wo Schule öffentliches Anliegen ist, das heißt auch öffentliche Schule, wird es immer wiederum eine Autorität geben müssen, die die Leitung einsetzt, sicherlich den bestmöglichen Leiter oder die bestmögliche Leiterin zu suchen hat. Das ist richtig, da muß alles getan werden, um es gut und besser zu machen. Und es sollen durchaus auch Betroffene angehört werden, das haben wir in der Steiermark mit Erfolg einzuführen begonnen. Auch hier kann man sicherlich einiges noch verbessern. Aber mehr ist nicht drinnen, das ist meine feste Überzeugung.

Zweitens zu den Kindergärten: Wir sind auf dem Weg zu einem neuen Gesetz. Wir haben einen guten Entwurf, wir haben gute Verhandlungen im Unterausschuß. Wir werden uns noch einmal vor Weihnachten treffen und, so hoffe ich auch, uns gescheit einigen können. Ein Kindergartengesetz kann sich nur auf Kindergärten beziehen, Frau Abgeordnete Kammlander! Was davor ist, sind Kinderkrippen, und die können durch ein solches Gesetz nicht geregelt werden. Bei den Offenhaltungszeiten werden wir berücksichtigen, was notwendig ist, obwohl der Nachmittagskindergarten ein großes Problem darstellt. Wir werden zusehen müssen, daß da die Gruppen besonders klein gehalten werden. Das ist klar! Mir persönlich tun trotzdem die Kinder leid, die den ganzen Tag im Kindergarten oder auch in der Schule sein müssen. So gut kann die Schule oder der Kindergarten gar nicht sein, als daß das nicht auch eine Vergewaltigung der jungen Menschen wäre. Aber wir wissen, daß das leider ein Trend ist, ein schlechter Trend. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das tut den Kindern auch nicht immer gut!“) Ja, leider! Tut ihnen nicht immer gut. Da gibt es allerdings Unterschiede, weil es in Frankreich einen vollen freien Tag mitten in der Woche gab. Da war der ganze Donnerstag frei und der Samstag zum größten Teil auch, da war wieder eine andere Konstruktion. Das ist eben eine Entwicklung, mit der man irgendwie fertigwerden muß. Gut wird es den Kindern nicht tun. Wir haben ja gehört, wie es den Kindern ergeht oder wie es den Lehrerinnen und Lehrern ergeht. Dr. Schilcher, und ich glaube, noch jemand, haben das ja bereits geschildert. Die Zahl der schwierigen Kinder ist wesentlich größer geworden, die Zahl der gestörten Kinder, der Fernsehkinder, der Schlüsselkinder, der Trennungskinder. Die erwachsene Generation von heute braucht sich auf die Art und Weise, wie sie mit den Kindern umgeht, gar nichts einzubilden.

In unserem Gesetz werden wir, um auch noch diesen Punkt zu besprechen, die Integration drinnen haben. Das heißt, jetzt im neuesten Entwurf, daß nach Möglichkeit Kindergärten die Integration von behinderten Kindern übernehmen müssen. Wir haben die Frage der Gruppengröße zu regulieren. Wir wollen sie auf 25 reduzieren mit einer Wartezeit von vier Jahren. Spätestens nach vier Jahren müssen diese Gruppengrößen

erreicht werden und nach weiteren vier Jahren die Größe von 20. Wir müssen den Erhaltern von Kindergärten auch die Möglichkeit geben, sich darauf einzustellen, auch baulich darauf einzustellen. Daher diese Fristen. Wir machen eine Helferin zu 50 Prozent verpflichtend, weil das eine wichtige Hilfe für die Kindergärtnerinnen ist, obwohl man sagen muß, daß in der großen Überzahl der Kindergärtnerin diese Helferin schon untersteht. Es kommt noch ein Problem dazu, nämlich die B-Wertigkeit der Kindergärtnerinnen. Ein neues Schema, das notwendig geworden ist, weil Kindergärtnerinnen jetzt Maturantinnen sind. Wir werden also auch dieses Schema einführen und damit auch das Förderungsgesetz verbessern, wobei der Zeithorizont plus-minus der 1. April 1991 sein soll.

Das in aller Kürze zum Kindergartenwesen, und ich möchte, weil die Diskussion schon so heftig ist, an dieser Stelle hier noch ein Wort für das Protokoll sagen, für etwas anderes spricht man so nicht mehr zu der Stunde; aber damit es wenigstens zu Protokoll gegeben wird, möchte ich mich bedanken. Ich möchte danke schön sagen bei vielen Menschen, die im ganzen Land für Kinder und Jugendliche arbeiten, auch für Erwachsene in der Volksbildung, und mich bedanken bei Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 13, in Kultur- und Rechtsabteilung 6, im Landesjugendreferat und an anderen Stellen in der Landesregierung, die für Bildung, für Kinder und Jugendliche viel übrig haben und ein ganzes Jahr lang wiederum viel Arbeit geleistet haben, daß auf diesem Gebiet etwas vorwärtsgeht. Ich danke für Ihre späte und mäßige, aber doch gegebene Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 23.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren!

Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2, Sport.

Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (23.45 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Es muß, glaube ich, doch gestattet sein, auch zur späten Stunde ein Wort zum Sport zu sagen. Ich darf einleitend die Gelegenheit wahrnehmen, nämlich allen aktiven Sportlern innerhalb der Steiermark zu danken. Die rund 160.000 aktiven Sportler tragen ja wesentlich über die steirische Grenze hinaus dazu bei, das Land Steiermark im sportlichen Bereich und in der öffentlichen Anerkennung bekanntzumachen. Darüber hinaus möchte ich aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, allen ehrenamtlichen Funktionären innerhalb der 2900 steirischen Sportvereine den Dank und die öffentliche Anerkennung für ihre idealistische und ehrenamtliche Tätigkeit auszusprechen. Ich darf diesen Dank nur mit einem Satz als Signal untermauern: Wir wissen alle, daß der Sport nicht nur für die körperliche Ertüchtigung eine wesentliche Bedeutung hat, sondern auch ein wesentlicher Faktor im Bereich der Wirtschaft ist. Vor kurzem wurde – und das darf ich nur auf Grund eines Beispiels zitieren – veröffentlicht, daß im Bereich des alpinen und nordischen Schisportes rund die Hälfte, 3,5 Millionen Paar Ski in Österreich hergestellt und auf der ganzen Welt am Markt angeboten werden. Die Ursache dafür, daß

dieses Produkt innerhalb Österreichs und darüber hinaus anerkannt wird, hat mit Sicherheit die Leistung unserer Sportler – (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist kein Marathon, sondern ein Sprint!“) Lieber Herr Kollege Dr. Cortolezis, ich werde sprinten! Denn wenn man den Sport ausführlich behandeln würde, dann würde man sicher stundenlang darüber reden können.

Ich darf aber eines dazu grundsätzlich sagen, wenn ich auch die Bedeutung des Sportes in den Vordergrund gestellt habe, daß es auch Aufgabe der Politik sein muß, für den Sport insgesamt Grundlagen und Rahmenbedingungen zu schaffen. Und genau in diesem Bewußtsein, meine Damen und Herren, haben wir hier in diesem Haus vor nicht allzu langer Zeit in einhelliger Meinung das Steirische Sportstättenchutzgesetz beschlossen. Ich darf aber dabei trotzdem anmerken, daß im Sport sich insgesamt Parteipolitik sehr negativ auswirken kann. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das stimmt!“) Und es ist für den Sport insgesamt nicht positiv anzumerken, daß es sogenannte Dachverbände gibt, die parteipolitischen Lagern oder parteipolitischen Hälften zuzuordnen sind. Da haben wir die Roten mit ihrem ASKÖ, und Sie, lieber Herr Dr. Cortolezis, die ÖVP, haben wir mit der Union. Ich glaube, das ist insgesamt überdenkungswürdig, und zwar deshalb, wir haben ein anderes Beispiel im sportlichen Bereich, nämlich über die Parteigrenzen hinweg sogenannte steirische Dachverbände oder österreichische Dachverbände. (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist nicht dein Problem!“)

Ich zitiere in diesem Zusammenhang nur ein Wort: Der steirische Schiverband. Der steirische Schiverband ist diesen Bereichen und vor allem den Parteien nicht zuordnungsbar. Aber, meine Damen und Herren, Sie erinnern sich noch alle hier in diesem Haus, als im Jahre 1987 in der Steiermark die Diskussion um die Nordische Ski-WM aufgebrochen ist. Da gab es auch von Ihrer Reihe, Herr Dr. Cortolezis, Sie waren zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Hause, aber von seiten Ihrer Fraktion sehr wohl eine parteipolitische Interpretation in Hinblick auf das Bewerben um die Nordische WM 1995. Da haben nämlich – der Kollege Kröll wird es mir bestätigen müssen – Abgeordnete aus dem Bereich des Bezirkes Liezen, aus dem Ennstal, für Ramsau einen Antrag zur Durchführung der Nordischen WM gestellt.

Gleichzeitig haben aus derselben Partei, nämlich aus Ihrer Partei, der ÖVP, Abgeordnete aus Murau, aus Judenburg und aus Knittelfeld einen Antrag erstellt, daß diese Nordische WM 1995 nach Murau kommt. Und, lieber Kollege Kröll, du und deine Kollegen der ÖVP haben mit dieser Entscheidung damals, mit diesem Antrag, dem steirischen Sport und vor allem der WM 1995 wirklich einen Bärendienst erwiesen. Nämlich einen Bärendienst insofern, daß jetzt die Nordische WM 1995 weder in Murau noch in der Ramsau stattfindet. (Abg. Dr. Cortolezis: „Gib es uns schriftlich und hör auf!“) Sie haben und, lieber Kollege Kröll, du und deine Kollegen habt mit diesem Verhalten den Sport innerhalb der Steiermark wieder verpolitisiert. Sie haben damit Parteipolitik hineingebracht und letztlich dazu beigetragen, daß diese WM außer Landes ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Danke, noch etwas?!“)

Ich darf es auch noch kurz an einem zweiten Beispiel zitieren: Alle hier im Hause haben sich 25 Jahre lang zum Motorsport, zur Durchführung des Grand Prix am Österreichring, bekannt. Bestätigen und belegen kann man das damit, daß innerhalb dieser 25 Jahre für den Österreichring das Land Steiermark 150 Millionen Schilling aufgewandt hat. Die einzige Ausnahme waren wirklich nur ein paar Grünlinge. Denen war der Motorsport und der Sport insgesamt immer ein bißchen suspekt. Aber generell hier in diesem Hause war das Bekenntnis damit gegeben. Und dieser Grand Prix am Österreichring wurde also immer ausgetragen, bis zu jenem Zeitpunkt, als der sogenannte Obersportler, der Landeshauptmann dieses Landes, sich hineingemengt hat und selbst von parteipolitischer Ebene her diese Verhandlungen geführt hat. (Abg. Kröll: „Das ist keine parteipolitische Angelegenheit!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Soviel Blödsinn habe ich schon lange nicht mehr gehört!“) Von diesem Zeitpunkt weg, lieber Kollege Dr. Eichtinger, war der Grand Prix für die Steiermark gestorben und ad absurdum. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „So ein Unsinn!“) Erspare mir, lieber Kollege Dr. Eichtinger, daß ich noch zig, zig diesbezügliche Beispiele aufzähle. (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist nur mehr dumm. Danke schön, setzen!“) Lieber Kollege Dr. Cortolezis, das einzige Relikt vom Grand Prix, welches übriggeblieben ist, ist die Krainer-Kurve. Und für eine Krainer-Kurve 150 Millionen Schilling auszugeben, das finde ich natürlich bedenklich, da gebe ich Ihnen schon recht. Und ich könnte eine Reihe diesbezüglicher Beispiele aufzählen. Und da ist es mir in Wirklichkeit lieber, mit dem Landesrat Hasiba zu reden, der damals im Jahre 1987 erklärt hat, wir sollen autonome Entscheidungen der überparteilichen Dachorganisationen, des Schiverbandes damals im speziellen Fall, respektieren. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Weilharter, kratz die Kurve, das ist gescheiter!“) Ich teile diese Auffassung mit dem Landesrat. Und es ist mir jetzt auch klar, daß heute im Zuge der Generaldebatte der Kollege Purr den Herrn Landesrat geflissentlich verschwiegen hat. Vielleicht schon in Kenntnis, daß er in diesem Bereich wirklich über den Parteien steht.

Der Landesrat steht wahrscheinlich in diesem Bereich wirklich über den Parteien. (Abg. Purr: „Ich habe wirklich keine Sorge! Wenn dich heute sonst nichts mehr plagen sollte, kannst du langsam Schluß machen!“) Und den Bären dienst am Österreichring, genauso wie im Hinblick auf die WM 1995, hat ja bitte dem Sport nicht der zuständige politische Referent geleistet, sondern seine Fraktion. Und aus diesem Grund heraus und aus zeitlichen Gründen ersparen Sie mir, daß ich Ihnen noch weitere Beispiele aufzähle. (Abg. Dr. Cortolezis: „Dann hör auf!“) Ich sage daher, es ist inzwischen nicht gelungen, innerhalb der Steiermark den Sport zu entpolitisieren, und das wird für meine Fraktion ein Grund sein, dieser Budgetgruppe diesmal nicht die Zustimmung zu geben. (23.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröll das Wort.

Abg. Kröll (23.55 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, daß es schon bald morgen ist. Es ist noch die Gruppe Sport zu behandeln, und der Sport hat es

sich auch nicht verdient, daß man ihn sozusagen überblättert. Dennoch will ich mich kurz halten. Ich muß dir sagen, lieber Engelbert, was ist da Parteipolitik? (Abg. Weilharter: „Sind von deiner Partei damals nicht zwei verschiedene Anträge gestellt worden?“) Murau genauso wie Ennstal! Der Unterschied ist nur der, daß der Antrag, der von mir gestellt wurde, sich mit der Dachverbandsmeinung des Schiverbandes gedeckt hat. Und das soll eine parteipolitische Entscheidung zwischen Ramsau und Murau sein, wo beide einen ÖVP-Bürgermeister haben, das verstehe ich nicht ganz, da komme ich in deiner Argumentation nicht ganz mit! Da kennst du dich nicht aus, weil da liegt die Entscheidung in der FIS. (Abg. Weilharter: „Verschiedene Anträge – und jetzt betreibst du Kindesweglegung!“) Aber rede doch nicht so einen Blödsinn, ich trete weiterhin dafür ein. Es gibt für 1997 auch einen Kandidaten, wie du weißt!

Meine Damen und Herren! Es sind im Ansatz des außerordentlichen Haushaltes des Sportbudgets für 1991 die „Special-Olympic-Winterspiele 1993“, die in Schladming und Salzburg, zur Ausführung gelangen, mit 500.000 Schilling dotiert. Insgesamt wird das Land 2 Millionen Schilling dafür aufbringen, ebensoviel das Land Salzburg, je eine Million Schilling die Städte Schladming und Salzburg und 4 Millionen Schilling soll der Bund einbringen. Eine etwa gleich hohe Summe soll auch als Ausfallhaftung vorgesehen werden. Ich möchte dafür ganz besonders herzlich unserem Sportlandesrat danken, daß er sich für die höchste Auszeichnung, nämlich olympischer Ehren geistig behinderter Menschen, auch entsprechend eingesetzt hat, und ich danke auch unserem Landeshauptmann und der Landesregierung, daß dies im Sportbudget schließlich nach Verhandlungen möglich gemacht wurde. Damit werden erstmals außerhalb der Vereinigten Staaten für geistig behinderte Menschen in unserem Land, in Österreich, die olympischen Winterspiele stattfinden. Die letzten Winterspiele für geistig Behinderte waren 1989 in Reno in Nevada und in Lake Tahoe in Kalifornien, also auch in zwei Staaten und in zwei Städten. Ich konnte mich dabei selbst über das gute Abschneiden der Österreicher überzeugen und sah, wieviel der Sport den Behinderten bedeutet. „Special Olympic International“ ist eine Organisation für geistig und mehrfach behinderte Menschen mit Sitz in New York, welche vor 22 Jahren von Joseph Kennedy gegründet wurde. Derzeitiger Präsident von „Special Olympic International“ ist Sergeant Shriyer, der langjährige Botschafter Amerikas und auch Kandidat um die Vizepräsidentschaft zu Kennedys Zeiten. Seine Gattin Eunice ist die Generalsekretärin. „Special Olympic Austria“ wird derzeit repräsentiert durch den Vorsitzenden, den Grazer Kommerzialrat Dr. Olaf Pongratz.

Die weltweite Organisation von „Special Olympic“ ist in 80 Ländern der Welt organisiert. Ihr Ziel ist es, über den Sport den geistig behinderten Menschen in die Gesellschaft zu integrieren und damit aus der Isolation zu nehmen oder diese abzubauen. Der Sport im Geiste Olympias ist dabei ein ganz wichtiger Wegbegleiter, und deshalb gibt es auch einen offiziellen Vertrag zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee unter Präsident Samaranch und „Special Olympic International“, daß diese Veranstaltung für die Behinderten nach olympischen Ehren durchzuführen

ren ist und für die Behinderten denselben Stellenwert wie für gesunde Menschen die normale Olympiade hat. Durch den Zuspruch von „Special Olympic International“ und der öffentlichen Präsentation von Schladming und Salzburg ist die Entscheidung zugunsten Österreichs gegen Calgary in Kanada ausgefallen. Die offizielle Präsentation der Kandidaten erfolgte am 16. November 1989 in Washington. Gemeinsam mit Charly Kahr, Präsident Pongratz, Dr. Uitz aus Salzburg hatte ich die Möglichkeit, dort unsere Bewerbung zu präsentieren. Es gelang uns, wie gesagt, gegen große Konkurrenz aus Kanada zu bestehen, so daß am 30. Jänner 1990 dieses Jahres Präsident Sergeant Shriver im Hotel „Mariott“ in Wien die Spiele an Österreich offiziell im Beisein von Vizekanzler Riegler, Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, Bürgermeister Lettner aus Salzburg, Tourismusdirektor von Salzburg Dr. Uitz, Frau Nationalrat Dr. Partik-Pable, Bundesrat Gerstl und Präsident Pongratz sowie einer starken Abordnung aus Schladming, Mitarbeiter von „Special Olympic Austria“, vergeben konnte. Die Spiele werden von 20. bis 27. März 1993 in Schladming und Salzburg stattfinden. Es werden 1500 Aktive erwartet, 700 Betreuer, 1500 bis 2000 Funktionäre und Helfer, zusätzlich dann Familienmitglieder, Besucher, Medienvertreter und Begleiter. Die Eröffnung der Spiele wird in Schladming stattfinden, die Schlußzeremonie in Salzburg. Im Raum Schladming, mit Rohrmoos und Ramsau eingebunden, wird der alpine und nordische Teil stattfinden, in Salzburg die Hallenbewerbe, wie Eiskunstlauf und Eisschnellauf sowie Boden- und Bowle hockey.

Die nächsten Schritte, die nunmehr zu setzen sind, ist die Gründung des Organisationskomitees. Es hat sich ein Proponentenkomitee gebildet, dem Herr Dr. Stehlik, der Sporthofrat der Steiermark, für unser Land zur Verfügung steht. Wir arbeiten jetzt die Satzungen, das Organigramm, aus und wollen dann die Vorbereitungen für die Gründungsversammlung der Hauptversammlung in die Wege leiten. Ich bitte Sie alle, es ist vorgesehen, daß die Frau oder der Herr Bundesminister für Unterricht und Sport wie immer in Österreich den Vorsitz führt, daß die Landeshauptleute und der Präsident von „Special Olympic Austria“ sowie die Bürgermeister dem Präsidium angehören. Ich wünsche und hoffe, daß diese Winterspiele, die die größten dieser Art im Jahr 1993 sein werden, den behinderten Menschen bei der Bewältigung ihrer menschlichen und sozialen Aufgaben behilflich sind. Es ist dies neben der sportlichen Aufgabe eine zutiefst menschliche, soziale oder auch christliche Herausforderung. Meine Vorsprachen bei Landeshauptmann Dr. Krainer, Frau Bundesminister Havlicek, Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, Landeshauptmannstellvertreter Gasteiger und den Bürgermeistern Resch und Lettner in Salzburg haben zu erkennen gegeben, daß sich beide Länder und beide Städte zusammen mit dem Bund auf diese Spiele freuen. Wollen wir doch hier gemeinsam mit vielen Freunden, wie Arnold Schwarzenegger, Charly Kahr, Franz Klammer, Toni Sailer und vielen anderen Größen des Sports, die behinderten Menschen in die Mitte und in den Mittelpunkt des Sportes rücken. In diesem Sinne darf ich Sie alle herzlich bitten, dieser großen Veranstaltung für geistig behinderte Menschen auch Ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 0.02 Uhr.)

Präsident Meyer: Als letztem Redner in dieser Gruppe erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (0.02 Uhr): Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe abendliche, mitternächtliche Runde, muß man sagen!

Die nächste Landesausstellung heißt „Sport, Sinn oder Wahn?“ Vielleicht könnte man das auch jetzt auf diese Debatte hier abwandeln. Ich könnte sagen, welchen Sinn hat nach Mitternacht eine Debatte über einen so wichtigen Bereich, oder ist es nur der Wahn – (Abg. Trampusch: „Hast noch nie etwas von Frühsport gehört? Das ist jetzt Frühsport!“) Jawohl, wir werden das auch hier im raschen Ablauf versuchen, hinter uns zu bringen. Ich werde auch alles kürzen, was vorbereitet war. Aber einige Dinge muß man doch sagen, weil es einfach ungerecht ist, weil es wirklich ungerecht ist, diesen Bereich, der in unserem Land und unserem Leben eine so große Rolle spielt, so mir nichts dir nichts um Mitternacht abzutun. Wir haben auch versucht, diese Debatte abzubrechen und für morgen früh auf die Tagesordnung zu bringen. Es ist nicht gelungen. (Abg. Kammlander: „Also hat sich der Karmeliterplatz doch nicht durchgesetzt!“) Da würde ich eher sagen, der gemeinsame Klubobmann hat auch seine Zustimmung nicht gegeben!

Ein faszinierendes Erlebnis, wenn man sich überlegt, was alles in den letzten sechs Jahren im Bereich des Sports, im Bereich der Sportpolitik gelungen ist. Ich zähle nur mehr die Überschriften auf, weil ohnedies noch kaum jemand zuhört. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Gut, jetzt geht es wieder.

Erstens: Das dichte Netz der Direktkontakte mit allen Gemeinden, Vereinen, Verbänden, das aufgebaut wurde für alle, die Sport- und Freizeiteinrichtungen haben oder errichten wollen.

Zweitens: Die Zusammenarbeit mit den Fachverbänden und der Universität Graz, um ein Programm zur Förderung des Spitzensportes durchzuführen.

Drittens: Neue Organisationsformen durch das gemeinsam beschlossene Landessportgesetz in voller Übereinstimmung mit den Dachverbänden.

Viertens: Die steirische Lösung für ein unbürokratisches und wirksames Sportstättenchutzgesetz. Ein gutes Beispiel österreichweit.

Fünftens: Die Neuordnung der Auszeichnungen und Ehrungen, vor allem im Bereich Jugend und Schule. Dort gibt es für hervorragende Leistungsträger den direkten Umstieg zu den Fachverbänden. Eine Sache, die uns sehr, sehr nützen wird bei den künftigen Spitzensportlern.

Sechstens: Die Forcierung der Fortbildungsprogramme für Übungsleiter, Lehrwarte, Trainer, Sportlehrer, sportinteressierte Eltern in zirka 20 Sportarten.

Siebtens: Der Sport ist das Thema, das haben wir schon gesagt, in der Landesausstellung 1991.

Achtens: Es wurde der Diskussionsentwurf des Entwicklungsprogrammes für das Sportwesen im Land Steiermark mit einem entsprechenden Verordnungsentwurf öffentlich vorgestellt und zur Diskussion gestellt.

Das ist – das sollte man bei dieser Gelegenheit auch sagen – das erste umfassende Sportentwicklungspro-

gramm eines österreichischen Bundeslandes. Ein ausgezeichnete Entwurf! Sie alle sind zur Diskussion eingeladen. Bei allen diesen Initiativen ist Sportlandesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba mit seinen zwölf Jahren Erfahrung als Sportreferent in der Landeshauptstadt und nunmehr sechs Jahren in der Landesregierung mit viel Einfühlungsvermögen und praktiziertem Demokratieverständnis, Herr Abgeordneter Dr. Cortolezis, mit praktiziertem Demokratieverständnis ans Werk gegangen. Und er hat als Leiter der Sportabteilung Dr. Fritz Stehlik, der als kompetenter, engagierter und loyaler Mitarbeiter für alle Sportinteressierten im Lande zur Verfügung steht.

Aus einem aktuellen Anlaß möchte ich noch einen unserer steirischen Mitkämpfer für den Sport besonders hervorheben, und dann ist das schon der Schluß dieses Beitrages, den Hofrat Dipl.-Ing. Gernot Sieber, der in einer vorbildlich vernetzten Arbeit zwischen Gemeinden, Sportvereinen, Freizeit- und Fremdenverkehrseinrichtungen im Interesse der Sport- und Freizeitgesellschaft unseres Landes als technischer Berater in zwei Funktionen tätig ist, für die Gemeinden für den Hochbau und für den Sport im Rahmen des Gutachters für das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau. Allein im zu Ende gehenden Jahr 1990 hat er quer durch die Steiermark und quer durch die Sportarten 220 Gutachten erstellt, die den Betreibern sehr viel Geld erspart haben, so auch den Steuerzahlern, die für mehr Qualität in technischer Hinsicht gesorgt haben, für eine sportlergerechte Ausstattung und für eine umweltverträgliche Gestaltung von Sportanlagen. Aus all diesen Gründen möchte ich hier im Landtag dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Sieber für seine solide und weit über die Dienstleistung hinausgehende Arbeit auch besonders herzlich danken. Es ist schade und bedauerlich, daß wir nicht zu einer anderen Stunde mehr Zeit für dieses wichtige Thema haben. Ich möchte schließen mit dem herzlichen Dank an den sechs Jahre kontinuierlich, zielstrebig und für das Land und für die Leute arbeitenden Sportlandesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba und wünsche allen eine angenehme Heimkehr! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 0.09 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 2 vor, nachdem Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba verzichtet hat. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Abg. Göber: Ich ersuche um Zustimmung zur Gruppe 2.

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 2 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Die Sitzung ist unterbrochen bis morgen, 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 0.10 Uhr. – Wiederaufnahme der Sitzung am 6. Dezember 1990, 8.30 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Wir nehmen die Beratungen zum Landesvoranschlag 1991 wieder auf. Ich teile dem Hohen Haus mit, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller die

Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend die Information, welche Beiräte, Beauftragte, Ausschüsse, Arbeitskreise und so weiter es in seinem Bereich gibt, schriftlich beantwortet hat.

Bevor ich in den Tagesordnungspunkt Gruppe 3 eingehe, erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, meine Damen und Herren! Die gestrige Diskussion hat zum Teil Zeitüberschreitungen mit sich gebracht, die bei allen Beteiligten auf wenig Gegenliebe gestoßen sind. Kardinal Dr. Franz König hat in einem Interview der „Furche“ vor 14 Tagen erzählt, daß beim Zweiten Vatikanum bei 2500 Teilnehmern in Rom die Redezeit auf acht Minuten beschränkt war. Und alle Teilnehmer haben sich an diese Beschränkung der Redezeit gehalten. Nur so sei es möglich gewesen, dieses umfangreiche Programm, das sich das Konzil vorgenommen hat, auch zu absolvieren. Ich mache – ich will die Zahl gar nicht nennen – unzählige Budgetdebatten mit. Es ist eigentlich am Anfang immer das gleiche, daß wir alle herumraunzen, daß uns das zu lange dauert, alle nicken klug mit ihrem Kopf, aber keiner hält sich daran. (Abg. Zellnig: „Ich schon!“) Das ist der Widerspruch des einzelnen in dieser Sache. Wenn wir uns heute vornehmen, wirklich sich an jene Kürze der Redezeit zu halten, dann, glaube ich, würden wir dem Parlamentarismus einen großen Dienst erweisen. Auch den Damen und Herren auf der Presstribüne, die eine Zeitlang mit Vergnügen zuhören, aber dann keine Lust mehr haben, das übrige mitzumachen.

Und vielleicht darf ich noch eine dritte Bemerkung machen. Ich bin im Mai des heurigen Jahres in London gewesen und habe mir die Fragestunde des Englischen Unterhauses angeschaut und angehört. Das ist für einen Parlamentarier klassischer Parlamentarismus. Kurz, bündig, spontan und in freier Rede. (Abg. Erhart: „Und doppelt so lang!“) Wenn wir den Parlamentarismus, den wir uns alle so herbeigesehnt haben, ernst nehmen wollen, dann bestünde die Chance, heute und morgen einen solchen Beitrag zu leisten. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald.

Abg. Pußwald (8.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 3 umfaßt die Kapitel Kunst, Kultur und Kultus. Einem Einnahmenrahmen von 20,472.000 Schilling stehen Ausgaben von 669,058.000 Schilling gegenüber.

Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses um Kenntnisnahme der Gruppe 3.

Präsident: Gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl.

Abg. Dr. Pfohl (8.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Um im Zeitplan zu bleiben (Abg. Erhart: „Komme ich zum Schlußwort!“), werde ich mich bemühen, sozusagen im Zeitraffer zu den Vereinigten Bühnen, zum Joanneum, zur Landesbibliothek und zum Musikver-

ein für Steiermark zu sprechen. Seit dem heurigen Sommer ist eine neue Theaterleitung im Amt. Mit Ausnahme des Technischen Direktors, Dipl.-Ing. Koßdorff, wurden alle Führungspositionen neu besetzt, einschließlich der Leiterin des künstlerischen Betriebsbüros. Frau Ute Werner wird ab 1. Jänner 1991 Frau Dr. Kaufmann als Generalsekretärin des Musikvereins für Steiermark nachfolgen. Mit den neuen Personen sind neue Ideen, neue Vorstellungen und natürlich auch ihr persönlicher Stil in die beiden Häuser eingezogen. Nicht nur, daß sich das neue Team erst zusammenfinden mußte, es muß eine neue Atmosphäre geschaffen werden, ein Klima des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens. Daß das seine Zeit braucht, ist verständlich, besonders dann, wenn es sich auf beiden Seiten um Künstlernaturen handelt. Eine 18jährige Ära hinterläßt eben tief eingefahrene Spuren. Um neue zu legen, braucht man vor allem Geduld und Einfühlungsvermögen von beiden Seiten, von der Theaterleitung und den Künstlern, einschließlich des technischen Personals. Aber auch das Publikum muß sich an die neuen Ideen und Gesichter gewöhnen. Das Grazer Opernhaus und das Grazer Schauspielhaus stehen durch die personellen Veränderungen im Rampenlicht der Öffentlichkeit, und das ist auch gut so. Nichts ist schlechter für ein Theater, als nicht beachtet zu sein. Intendant Dr. Brunner und die weltberühmte Kammer­sängerin Gundula Janowitz als Operndirektorin haben mit der „Lohengrin“-Premiere Aufmerksamkeit in ganz Europa und heftige Diskussionen in Graz verursacht.

Eine so grundlegende Strukturveränderung deckt aber auch Probleme auf, die von Jahr zu Jahr größer wurden. Sie waren zwar bekannt, wurden aber von den Verantwortlichen verdrängt, nicht zur Kenntnis genommen, hinausgeschoben. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo sich die Verantwortlichen, das sind letztlich die beiden Gebietskörperschaften, das Land Steiermark und die Stadt Graz, deklarieren müssen, wie sie sich unter den derzeitigen Gegebenheiten die Fortführung der Vereinigten Bühnen vorstellen. Meiner Überzeugung nach ist Gefahr im Verzug, und ich begründe das auch. Das technische Bühnenpersonal, Schlosser, Mechaniker, Tischler, Tapezierer, Maler, Schneider und Elektriker bekommen als Anfänger laut Kollektivvertrag für das technische Bühnenpersonal einen Stundenlohn von brutto 62 Schilling, nach zehn Jahren brutto 76 Schilling, Bühnenhandwerker im Vorarbeiterstatus brutto 80 Schilling und nach zehn Jahren brutto 87 Schilling. In der Ära Nemeth-Tarjan wurde der Verdienst durch Überstunden zwischen 15 und 20 Prozent aufge bessert. Durch eine bessere Disposition wurde die beabsichtigte Reduzierung der Überstunden erreicht, das ist durchaus begrüßenswert, aber der Monatsverdienst liegt dadurch im Vergleich zur Privatwirtschaft erheblich niedriger, ja zu niedrig. Man braucht nicht Chrysler zu strapazieren, um sich die Folgen bewußt zu machen. Bisher sind es drei Kündigungen gewesen, weitere sind angekündigt. Zu glauben, zu diesen Tarifen brauchbaren Ersatz zu finden, wäre Illusion. Ich kann mich der Ansicht der Stadt nicht anschließen, die auf dem Standpunkt steht, das Stadtbudget 1991 ist beschlossen, daher muß die Theaterleitung für unvorhergesehene Kostenerhöhungen den Ausgleich im Rahmen ihres eigenen Budgets finden. Dieser Auffassung wäre dann beizupflichten,

wenn im Theaterbudget Reserven vorhanden wären oder solche durch Umschichtungen geschaffen werden könnten. Ich kenne als Mitglied des Theaterausschusses die Verhältnisse der Vereinigten Bühnen recht gut, das bilde ich mir zumindest ein. Zusätzlich anfallende Kosten können derzeit nur getragen werden, wenn Neuinszenierungen eingeschränkt werden oder der Vorhang an einem weiteren Tag in der Woche unten bleibt. Diese Verantwortung kann aber weder eine Theaterleitung noch der Theaterausschuß auf sich nehmen, da müssen sich schon die Gebietskörperschaften ex cathedra erklären.

Wir werden nicht um eine Theatergeneraldebatte herumkommen, denn es geht nicht nur um das technische Personal, sondern um grundsätzliche strukturelle Probleme. Ein objektiver Vergleich mit anderen Bühnen muß unseren Standort bewußt machen. Ich staune immer wieder über den Idealismus der Theaterleute, aber auch der hat seine Grenzen. Ich glaube, beim Ballett und Chor haben wir sie bereits erreicht. Auch im Theater gibt es einen Wettbewerb um Künstler, wer ihren Marktpreis nicht zahlen kann, muß sich eben mit schwächeren zufriedengeben, die Folge – und darüber müssen wir uns bewußt sein –, meine Damen und Herren, führt zwangsläufig zu einem Absinken des künstlerischen Niveaus der Vereinigten Bühnen. Auch die Kultur hat ihren Preis.

Nun zum Joanneum: Am 3. Mai dieses Jahres hat sich auf Grund einer Parteienvereinbarung vom 4. Dezember 1989 ein Arbeitsausschuß konstituiert, mit dem Ziel, sich mit der Neustrukturierung des Steirischen Landesmuseums Joanneum nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu befassen. Gottes Mühlen und die der öffentlichen Verwaltung mahlen langsam, die aber der freischaffenden Berater, die Vorerhebungen und den Status quo im Hause Joanneum erarbeitet haben, schnell, sie legten ihre Konzepte schon vor der konstituierenden Sitzung des Arbeitsausschusses vor.

Das führte bedauerlicherweise bei den Mitarbeitern des Joanneums zu der irrigen Auffassung, diese Ausarbeitungen wären schon das abgeseignete Museumskonzept, das ihnen oktroyiert werden sollte. Das schaffte verständlicherweise erhebliche Unruhe unter den Betroffenen, sie zu informieren und dadurch zu beruhigen, ist der Ausschuß bemüht.

Aus meiner Sicht kann ein Museumskonzept ohne Mitwirkung der Mitarbeiter gar nicht erstellt werden, wohl aber durch Beiziehung von einschlägigen Beratern.

Neben der Klärung von Verfahrensfragen wird über die Ausgliederung des Joanneums aus der Landesverwaltung verhandelt, Beschlüsse sind so gut wie noch keine gefallen, es besteht aber die einstimmige Auffassung der Museumsausschußmitglieder, daß der Gebäudekomplex der Landesbibliothek sobald wie möglich dem Joanneum zugeschlagen und über den Neubau der Landesbibliothek eine Parteienvereinbarung geschlossen werden sollte.

Die Steiermärkische Landesbibliothek, meine Damen und Herren, führt – ebenso wie die Montanuniversität Leoben, die Technische Universität Graz, das Steiermärkische Landesarchiv und das Landesmuseum Joanneum – ihre Anfänge auf die ursprüngliche Stiftung des Joanneums durch Erzherzog Johann im Jahre 1811 zurück.

Mittlerweile sind nahezu 180 Jahre vergangen. Die Wege dieser für unser Land so fruchtbaren Institutionen haben sich im Laufe der Zeit auf Grund ihrer verschiedenartigen Zielsetzungen getrennt.

Unsere Landesbibliothek ist in erster Linie Sammelstätte steirischen Schrifttums, das heißt, sie sammelt und archiviert alle Schriften, die steirische Themen behandeln, von Steirern geschrieben oder in der Steiermark verlegt und gedruckt werden.

Als wissenschaftliche Universalbibliothek steht die Landesbibliothek in besonderem Maße der Forschung, dem Studium und der Fortbildung zur Verfügung. Sie hat aber auch Sachbücher und Belletristik für die außeruniversitäre Weiterbildung der Bevölkerung bereitzustellen.

Als Bibliothek des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung ist sie Amtsbibliothek.

Ein weiteres Aufgabenfeld eröffnet sich der Landesbibliothek im Rahmen der Alpen-Adria-Aktivitäten und des Europa-Gedankens.

Sie ist mit ihren nahezu 600.000 Bucheinheiten zu allen Wissensgebieten unter den fünf Landesbibliotheken Österreichs mit Abstand die größte.

Meine Damen und Herren, ich komme deshalb zum Thema Landesbibliothek, um aufzuzeigen, daß die derzeitigen räumlichen Gegebenheiten dort katastrophal sind und aus diesem Grund ein Neubau unerlässlich ist. Das 100jährige Bibliotheksgebäude in der Kalchberggasse entspricht und entsprach nie den Anforderungen eines Bibliotheksbetriebes.

Die Landesbibliothek, meine Damen und Herren, kann ihre Aufgaben praktisch nicht mehr erfüllen: Es herrscht Raumnot in allen Bereichen. Die Magazine sind vollgestopft, Neuzugänge sind nicht mehr unterzubringen. Wertvollste Bestände, etwa die unersetzlichen Originalausgaben steirischer Zeitungen, beginnend ab dem 18. Jahrhundert, mußten in Außenmagazine verlagert werden. Altes Buchgut kann nicht in entsprechenden Spezialmagazinen verwahrt werden, um es vor dem Verfall zu schützen.

Weder wichtigste Nachschlagewerke noch aktuelle Neuerscheinungen können benutzerfreundlich aufgestellt werden. Rund 1300 in- und ausländische Zeitschriften und Zeitungen sind mangels eines Zeitschriftenlesesaales nicht frei benutzbar.

Von Jahr zu Jahr verschlechtert sich diese Situation durch den laufenden Zuwachs, der im Jahre 1989 bei 9059 Bucheinheiten lag, dazu kamen noch 2412 laufende Zeitschriften und 36 Tages- und Wochenzeitungen des In- und Auslandes.

Bei einem Besuch der Landesbibliothek ist mir vor allem die enorme Gefahr nicht nur für die Landesbibliothek selbst aufgefallen, wenn es zu einem Brand kommen sollte. Unwillkürlich habe ich mich gefragt, wer der arme Teufel ist, der für die Sicherheit dieses Gebäudes die Verantwortung trägt. Trotz mustergültiger Ordnung scheint mir die feuerpolizeiliche Situation mehr als fragwürdig zu sein.

In meinem laienhaften Unverstand hat mich verwundert, Kinderbücher und Belletristik in der Landesbibliothek gesehen zu haben. Diese Bücher hätte ich eher in der Stadtbibliothek gesucht. Weiters hat mich

erstaunt, medizinische und technische Fachbücher vorgefunden zu haben, die sicher auch in anderen Grazer Bibliotheken aufliegen. So drängt sich dem Laien die Frage auf, ob in der heutigen Zeit der EDV-Datenbanken nicht teure, seltener gebrauchte Bücher durch sie geortet und angefordert werden könnten. Auf meine diesbezüglichen Fragen wurde mir erklärt, daß die Landesbibliothek interessiert ist, am entstehenden EDV-Katalogverbund teilzunehmen, daß dazu allerdings noch ein Umdenken in der zuständigen Abteilung des Ministeriums erfolgen müsse.

Die Steiermark ist aber das erste Bundesland Österreichs und eines der ersten Länder im deutschsprachigen Raum, dessen Landesbibliographie seit nunmehr zehn Jahren EDV-unterstützt bearbeitet wird.

Erfreulich ist auch, daß die Landesbibliothek für den Neubau bereits ein klares Raumbedarfskonzept in der Schublade hat.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, kurz zu unserem ehrwürdigen Musikverein für Steiermark, der vor 175 Jahren gegründet wurde. Der Höhepunkt des Jubiläumsjahres war ein Festakt „175 Jahre Musikverein für Steiermark“, zu dem der Landeshauptmann von Steiermark in den Weißen Saal der Grazer Burg eingeladen hat.

Ich habe schon viele Feste und Feiern mitgemacht, aber kaum eine so großartige, würdevolle und doch schlichte Festveranstaltung. Die Redner, jeder in seiner Art, haben sich geradezu überboten. Ich war stolz darauf, Steirer zu sein und an diesem Festakt teilgenommen zu haben. Dieser Meinung waren auch die meisten Anwesenden.

Neben dem Wiener ist der Musikverein der Steiermark der zweitälteste Musikverein der Welt. Daß er sich in seinem langen, 175jährigen wechselvollen Dasein in einem so gesunden Zustand befindet, ist nicht zuletzt der Generalsekretärin, Frau Dr. Erika Kaufmann, die Ende des Jahres nach 18jähriger Tätigkeit in dieser Funktion in den Ruhestand tritt, zu verdanken. 1971 übernahm sie ihr Amt mit einer Schuldenlast, die nicht mehr durch Rücklagenauflösung gedeckt werden konnte. Nach sechs Jahren ist die Bilanz ausgeglichen, und das ist bis zum heurigen Jahr auch geblieben. Aber nicht nur in finanziellen Belangen war Frau Dr. Kaufmann durch Initiative und Tatkraft erfolgreich, durch sie hat der Musikverein auch eine Verbesserung seiner künstlerischen Veranstaltungen erzielen können. Ihr gelang es, international gefeierte Stars, Sänger und Instrumentalisten, zu erschwinglichen Preisen an den Musikverein zu binden und das künstlerische Niveau bei den Orchesterkonzerten wesentlich zu heben. Unter ihrer Führung wurde in den letzten 15 Jahren Graz eine erste Adresse für Liedersänger. Außer Wien und Amsterdam gab es nur in Graz Liederzyklen von vergleichbarer Kontinuität. Frau Dr. Kaufmann übergibt ihr Amt mit dem Wunsch, daß ihr Pilotprojekt „Kinderkonzerte für Kinder ab sechs Jahren“ 1991/92 starten kann. Das wäre ihr schönster Dank für ihre geleistete Tätigkeit. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 8.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (8.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren der Steiermärkischen Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Kunst und Kultur machen es dem Menschen möglich, das gesellschaftliche Leben in einem Zusammenhang zu erfahren, zu verstehen und zu verändern und dabei aber auch die eigene Persönlichkeit zu entfalten und weiterzuentwickeln. Kulturpolitik wird von uns als Suche nach individueller und kollektiver kultureller Intensität im Spannungsfeld politischer und ökonomischer Internationalisierung verstanden. Der Herr Kollege Dr. Pfohl hat einen breiten Bogen über die Kulturpolitik sowie die kulturellen Aktivitäten unseres Landes gespannt und hat uns gezeigt, wieviel in den einzelnen Institutionen geschieht. Wir alle, sehr geehrte Damen und Herren, die wir hier sitzen, freuen uns aber auch über das rege, umfassende kulturelle Leben in unserer steirischen Heimat. Besonders aber die Kulturpolitiker, die unter uns sind, die in den Gemeinden für die Kulturpolitik Verantwortung tragen. In unseren steirischen Gemeinden tragen sehr viele dazu bei, den Zugang zu den einzelnen Kunstformen möglichst vielen Menschen zu erleichtern. Ich glaube, es ist eine hohe Aufgabe von uns allen, daß wir nicht nur einer kleinen Elite den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen möglich machen, sondern wie wir unseren Landsleuten in allen steirischen Orten, Städten und Märkten unserer steirischen Heimat die Möglichkeit geben, am kulturellen Leben sowohl in ihren Orten als auch überregional teilzunehmen.

Ich selbst hatte die Ehre, 14 Jahre als Kulturstadtrat der Bergstadt Leoben mich besonders für das kulturelle Geschehen einzusetzen und zu verwenden. Das Interesse, vor allem für dieses Kapitel, ist bei mir vorhanden, weil ich seit 14 Jahren als zuständiger Stadtrat für Kultur die Möglichkeit hatte, mit der Unterstützung des Gemeinderates, und ich darf sagen des gesamten Gemeinderates, jährlich ein umfangreiches Kulturprogramm zu erstellen, ein Kulturprogramm, das aber wirklich für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger etwas hatte. Allein wenn ich Ihnen sage, daß im „Kulturellen Leoben 1990/91“ wieder über 100 Veranstaltungen allein vom Kulturreferat der Stadt angeboten werden, so sehen Sie, daß man sich auch in steirischen Orten, Gemeinden und Städten bemüht, das, was wir hier auf Landesebene sehen, in ihrem engeren Bereich fortzusetzen. Wenn ich mir das Programm anschau und sehe, daß bei uns Sonderausstellungen, Führungen, Vorträge, Veranstaltungen in der Stadtbücherei, dann auch ein umfangreiches Theaterangebot, eine Leobener Märchenwoche, ein reichhaltiges Konzertangebot und vor allem auch viele Leistungen des Museums vorhanden sind, so sehen Sie, daß sich hier eine Stadt bemüht, ganz einfach dem kulturellen Auftrag in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Denken wir aber, sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auch nicht nur an die Art Kulturträger, sondern vor allem auch an die vielen Vereine, Kulturinstitutionen, in denen von ehrenamtlichen Mitarbeitern unendlich viel geleistet wird. Und ich möchte sagen, auch eine Komponente, wo ich an den Kollegen Dr. Pfohl anschließen möchte, daß wir uns in Wirklichkeit bemühen müssen, auch der Jugend in Zukunft den Zugang zur Kultur in reichem Maße

zu ermöglichen. Wenn hier Experimente auch im Landesmuseum und vor allem auch im Museum der Stadt Leoben mit Jugendführungen, Jugendfesten gemacht werden, daß ganz einfach eine lebendige Museumspolitik betrieben wird, so glaube ich, ist das ein Ansatz, dem wir in allen kulturellen Belangen Rechnung tragen sollen. Denn wir müssen auch in Zukunft trachten, daß unsere Jugend zu den kulturellen Gütern, zu den kulturellen Institutionen eine besondere Verbindung bekommt. Aus dieser Aufstellung, die ich Ihnen hier gebracht habe, allein von der Stadt Leoben, haben Sie gesehen, daß wir uns da bemühen, unseren Mitbürgern ganz einfach ein kulturelles Angebot zu bieten, das das Ziel hat, daß sich der Mensch unmittelbar in seinem Lebensraum ganz einfach in dieser Hinsicht auch wohlfühlt.

Ich weiß, sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich in die Runde schaue, wir repräsentieren ja als Abgeordnete alle Teile unserer steirischen Heimat, daß in vielen Märkten, Städten und Orten genauso wie bei uns viel in kultureller Hinsicht geleistet wird. Und ich glaube, daß wir heute einmal sehr herzlich auch denen danken müssen, die ihre Freizeit im kulturellen Bereich gerne ihren Mitbürgern zur Verfügung stellen, und wir wissen schon, daß heute gerade der Stellenwert der Freizeit besonders hoch angesetzt wird und es nicht viele Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt, die gerne unbezahlt und manchmal unbedankt in dieser Art wirken. Ich glaube, hier müssen wir auch einmal einen herzlichen Dank diesen Damen und Herren aussprechen! Ich glaube, es genügt aber nicht nur, daß wir in dieser Hinsicht danken, sondern wir wissen, und ich bin dem Herrn Dr. Pfohl sehr dankbar, daß er gesagt hat, Kultur hat auch ihren Preis. Das stimmt tatsächlich. Die Kultur hat ihren Preis. Wir haben auch die Aufgabe, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Aus der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Klauser haben wir die angespannte finanzielle Situation des Landes Steiermark gesehen. Ich bin aber trotzdem der Ansicht, daß wir in bezug auf Kultur nicht auf die Spurbremse treten müssen, sondern alles tun müssen, um das Image in dieser Richtung weiter zu verbessern und auszubauen.

Wenn man nun den entsprechenden Ansatz „Beiträge an Gemeinden für Kulturpflege“ anschaut, so werden alle diejenigen, die in der Kulturpolitik der Gemeinden tätig sind, unzufrieden sein. Dieser Ansatz ist seit einigen Jahren gleichgeblieben, und ein Ansatz, der gleich bleibt, besagt in Wirklichkeit, daß eine Verringerung der Mittel eingetreten ist. Ich habe Ihnen schon in meinen Darstellungen gesagt, daß es unbedingt wichtig ist, die Kultur auch hinauszutragen in das Land, und daß auch trotz der Förderung von zentralen wichtigen Veranstaltungen nicht zu vergessen ist, daß die unmittelbare Kulturpolitik in den Städten, Märkten und auch in den kleinen Orten unserer Heimat geschieht. Und ich ersuche Sie, unbedingt wieder dafür zu sorgen, daß in den nächsten Ansätzen hier eine Umschichtung zugunsten der Gemeinden stattfindet.

Und nun gestatten Sie mir, noch ganz kurz zum Opernhaus und zum Schauspielhaus in Graz Stellung zu nehmen. Ich habe hier in diesem Hohen Haus schon einige Male darauf hingewiesen, daß es wichtig ist,

und ich weiß, daß ich hier nicht die Zustimmung aller Damen und Herren finde, aber ich bin der Ansicht, daß es ganz einfach wichtig ist, daß Aufführungen des Schauspielhauses und Opernhauses nicht nur in Graz, sondern in steirischen Orten, Märkten, Gemeinden und Städten stattfinden sollten, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist. Ich sage ausdrücklich, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist in räumlicher Hinsicht. Das ist eine ganz wichtige Sache, und ich schränke das ein, weil es immer als Argumentation verwendet wird, um nicht hinauszufahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich als Kulturreferent unserer Stadt immer sehr bemüht, auch ein ausgezeichnetes Theaterprogramm zu erstellen. Und ich muß Ihnen sagen, gerade die Produktionen des Schauspielhauses und Opernhauses waren immer ausgezeichnet, und wir haben eine 97prozentige Auslastung im Theater. Man sieht, daß das, was hier investiert wird, auch von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern angenommen wird, und darum appelliere ich, daß wir wieder diese Produktionen auch unter der neuen Leitung so schaffen, daß sie auch dort, wo die Möglichkeit besteht, in unseren steirischen Städten, Märkten und Orten aufgeführt werden können. Und gerade im Stadttheater Leoben – ich danke nochmals, voriges Jahr hat es doch bewirkt, daß durch meine Worte hier Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth eine Umschichtung gemacht und uns 300.000 Schilling zur Verfügung gestellt hat, man sieht also, bei gutem Willen ist sehr vieles möglich –, das heuer 200 Jahre jung ist, besteht diese Möglichkeit in reichem Maße, und ich bitte vor allem die Mitglieder des Theaterausschusses, dafür zu sorgen, daß vor allem musikalische Produktionen in dieser Richtung gestaltet werden. Es war bisher möglich und wird auch mit gutem Willen in Zukunft möglich sein. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem auch dem Schauspielhaus und den Verantwortlichen danken, die in dieser Richtung ihren Aufgaben gerecht werden. Denn wenn das Land Steiermark sehr viele Mittel für die Vereinigten Bühnen bereitstellt, so besteht meiner Ansicht nach auch von den Vereinigten Bühnen die Pflicht, daß man ganz einfach auch diesem kulturellen Auftrag in unseren Orten und Märkten und Städten unserer steirischen Heimat Rechnung trägt. Ich darf noch einmal den Verantwortlichen des Schauspielhauses herzlich danken, die immer wieder gerne mit Produktionen in unsere Städte hinauskommen.

Ganz kurz möchte ich noch anmerken, die Produktionen haben sich im heurigen Jahr auch wesentlich verteuert. Alle, die in der Kulturpolitik in den Gemeinden tätig sind, werden gemerkt haben, daß in diesem Jahr die Preise gestiegen sind. Ich weiß schon, alles hat seinen Preis, aber bitte beachten wir dabei, daß die Gemeinden in der Finanzierbarkeit an die Grenze der Möglichkeiten geraten sind und daß wir hier sehr behutsam und vorsichtig umgehen. Es geht hier schließlich und endlich darum, daß alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sonst nicht die Möglichkeit hätten, einen Theaterbesuch oder einen Opernhausbesuch in Graz zu absolvieren, die Möglichkeit haben, hier zu unseren Bühnen Kontakt zu bekommen. Manche denken nicht daran, daß viele Menschen bei uns um 5 oder 4 Uhr aufstehen müssen, nicht die Möglichkeit haben, nach Graz zu fahren, eine Veranstaltung zu

besuchen, wo sie um 12 oder 1 Uhr in der Nacht nach Hause kommen. Bitte beachten wir auch diesen Auftrag, diesen kulturellen Auftrag, den wir hier vom Steiermärkischen Landtag aus auch haben. Ich möchte – wie gesagt – noch einmal dem Schauspielhaus danken, das dieser Aufgabe sehr gerecht wird.

Und nun zum Schluß noch: Sind wir froh, sehr geehrte Damen und Herren, daß so viele Steirerinnen und Steirer am kulturellen Leben unserer Heimat teilnehmen. Ich habe bei uns nachgezählt, in unserer Stadt Leoben, und alle, die hier sitzen, würden das von anderen Orten sagen können, wir haben in den letzten fünf Jahren 1400 kulturelle Veranstaltungen in unserer Stadt gehabt. Wenn man denkt, 1400 kulturelle Veranstaltungen, die sichern ganz einfach unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen. Und ich sage immer, es ist sehr, sehr wichtig, daß wir auch in dieser Hinsicht in die Breite gehen. Es genügt nicht, daß eine kleine Elite den Zugang hat, sondern wir müssen Kultur ganz einfach so präsentieren, daß eine möglichst breite Schichte unserer Mitbürger von den Angeboten Gebrauch machen kann. Ich weiß, daß sehr viele Abgeordnete in diesem Haus die gleichen Zahlen von ihren Orten und Städten sagen können, und ich muß Ihnen sagen, daß allein in den letzten fünf Jahren das Stadttheater Leoben von 53.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern besucht wurde.

Und nun zum Schluß: Ich ersuche daher abschließend die Verantwortlichen für die Spielplangestaltung des Schauspielhauses und des Opernhauses, unbedingt dafür zu sorgen, daß wieder die ausgezeichneten Produktionen des Opernhauses und des Schauspielhauses auch in steirischen Städten, Orten und, ich betone ausdrücklich noch einmal, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, aufgeführt werden.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 9.04 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Zuschauergalerie die Schülerinnen und Schüler der Bundeshandelsakademie Leibnitz unter der Leitung von Frau Dr. Ilse Laundl herzlich begrüßen. Ich danke Ihnen, Frau Dr. Laundl, und den Schülerinnen und Schülern für Ihr Interesse an den demokratischen Einrichtungen unseres Bundeslandes.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete DDr. Steiner.

Abg. Prof. DDr. Steiner (9.05 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

„Erstaunliche Dinge geschehen in Graz. Die Verkehrsbetriebe der Stadt räumen ein Trambahndepot leer, parken ihre reparaturbedürftigen Fahrzeuge eine Woche lang im Freien und stellen die Hallen für Konzerte mit zeitgenössischer Musik zur Verfügung. Peter Oswald, der Organisator des Musikprotokolls, läßt drei riesige Tribünen in die Werkstatt bauen und hat bei jeder Vorstellung ein nahezu vollbesetztes Haus. Die Polizei erweist der neuen Musik eine Ehre, die sonst nur verstorbenen Staatsmännern oder Trachtenkapellen zuteil wird. Sie sperrt einen Abend lang alle Straßen rund um die Halle ab, damit der Verkehrslärm die empfindlichen Ohren der Besucher nicht belästigt.“

So schreibt die „Hamburger Zeit“ am 12. Oktober 1990.

Der „steirische herbst“ hat sich in den letzten Jahren zu einem beachtlichen Kulturfestival europäischen Zuschnitts entwickelt. Im idyllischen Ambiente von Graz, zwischen Baudenkmälern aus Gotik und Renaissance, des Barock und des Klassizismus, wie wir sie schätzen, gibt sich über drei Wochen hinweg die künstlerische Avantgarde ein Stelldichein unter dem Titel „Auf und davon“. Unter diesem Titel wurde eine Nomatologie der neunziger Jahre postoliert. So schreibt die „Kölner Rundschau“.

Am 27. Juli dieses Jahres, einen Tag nach der Eröffnung der Salzburger Festspiele mit Vaclav Havel, lese ich in den „Salzburger Nachrichten“ – ich bin auch so ein Kulturnomade – von der steirischen Veranstaltung Styriarte nach Salzburg und dann zur Akademie, und da schreiben die „Salzburger Nachrichten“: Das Gegenwartskunsthauptfestival „steirischer herbst“ muß heuer mit einem Budget von 14 Millionen Schilling auskommen. Der Intendant Horst Haberl sprach sich für eine finanzielle Umstrukturierung aus sowie für eine parteienübergreifende Petition an Frau Bundesminister Dr. Hawlicek zur Verbesserung der tristen Finanzlage des „steirischen Herbstes“. Der Bund möge sich mehr beteiligen.

In Festreden zieht man den „steirischen herbst“ aus dem Hut, wenn es aber um das Geld geht, wird er vom Bund vergessen. So erhalte man von der Stadt Graz nur 940.000 Schilling. Das soll offensichtlich dazu reichen, um sich dann um den Titel einer Kulturstadt Europas zu bewerben. So kann es nicht weitergehen, erklärte Intendant Haberl in einer Pressekonferenz, die in allen österreichischen Zeitungen ihren Niederschlag gefunden hat.

Meine Damen und Herren, der steirische Kulturbericht 1989 weist aus, daß 1,736 Prozent des gesamten steirischen Budgets für die Kultur ausgewiesen sind. Im Verhältnis insgesamt wenig zum gesamten Budget, aber trotzdem hat also der Landeskulturreferent mit diesem Budget sehr viel gemacht.

Ich komme zurück auf den „steirischen herbst“ als solchen. Lieber Kollege Trampusch, der „steirische herbst“ ist Avantgarde, hat alle Spielräume des Intendanten der Freiheit genutzt und stand weder unter allfälligen Bemerkungen des Herrn Bundesrates Liechtenstein noch sonst etwas. Die steirische Kultur ist frei, souverän, selbständig, modern und vielfältig, von der Styriarte bis zum „steirischen herbst“. Wir haben also großartige Dinge erlebt in dieser Styriarte und dann besonders im „steirischen herbst“ unter dem Musikprotokoll „Raum und Licht“, dessen sich besonders Peter Oswald angenommen hat unter der Leitung vom ORF. Rund 200 Journalisten berichteten über das Grazer Gesamtkunstwerk, wie in der „Kölnischen Rundschau“ zu lesen war. Ein besonderes Anliegen des neuen „herbst“-Intendanten ist die verstärkte Dezentralisierung des Programms, und er kann dabei auf hervorragende Partner in den Regionen bauen. Das Musikfestival in Deutschlandsberg, das Hörfest im Ennstaler Kulturzentrum Wolkenstein, die Kinderliteraturwerkstatt, die Mürztaler Werkstatt, ich möchte auch nennen den Schladminger Kultursommer, und dann großartig möchte ich erwähnen die Steirische Akademie: „Kultur, Macht, Freiheit“. Hier haben

bedeutende Leute, darunter der Tschingis Aitmatov und Goldstücker, György Dalos aus Ungarn und andere bedeutende Persönlichkeiten gelesen und referiert.

Ein besonderes Merkmal möchte ich von diesem Kulturleben nennen, besonders die Styriarte, dann herauf zum „steirischen herbst“ und die Akademie. Meine Damen und Herren, ein besonderer Kulturposten, zu dem möchte ich noch zum Schluß sprechen – ich möchte mich heute kurz fassen zum Unterschied von gestern –, ist ausgewiesen: 7,4 Millionen Schilling. (Präsident: „Herr Abgeordneter DDr. Steiner, bitte innezuhalten. Meine Damen und Herren! Ich muß wirklich darauf Wert legen, daß Sie dem Redner die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Ich wiederhole, wer unbedingt das Bedürfnis zum Tratsch hat, kann das reichlich in der Kantine besorgen. Dieses Haus ist kein Haus des Tratsches! Bitte fortzufahren!“) Ich danke!

Die Zeremonienhalle soll an der Stelle der zerstörten Zeremonienhalle neu erstehen. Am 15. November 1989 kam es zur konstituierenden Sitzung eines Kuratoriums zur Renovierung der Zeremonienhalle der israelitischen Kultusgemeinde in Graz, an der Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, Landesrat Dr. Klauser, Landtagsabgeordnete Erna Minder, Bürgermeister Stingl, Konsul Brühl, die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche und der dann bestellte Generalsekretär Franz Küberl teilnahmen. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth betonte in Vertretung von Landeshauptmann Dr. Krainer, daß der Wunsch nach Errichtung einer neuen Zeremonienhalle kein Ansinnen der israelitischen Kultusgemeinde sei, sondern die anwesenden Vertreter von Bund, in Vertretung von Frau Bundesminister Dr. Hawlicek war Ministerialrat Dr. Jonak anwesend, Land, Stadt und Kirchen sich aus innerer Verpflichtung heraus zu dieser gemeinsamen Aktion verpflichtet fühlten.

Bürgermeister Stingl trat für eine rasche Realisierung des Projektes ein, um im Nachklang zu den Gedenkfeiern des Jahres 1988 ein weiteres Zeichen der Versöhnung als Ausdruck der Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels der Stadtgeschichte und der Landesgeschichte zu setzen. Die Errichtung der Zeremonienhalle sei nicht nur ein moralisches Anliegen von Stadt und Land und eine Kulturfrage, sondern umfasse auch einen religiösen Aspekt. Dr. Jonak erklärte im Namen von Frau Minister Hawlicek, daß die Errichtung dieser Halle ein besonderer Akt der Pietät und der Wiedergutmachung sei und sich der Bund zur Beteiligung an den Kosten auch verpflichtet fühle. In einer Gedenkschrift von 1988 führten Landeshauptmann Dr. Krainer, Bürgermeister Stingl und Rektor Brunner die Bedeutung der israelitischen Kultusgemeinde für die Steiermark und Graz in Beiträgen aus. Kärnten und Burgenland beteiligten sich ebenso wie die katholische und evangelische Kirche. Nach einem sehr bedrückenden und wechselhaften Schicksal der steirischen Juden im Mittelalter ist die israelitische Kultusgemeinde von der Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts aufgeblüht, wie kaum eine in den Kronländern der Monarchie. Mit ihren vielen Vereinen und Institutionen hat sie das